

**INTERVIEW MIT
FRANZ MÜNTEFERING:**
„Wenn wir Probleme
lösen, ist das schon was“

HANS-JOCHEN TSCHICHE:
Der Osten Deutschlands
meldet sich zurück

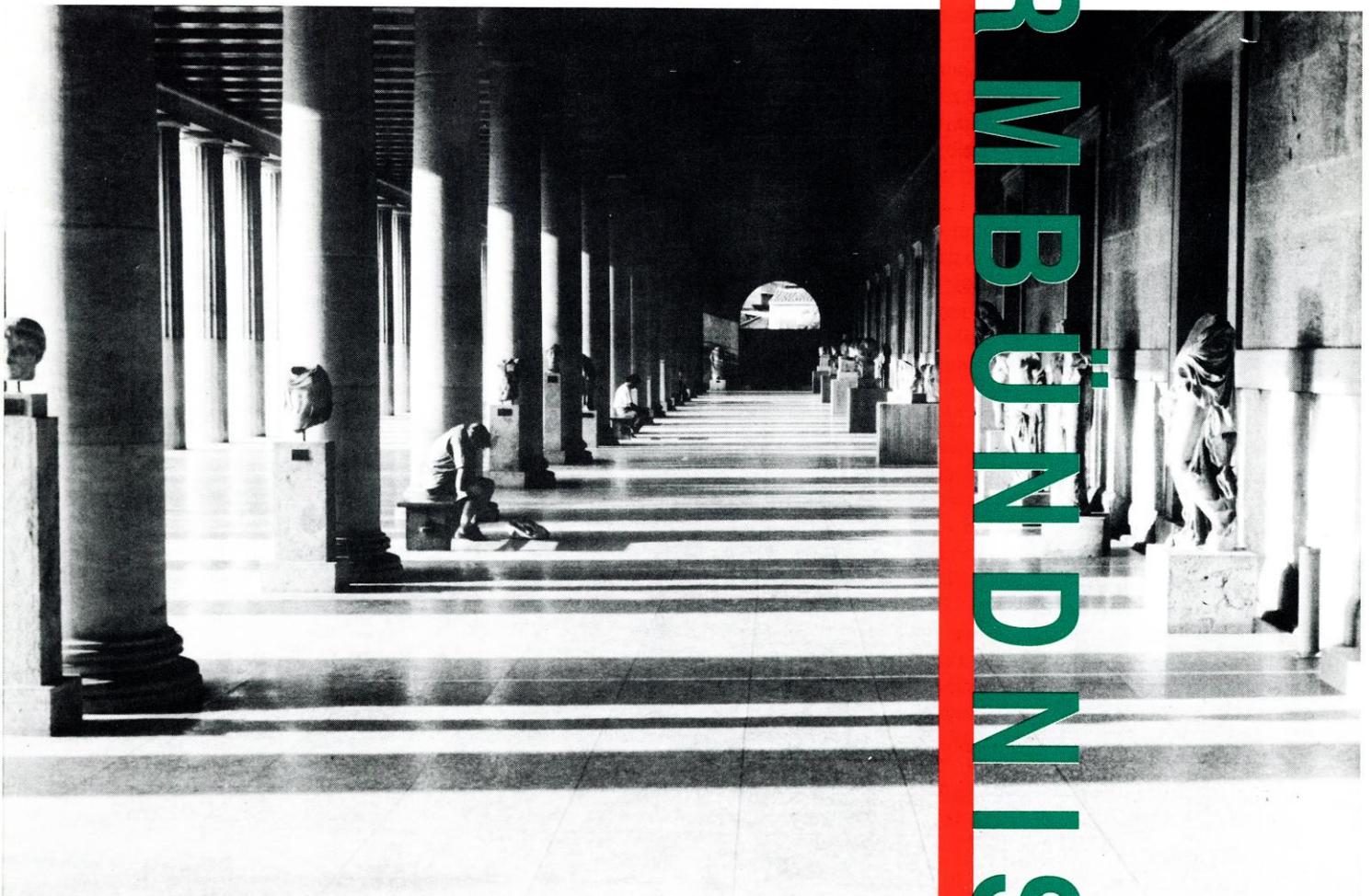
GABRIELE HOOFFACKER:
Neue Medien für Neue
Soziale Bewegungen

MALTE MARTIN:
"Une defaite d'avenir"

SPOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

REFORMBÜNDNIS?



KURZUM

von Uwe Kremer

Die ganze Geschichte mit "Rot-Grün", die bislang v.a. auf der Ebene von Koalitionsvereinbarungen diskutiert worden ist, gewinnt in NRW eine zusätzliche Dimension durch die bisherige und beinahe mustergültige Existenz von zwei "sozialdemokratischen Räumen". Der erste, gewissermaßen "offizielle" Raum - dies ist die Welt der Parteitage und -gremien einschließlich der Landtagsfraktion, eine Welt, in der real wenig bewegt und entschieden, umso mehr nachvollzogen oder einfach ignoriert wird. Dies hat bislang jedenfalls insbesondere für die Wirtschaftspolitik des Landes gegolten, die im wesentlichen im zweiten Raum bearbeitet und verhandelt worden ist - einem Raum, in dem Ministerialverwaltungen, große Kommunalbehörden, Kammern, aber eben auch "sozialdemokratisierte" (und andere) Großunternehmen und manchmal auch Gewerkschaftsvertreter und Großbetriebsräte agieren. Auf unterer Ebene entsprechen dem die kommunalen "Stehempfangseliten" (Horst Peter), wo allzuhäufig Industrie- und Handelskammern größeren Einfluß auf die sozialdemokratischen Verwaltungen ausüben als die Partei selbst. So, und dann gibt es noch einen dritten und sehr stark "angegrünt" Raum von weniger einflußreichen Verbänden und Initiativen,

Selbsthilfeeinrichtungen und Instituten. Jedem entspricht ein eigenes Prinzip mit allen damit verbundenen Unarten - der Parlamentarismus im ersten, der Korporatismus im zweiten und der Klientelismus im dritten Falle. Es wird nun darauf ankommen, *die Räume gegeneinander zu öffnen und ihre Grundrisse (und Prinzipien) zu verändern*. Hier könnte eine neue Rolle der beteiligten Parteien (im Sinne von Parteiorganisationen) liegen.

Zum Thema "Rot-Grün" finden sich in diesem Heft ja wieder genug Beiträge. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur noch einen Punkt herausgreifen - und der betrifft den Vorschlag der NRW-Grünen, das Land solle seine Anteile an der *Westdeutschen Landesbank* (WestLB) verkaufen (s. auch den entsprechenden Hinweis von D. Kreuz in diesem Heft). Dazu muß man folgendes wissen: Die WestLB ist in gewisser Weise eine "sozialdemokratische" Einrichtung, bisher festmachbar an der Landesbeteiligung, an ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag, der v.a. in der Industrie- und Strukturpolitik immer wieder betont wird, und nicht zuletzt an ihrem Chef Friedel Neuber. Aber nicht nur das: Sie ist mittlerweile schon zur drittgrößten Bank der Republik aufgestiegen - nicht zuletzt mit vielfältigen Engagements in Industrie- und Dienstleistungsbranchen! Sicher: Die Bank ist zuallererst eine wirtschaftende bzw. geldscheffelnde Einrichtung, aber sie spielt darüber vermittelt auch durchaus politische Rollen. Skepsis bis Empörung unter den Stahlarbeitern hat z.B. die Rolle der Bank in der Krupp-Hoesch-Fusion ausgelöst. Bemerkenswert auf der anderen Seite, wie sich die Bank - US-Sanktionen hin oder her - auf Cuba zu einem bevorzugten Partner der Regierung entwickelt hat (vom LTU-Tourismus bis zur Gegenfinanzierung von Investitions- und Handelsgeschäften). Kurzum: *Statt eine derartige Einrichtung zu verhökern und zu zerlegen, sollte man sich lieber offensiv mit ihren (nationalen wie internationalen) industrie- und strukturpolitischen Möglichkeiten befassen*. Dies richtet sich nicht nur an die grünen Privatisierer, sondern auch und gerade an die Adresse der eigenen Partei, wo man schon durch einfachste Informationen über Existenz, Charakter und Rolle der West-

LB ungläubiges Erstaunen auslösen kann.

Meines Erachtens wird die ganze Bankenfrage in weiten Bereichen der Linken sowieso etwas verquer diskutiert. Immer nur die Leier von der "Macht der Banken" und ihren spekulativen Abenteuern, der man v.a. mit der Einschränkung von Industriebeteiligungen und Aufsichtsratssitzen und anderen Entflechtungsaktionen beikommen will: große Einigkeit von ganz links über Uwe Jens bis Graf Lambsdorff. Doch in gewisser Hinsicht sind die deutschen Banken besser als ihr Ruf: Im internationalen Vergleich schneiden sie in ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung eher positiv ab, weil sie - anders als etwa in den USA - ein vergleichsweise hohes Interesse an mittelfristig stabilen Gewinnerwartungen in der realen Wirtschaft (und eine entsprechende Leistungskraft) haben, was sich wiederum daraus erklärt, daß sie neben dem Kreditgeschäft in starkem Maße Industriebeteiligungen halten. Auch hier gilt schon eben Gesagtes: Die Banken stellen ein wichtiges Instrument zur Regulierung der Wirtschaft dar - es kann nicht darum gehen, dieses Instrument abzuschaffen, sondern man sollte sich perspektivisch darüber verständigen, was alles an vernünftigen Dingen damit gemacht werden könnte. *Wirtschaftsdemokratie und "Banken im Umbau" wäre das Thema*. Natürlich müßte man damit im öffentlich-rechtlichen Sektor anfangen. Siehe oben, ansonsten mehr dazu in einem 96er Heftschwerpunkt der spw....

Zum Schluß ein ganz anderes Thema, das mich allerdings schon seit längerer Zeit immer wieder in Rage bringen kann. Es gibt viele Meinungen, die ein braver Linker zu vertreten hat, z.B. die eben angesprochenen Auffassungen zur Rolle der Banken. Dazu gehört aber auch, daß man ein Freund/eine Freundin des nahöstlichen Friedensprozesses ist - einer Errungenschaft der neuen Weltordnung, die häufig mit der Entwicklung in Südafrika auf eine Stufe gestellt wird. Das sehe ich allerdings ganz anders. Denn der entscheidende Unterschied ist doch - kurzum - der: *Während in Südafrika die sog. Homelands abgeschafft worden sind, werden sie in Palästina gerade eingerichtet*.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Bremen)
 Kurt Neumann (Berlin)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Isernhagen)

Redaktion:
 Gisela Becker
 Ulrike Hensel
 Heiner Kockerbeck
 Uwe Kremer
 Christoph Meyer
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Rünker
 Fieta Saß
 Ralf Schmitz
 Stefan Schostok
 Joachim Schuster
 Norbert Sprafke
 Claudia Walther

Redaktionssekretär
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: spw-verlag
 @link-do.donut.ruhr.com

Geschäftsführung:
 Andreas Bach
 Ulla Saß
 Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:
 Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
 ermäßigtes Jahresabonnement
 (für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose) DM 49,-
 Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in
 Maschinenschrift und mit einem aus-
 reichenden Rand versehen sein.
 Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck geliefert
 werden (MS-DOS-Textverarbeitungssy-
 stem, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613
 spw-Verlag/Redaktion GmbH 1995.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Fotos:

Stephan Hoppe, Köln (Titel, S. 9, 13)
 Thomas Diller, Köln (S. 37, 49)
 Ralf Schmitz, Leverkusen (S. 25)
 Martin Zitzlaff, Köln (S. 35, 41)

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, August 1995

Uwe Kremer
 kurzum 2

REFORMBÜNDNIS?

Ralf Krämer, Reinhold Rünker
 Einführung in den Schwerpunkt 4

Interview mit Franz Müntefering
 „Wenn wir Probleme lösen, ist das schon was“ 6

Daniel Kreutz
 Rot-Grün wird, was rote und
 grüne Reformkräfte daraus machen 11

Gabriele Behler, Axel Horstmann
 Koalition in NRW: Reformbündnis? 13

Hans-Jochen Tschiche
 Der Osten Deutschlands meldet sich zurück 16

Carsten Sieling
 Bremer SPD: Von der absoluten Mehrheit in den 30%-Turm.. 18

Horst Arenz
 Die „materiellen“ Fragen und die Krise der SPD 20

Stefan Schostok, Thomas Westphal
 Jusos - Troika - Zukunft 25

MAGAZIN

Werner Widuckel-Mathias
 Aufbruch in die Vergangenheit! Anmerkungen zu den
 arbeitszeitpolitischen Vorstößen von Schröder und Tacke 28

Arno Brandt
 Wege zur Zukunftsfähigkeit der Stadt 30

Hans-Günter Bell
 spw-LeserInnenforum Rheinland 31

Josef Didier
 Milieuübergreifende Solidarmentalität? 32

SCHULREFORM

Jochen Zimmer
 Ver"Steiner"te Waldorfpädagogik 34

MEDIENPOWER

Gabriele Hooffacker
 Neue Medien für Neue Soziale Bewegungen 36

PERSPEKTIVEN DER LINKEN

Edgar Göll
 Lust auf Sozialismus? 40

INTERNATIONALES

Frank Unger, Andreas Wehr
 Eckpunkte einer europäischen
 Friedens- und Sicherheitsstruktur 46

Joachim Schuster
 Konturen konservativer Neuordnung Europas 48

Malte Martin
 „Une defaite d'avenir“ - Eine Niederlage mit Zukunft 52

Karsten Schönsee
 Kurdistan: Aggression und Kapitalinteressen 56

Jürgen Moritz, Martin Stolle
 Lateinamerikas Linke auf dem
 5. Treffen des „Foro de Sao Paulo“ 58

Reformbündnis oder Koalition ohne Projekt?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Ralf Krämer und Reinhold Rünker*

Wenn die SPD auf Bundesebene wieder in die Regierung will, und zwar als führende Kraft und nicht als Juniorpartner in einer Großen Koalition mit allen ihren negativen Konsequenzen für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Republik und für die SPD selbst, gibt es keine Alternative zu Rot-Grün. Das ist zwar eigentlich schon lange klar, aber erst seit der Wahl in NRW und der anschließenden Bildung einer SPD-Grüne-Koalition wird es auch im Ollenhauerhaus und anderswo so gesehen oder jedenfalls gesagt.

SPD und Grüne verfügen über ein hohes Maß an programmatischen Gemeinsamkeiten. In NRW führte dies - vor dem Hintergrund der gegebenen Kräfteverhältnisse, bei denen die Grünen erheblich mehr zurückstecken mußten - zu einem Koalitionsvertrag, dessen Inhalte unter etwas verschobenen innerparteilichen Kräfteverhältnissen ebenso gut ein Regierungsprogramm der SPD hätten bilden können. Das wird auch in den Beiträgen von Müntefering, Behler und Horstmann sowie - aus der Sicht eines linken Grünen - Kreutz in diesem Heft deutlich. Auch die Gewerkschaften haben diese Koalition eindeutig unterstützt. Dieses Bild profiliert sich noch beim Vergleich mit Bremen, wo vor einem spezifischen Hintergrund, den Sieling in seinem Artikel beschreibt, eine SPD-CDU-Koalition vereinbart wurde.

Das Problem liegt woanders: in den ungelösten Widersprüchen, die zwar oftmals vordergründig als Konflikte zwischen SPD und Grünen artikuliert werden, in Wirklichkeit aber viel tiefergehend sind. Immer stärker werden in den letzten Jahren und Monaten unter dem Eindruck der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der Standortdebatte Anforderungen der Arbeitsplatz- bzw.

Standortsicherung ökologischen und auch sozialen Kriterien gegenübergestellt. Diese Debatte spaltet die notwendige soziale Basis einer sozial und ökologisch orientierten Politik - nämlich ein Bündnis zwischen gewerkschaftlich orientierter Arbeitnehmerschaft, den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, und ökologisch oder sozial sensibilisierten und kritischen Gruppen der Mittelschichten und der Intelligenz - zunehmend auf.

Ungelöste politische Widersprüche

Davon ist insbesondere die SPD selbst betroffen - Bremen und Frankfurt sind nur besonders gravierende Beispiele. Ihre Basis und Mitgliedschaft bröckelt ab und drifft auseinander, wahlpolitisch verliert sie nach allen Seiten: an die Grünen; sozial Bedrohte, die sich immer weniger vertreten fühlen, in Wahlenthaltung oder an die Rechten; aber auch eher konservativ oder technokratisch orientierte Arbeitnehmerschichten an die CDU, der die größere wirtschaftspolitische Kompetenz beigemessen wird. Letzteres ist nicht verwunderlich, wenn die SPD der Standortpropaganda der Arbeitgeber lediglich weniger bereitwillig folgt als die konservativ-liberale Koalition, aber keine grundsätzliche Gegenargumentation und -konzeption entwickelt.

Dem Problem ist weder beizukommen, indem die SPD sich in obengenannten Gegensätzen eindeutiger positioniert - wie es vielen SPD-Rechten vorschwebt, die Umweltpolitik, aber auch „sozialpolitische Wohltaten“, für nicht mehr leistbaren Luxus halten -, noch indem lediglich auf der Ebene der politischen Rhetorik beschworen wird, daß „Arbeit und Umwelt zusammengehören“ und die SPD die Partei der „kleinen Leute“ ist. Die genannten Gegensätze spiegeln nämlich die realen Widersprüche einer Gesellschaft wider, in der das Angebot an Erwerbsarbeitsplätzen ab-

hängige Variable einzelwirtschaftlicher Profitmaximierung ist und in der mittlerweile offenbar sogar führende Sozialdemokraten es für einen Ausweis wirtschaftspolitischer Kompetenz halten, in besonders ignoranter Weise soziale, ökologische und gesamtwirtschaftliche Kriterien diesen Profitinteressen unterzuordnen (vgl. den Beitrag von Widukel-Mathias).

Die Sozialdemokratie wird nur gewinnen können, wenn sie die Auffassung gesellschaftlich mehrheitsfähig macht, daß eine solche Wirtschaftspolitik *inkompetent* ist und daß es darum gehen muß, die genannten Widersprüche im Rahmen einer integrierten Konzeption sozialen und ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft zu überwinden. Dabei gilt: „Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften läßt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.“ Dieser in Anbetracht der gegenwärtigen Politik der Sozialdemokratie geradezu linksradikal anmutende Satz - andererseits eine Trivialität für jeden darüber nachdenkenden Menschen - stammt aus dem Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 - das übrigens mindestens genauso „rot-grün“ ist wie der NRW-Koalitionsvertrag. Hier sind auch die wesentlichen Elemente der notwendigen Politik bereits formuliert, die aber von den führenden Personen der Partei anscheinend „vergessen“ und nie politisch wirksam gemacht worden sind: „Wirtschaftsdemokratie“ und „demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung“, „Ökologische Erneuerung“ und „Politik ausgewählter Wachstumsfelder“, „Arbeitszeitverkürzung“ und „Gestalten der Technik als politische Aufgabe“ lauten die wichtigsten Stichwörter und Kapitelüberschriften. Nichts davon ist unter den heutigen Bedingungen überholt, im Gegenteil.

Dabei geht es überhaupt nicht darum, keine Kooperation und Kompromisse mit

* Ralf Krämer, Dortmund, Mitglied des SPD-Landesvorstands NRW, Reinhold Rünker, Köln, Jugendbildungsreferent der JUSOS NRW. Beide sind Mitglieder der spw-Redaktion.

der Kapitalseite mehr zu suchen. Darauf beruhende Strukturen etwa der regionalen Strukturpolitik - wie sie insbesondere in NRW entwickelt worden sind - sind im Gegenteil weiterzuentwickeln, aber im Sinne ihrer Demokratisierung und verstärkten Öffnung für soziale und ökologische Einflußnahmen. Voraussetzung von Kompromissen ist aber allemal die Stärkung der eigenen Machtbasis in der Gesellschaft und im Staat.

Reformbündnis und Linke

Zur Strategie noch mal das SPD-Grundsatzprogramm, weil es so schön ist: „Unser Zukunftsentwurf ist ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen. Der Kern dieses Bündnisses bleibt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. ... Wir brauchen ein breites Reformbündnis mit möglichst vielen Gruppen und Kräften, weil wir den Widerstand derjenigen zu überwinden haben, die alles zum Fortschritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen oder politischen Macht zugute kommt.“ Es ist eigentlich offensichtlich, daß unter den

gegenwärtigen und absehbaren politischen Bedingungen auf der Parteebene nur „Rot-Grün“ der potentiell mehrheitsfähige Ausdruck eines solchen Bündnisses sein kann - wobei Tschiche in seinem Beitrag darauf aufmerksam macht, daß in Ostdeutschland und damit in einem nicht zu vernachlässigenden Teil der Gesamtrepublik eine Einbeziehung der dort drittstärksten Partei unumgänglich ist.

SPD und Grüne können gemeinsame Mehrheitsfähigkeit nur dann erringen, wenn sie ein gemeinsames Projekt von Gesellschaftsreform in diesem Sinne entwickeln und dabei natürlich unterschiedliche Schwerpunkte einbringen und Bevölkerungsgruppen primär ansprechen. Das ist etwas anderes als die gegenwärtig vorherrschende Klientelpolitik - wobei dies beide Parteien betrifft und es insoweit Quatsch ist, wenn Rote und Grüne das nur der jeweils anderen Seite vorwerfen. Die SPD hat dabei sicher die besondere Aufgabe, sich den materiellen Fragen anders als bisher anzunehmen und die fortschreitende Auseinanderentwicklung von „oben“ und „unten“ wieder zu einem politisch formierenden Thema zu machen (vgl. den

Beitrag von Arenz). Die Profilbildung beider Parteien darf aber nicht zu Lasten des Partners erfolgen, sondern in der Auseinandersetzung mit CDU/CSU und FDP und mit dem primären Ziel, eine Mehrheit für das gemeinsame Projekt zu erreichen und auszubauen - wie es die Gegenseite seit 1982 erfolgreich praktiziert.

Abschließend: Wenn man ehrlich ist, muß man zur Kenntnis nehmen, daß die Kontroversen um die Durchsetzung einer solchen sozialen und ökologischen Orientierung sich nicht zwischen den Parteien abspielen, sondern quer durch sie hindurch verlaufen (vgl. dazu auch den Artikel von Schostok und Westphal). Wir halten es für wichtig und werden als spw Aktivitäten dazu entwickeln, daß die linken, radikalreformerischen Kräfte in den verschiedenen Parteien verstärkt gemeinsam darüber diskutieren, mit welchen Konzeptionen und Strategien sie Entwicklungen in diesem Sinne vorantreiben und dazu beitragen können, daß sich in dieser Republik wieder eine radikalreformerische Linke als parteiübergreifende gesellschaftliche Tendenz artikuliert und ausstrahlungsfähig wird.



Angelika Magiros
Foucaults Beitrag
zur Rassismustheorie
Argument Sonderband 233
200 Seiten
29 DM/225 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-233-4

Angelika Magiros untersucht hier zum ersten Mal, welchen Nutzen die historisch-theoretischen Studien Foucaults für das Begreifen des modernen Rassismus haben. Mit argumentatorischer Schärfe und dialogischem Witz verwickelt sie Theoretiker wie Balibar, Theweleit und Foucault in einen Streit um biologischen und kulturellen Rassismus, um die Beziehungen zwischen Rassismen und den Konstruktionen der Körper und der Luste. Foucaults Einsichten, so Magiros, können dazu dienen, die verborgenen Verbindungen freizulegen, die zwischen Denkformen des Rassismus und Auffassungen bestehen, die als aufgeklärt und antirassistisch gelten.

Im Anhang erscheint ein Essay des amerikanischen Soziologen James W. Bernauer. Foucaults *Sexualität und Wahrheit* dient ihm als Grundlage für eine Interpretation des NS-Rassismus.



Susanne Baackmann
Erklär mir Liebe
Weibliche Schreibweisen
von Liebe in der
Gegenwartsliteratur
Argument Sonderband 237
224 Seiten
mit 3 Abbildungen
29 DM/225 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-237-1

Anhand von literarischen Texten deutschsprachiger Autorinnen (Baackmann, Zürn, Jelinek, Duden) und deren Konfrontation mit ausgewählten Film- und Zeitschriftenbeispielen nähert sich Susanne Baackmann dem »ewigen Thema« Liebe. Mit diskurstheoretischem Feingefühl und ergänzt durch literaturwissenschaftliche, soziologische und psychologische Ansätze deckt sie auf, daß die Autorinnen in ihre Texte Brüche einschreiben, die im herrschenden Liebesdiskurs meist harmonisierend überdeckt werden. Im Entlarven der Bilder, die die Liebenden in einem ewigen Zirkel aus Liebessehnsucht, -leid und -enttäuschung gefangenhalten, liegt das emanzipatorische Potential, das Baackmanns Analyse weit über die wissenschaftsinterne Diskussion hinaus relevant macht.



Frigga Haug/
Brigitte Hipfl (Hg.):
Sündiger Genuß
Argument Sonderband 236
184 Seiten
mit 7 Abbildungen
29 DM/225 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-236-9

Welche Bedeutung haben Filme für Frauen und welche Rolle spielen sie im Vergesellschaftungsprozeß? Fragen weiblicher Identität und weiblichen Begehrens ausgehend von den konkreten Erfahrungen von Frauen mit Populärfilmen wie *Pretty Woman* oder *Schlaflos in Seattle*. Mit der Methode der Erinnerungsarbeit werden drei Widerspruchskonstellationen hinterfragt: den Film genießen, obwohl er als schlecht beurteilt wird; sich heteronom ein Gefühl machen lassen, obwohl Autonomie bejaht wird; als Frau Filme mögen, in denen nur Männer handeln (z.B. Indianer- oder Kriegsfilme).



Im guten Buchhandel
und bei Argument Vertrieb
Reichenberger Str. 150
10999 Berlin · 030 611 39 83

„Wenn wir Probleme lösen, ist das schon was“

Interview mit Franz Müntefering

Über rot-grüne Politik, die Chancen für einen Wechsel in Bonn und die politische Identität der Sozialdemokratie sprachen wir mit Franz Müntefering, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW, Bezirksvorsitzender der SPD im Westlichen Westfalen und Mitglied im SPD-Parteivorstand. Das Gespräch führten für spw Ralf Krämer und Susi Möbbeck.

spw: Franz, Du hast die rot-grüne Koalition in NRW als Zäsur für die politischen Verhältnisse bezeichnet. Wie bewertest Du die Perspektiven der Koalition jetzt nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen?

Müntefering: Ich glaube, daß diese Koalition arbeitsfähig ist. Die Koalitionsverhandlungen waren zu einem guten Teil zunächst ein gegenseitiges Kennenlernen, das war für beide Seiten ein richtiger „Kulturschock“. Die SPD muß koalieren lernen, die Grünen müssen regieren lernen.

Das Besondere an dieser Koalition ist ja, daß nicht beide Partner neu in die Regierung kommen: wir waren, sind und bleiben an der Regierung. Die Grünen kommen dazu. Die Koalition ist auf fünf Jahre angelegt und ich bin zuversichtlich, daß beide Partner in der Lage sind, sich in der praktischen Politik zu verständigen.

spw: Wo liegen inhaltlich die neuen Akzente dieser Regierung und wie bewertest Du die Chance, eine gemeinsame Reformpolitik zu entwickeln?

Müntefering: Die Verhandlungen waren nicht von dem Versuch geprägt, eine umfassende Reformpolitik zu formulieren, sondern wir haben erst einmal ganz pragmatisch abgeglichen, was man überhaupt miteinander machen kann. Ob sich daraus eine gemeinsame Reformpolitik entwickeln kann, muß sich erst in der kommenden Zeit zeigen. Wir Sozialdemokraten haben versucht, möglichst viel aus unserem Regierungsprogramm durchzusetzen und die Grünen haben sich bemüht, eigene Akzente zu setzen. Wenn

wir uns das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen ansehen, so kann man sagen: Es ist das notwendige Maß an Kontinuität darin enthalten, es sind aber auch einige neue Akzente gesetzt worden.

Diese Koalition kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich nicht im kleinlichen politischen Alltag erschöpft, sondern wenn wir auch gemeinsame politische Projekte formulieren, die nach vorne zeigen. Ich sehe hier vor allem vier Felder: erstens „Arbeit und Umwelt“, zweitens „Jugend - Beruf - Zukunft“, drittens die „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und viertens die „Modernisierung des Staates“. Hier sind in der Koalitionsvereinbarung praktische Reformschritte formuliert worden, die über den Tag hinaus reichen.

spw: Das hört sich aber doch nach einer weiterreichenden reformpolitischen Perspektive an, die vielleicht auch über NRW hinaus Wirkung haben kann.

Praktische Reformschritte, kein Prototyp eines Reformbündnisses

Müntefering: Reformpolitik nicht in dem Sinne, daß da jetzt der Prototyp, das Modell eines Reformbündnisses geschmiedet wird. So ist es nicht gemeint und so wird es auch nicht laufen.

Aber unser Land - die Bundesrepublik Deutschland und auch NRW - steht vor so großen gesellschaftlichen Problemen, daß wir dringend eine Politik brauchen, die nicht sagt, wir kehren nur den Dreck weg und leben ansonsten so weiter, sondern wir brauchen eine Politik, die neue Hoffnungen weckt und neue Perspektiven aufzeigt. Wir müssen uns aus einer Lethargie befreien, die durch die Bonner Politik der letzten 10 Jahre verursacht worden ist. Da hat sich ein Mehltau über unsere Gesellschaft gelegt. Man hat das Gefühl: Da geht nichts mehr nach vorne, da gibt es keine Bewegung mehr. Wer heute eine erfolgreiche Politik machen will, der muß Reformen aufzeigen,

die neuen Mut geben - auch und gerade der nachwachsenden Generation.

Was die bundespolitische Perspektive angeht, muß ich warnen: Nordrhein-Westfalen kann kein Feldversuch für den



Franz Müntefering

Bund sein. Aber natürlich wird die Koalition in NRW, wenn sie erfolgreich ist, aber auch wenn sie scheitern sollte, Auswirkungen auf die Bundespolitik haben. Die SPD-Grüne-Koalition muß in erster Linie eine gute Politik für Nordrhein-Westfalen machen. Wenn ihr dies gelingt, wird damit auch ein Zeichen für Bonn gesetzt.

spw: In der Vergangenheit haben von rot-grünen Koalitionen häufig vor allem die Grünen profitiert. Wie soll in NRW verhindert werden, daß die SPD weiter an Zustimmung verliert?

Müntefering: Wenn die SPD in eine große Koalition mit der CDU gegangen wäre - und das war die Alternative, die es gab - wäre dies für die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der SPD sicher nicht erfolversprechender gewesen. Außerdem: Ich weiß gar nicht, ob die Stimmengewinne der Grünen nur aus den bestehenden SPD-Grüne-Koalitionen heraus zu erklären sind. Ich glaube eher, daß es in den letzten Jahren insgesamt einen günstigen politischen Trend für die Grünen gegeben hat. Die Grünen in NRW haben auch in den Städten dazu gewonnen, in denen es keine solche Ko-

alitionen gegeben hat. Deshalb meine ich, daß SPD-Grüne-Koalitionen nicht zwangsläufig zur Stärkung der Grünen führen muß. Es wird in den kommenden Jahren darauf ankommen, wie sich SPD und Grüne innerhalb der Koalition darstellen. Im übrigen hat es ja auch andere Beispiele gegeben: Niedersachsen hat gezeigt, daß es auch ganz anders laufen kann.

spw: Nun ist die sozialdemokratische Anhängerschaft ja in ihren Koalitionspräferenzen deutlich gespalten in ein rot-schwarzes und ein rot-grünes Lager. Wie soll denn in NRW verhindert werden, daß sich diejenigen, die diese Koalition nicht gewollt haben, von der Sozialdemokratie abwenden?

Müntefering: Wichtig ist für die Sozialdemokratie, daß sich jetzt in der Partei keine Gruppe ausgegrenzt oder abgestoßen fühlt. Das Grundverständnis im Sinne eines Rechts-Links-Schemas ist in NRW nicht stark ausgeprägt. Probleme mit dieser Koalition sind eher ein Ergebnis regionaler Konstellationen und darauf muß man antworten. Es gibt in der NRW-SPD alles in allem eine sehr große Zustimmung zu dieser Koalition und es wäre viel schwieriger gewesen, die Partei von einer anderen - der Alternative - zu überzeugen. Jetzt ist es zunächst einmal das wichtigste, die Partei zu informieren. Da gab es in den letzten Wochen eine Menge Mißverständnisse, zum Teil auch gezielte Mißverständnisse, die von Leuten in die Welt gesetzt worden sind, die diese Koalition nicht wollten. Auch die Parole, uns würden die Mitglieder davonlaufen, ist falsch: Im Westlichen Westfalen sind seit Beginn der Koalitionsverhandlungen von den 114.000 Mitgliedern ganze 16 ausgetreten. Trotzdem dürfen wir jetzt diejenigen, die dieser Koalition skeptisch gegenüberstehen, nicht beiseite stellen, wir müssen uns auf die intensive Diskussion einlassen. Deswegen ist es notwendig, die Koalitionsvereinbarung breit in der Partei zu diskutieren.

spw: Liegen diesen Konflikten nicht doch tiefgreifende Ursachen zugrunde? Die Sozialdemokratie bündelt in ihrer Anhängerschaft eine enorme sozialstrukturelle, kulturelle und politische Breite. Gibt es nicht auch in NRW wachsende Probleme, diese enorme Heterogenität noch zusammenzubringen, gibt es nicht auch hier zunehmend Bindungsverluste?

Müntefering: Natürlich gibt es viele, gerade ältere Mitglieder, für die ist diese Koalition eine Art "Kulturschock".

Die entscheidende Frage ist aber doch: Wollen wir eine Mitglieder- und Volkspartei sein und bleiben? Wenn man das will - und ich will das -, dann muß man sich im klaren sein, daß wir ein Spektrum zusammenbringen müssen, das sehr viel breiter ist als bei kleinen Parteien wie den Grünen, aber auch sehr viel breiter als bei der CDU. Man kann durchaus sagen, daß selbst vieles, was sich bei den Grünen wiederfindet, auch in der SPD enthalten ist. Vielleicht hätte sich, wenn wir vor 15-20 Jahren eine etwas andere Politik gemacht hätten, auch keine eigenständige Partei herausgebildet. Ich werbe dafür, daß wir dieses breite, bunte Spektrum, das wir als SPD haben, nicht verengen.

Angesichts der veränderten Bedingungen für die Arbeit von Großorganisationen muß die Partei sich verändern, wenn sie überleben will. Das heißt natürlich nicht, daß wir darauf verzichten könnten, die Arbeitnehmer zu vertreten. Aber es gibt ja auch bei ihnen viele, die sich für neue Fragestellungen sehr interessieren. Arbeitnehmer, das wird gedanklich häufig reduziert auf klassische Produktion und Männer. Aber Arbeitnehmer sind auch neue Beschäftigungsgruppen: Dienstleister und die Frauen, das sind auch die High-Tech-Arbeiter.

spw: Die Frage stellt sich aber schon: Wo ist das einigende Band, das die Sozialdemokratie zusammenhält? Es ist im Zusammenhang mit rot-grünen Koalitionen jetzt viel von dem sozialdemokratischen Profil, das geschärft werden müsse, die Rede gewesen - aber worin besteht das denn eigentlich?

Ich werbe dafür, dieses breite, bunte Spektrum, das wir als SPD haben, nicht zu verengen.

Müntefering: Die SPD stützt sich auf die drei großen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte drücken die Bedürfnisse der Menschen nach einer lebenswerten Welt aus. Das bleibt so, was immer sich sonst ändert. Das einigende Band der Sozialdemokratie sehe ich bei der Thematisierung der Rolle des arbeitenden Menschen. Der Ausbau der Arbeitnehmerrechte, humane Arbeitsbedingungen und natürlich die Forderung, daß es überhaupt Arbeit für alle geben muß - das sind die The-

men, die uns politisch ausweisen und die uns verbinden. Dazu gehört auch das große Thema Sozialstaat und solidarische Gesellschaft. Die Menschen müssen wissen, daß wir für einen Abbau des Sozialstaates nicht zu haben sind und daß wir Garant sozialer Sicherheit bleiben. Arbeit und Sozialstaat sind die Schlüsselthemen der Sozialdemokratie. Ich behaupte: auch die dieser Gesellschaft.

Arbeit und Sozialstaat als Schlüsselthemen der Sozialdemokratie

spw: Was ist denn überhaupt unter der vielbeschworenen Arbeitnehmer-Orientierung heute genau zu verstehen? Es ist doch ein Unterschied, ob ich die Rechte der Arbeitnehmer im Interessenkonflikt mit den Arbeitgebern stärken will oder ob ich im wesentlichen einen regionalen Standort erhalten oder fördern will. Gerade wo es um die Zukunftsfragen geht - Stichwort Garzweiler - darf sich eine Arbeitnehmer-Orientierung doch nicht in Klientelpolitik erschöpfen.

Müntefering: Richtig - und Arbeitnehmerpolitik kann auch nicht mehr nur klassisch buchstabiert werden. Das ganze Thema beginnt eigentlich mit der Frage nach einer qualifizierten Bildung und Ausbildung, nach Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Frage steht: Wie kann ich meine berufliche Perspektive finden, wie kann ich diese in meinem Leben praktisch realisieren und wie kann ich damit eine sichere Zukunft aufbauen? Arbeit ist ein modernes Thema. Erwerbstätigkeit bleibt der zentrale Punkt, durch sie wird auch in Zukunft der Sozialstaat geprägt und finanziert. Die Erwerbsarbeit wird in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung eher noch verstärkt durch die Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit und bei diesem Thema wenden sich die Menschen in NRW vor allem an die SPD.

spw: Warum ist es eigentlich der NRW-SPD in den vergangenen Jahren deutlich besser gelungen, sich als die Partei darzustellen, die die Zukunft der Arbeit gestaltet, als der Bundes-SPD?

Müntefering: Das hängt sicher mit der Dichte der Partei in NRW zusammen, mit ihrem engen Verhältnis zu den Gewerkschaften und damit, daß NRW ein Industrieland war, das von den großen Betrieben geprägt worden ist. Das wird sehr viel schwieriger, wenn man es mit kleinbetrieblichen Strukturen zu

tun hat. Da wird auch die Arbeit der Gewerkschaften und die Abstimmung zwischen SPD und Gewerkschaften viel schwieriger. Eine meiner größten Sorgen ist, daß wir zuviel Platz lassen zwischen SPD und Gewerkschaften. Wenn Gewerkschafter und Sozialdemokraten nur noch nebeneinander arbeiten - hier das Arbeitsfeld Betrieb, da die Politik - wäre das verhängnisvoll. Die Sozialdemokratie würde ein wichtiges Stück ihrer Identität verlieren.

spw: Die von Dir vorhin genannten allgemeinen Grundwerte und Zielvorstellungen formulieren ja eigentlich alle Parteien so ähnlich. Worin besteht denn bei diesen Themen das spezifisch sozialdemokratische, wodurch unterscheidet sich die SPD und grenzt sich auch von anderen ab?

Müntefering: Das zentrale Thema ist, wie wir das Spannungsverhältnis von Individualität und Solidarität in Zukunft in unserer Gesellschaft bewältigen. Die Menschen betonen heute Individualität stärker und leben sie deutlicher, und das ist auch gut so. Sie lassen sich nicht mehr ohne weiteres in Organisationen einbinden. Das stellt auch viele Fragen an die Parteien und deren Rolle. Individualität ist eine Stärke. Sie ist nicht das Gegenteil von Solidarität. Individualität und Solidarität sind Grundlagen des Sozialstaates und der solidarischen Gesellschaft. Und hier, in der spezifischen Verknüpfung von Sozialstaat und solidarischer Gesellschaft muß die SPD sich verorten. Das muß in der praktischen Politik erkennbar sein.

spw: Besteht nicht auch Profilierungsbedarf gegenüber den Grünen? Die SPD wirkt doch im Verhältnis zu den Grünen eher traditionell, während die Grünen scheinbar einen Modernitätsvorsprung haben?

Müntefering: Ich glaube, daß Sozialdemokraten und Grüne, bezogen auf „Individualität und Solidarität“, ein ähnliches Grundverständnis haben. Die Frage ist, wie sich das in praktische Politik umsetzen läßt. Und da unterscheiden wir uns zumindest an zwei Punkten, das ist mir auch während der Koalitionsverhandlungen nochmal sehr klar geworden: Die Grünen halten Distanz zu Großorganisationen und zu wichtigen gesellschaftlichen Sektoren. Sie sind die Partei eines bestimmten Milieus. Das mag ihren Charme ausmachen. Aber das blendet natürlich auch eine Vielzahl von Lebenswirklichkeiten aus. Und die Grünen sehen sich immer noch außerhalb der Regierungs- und Gesetzgebungsverantwortung.

Sie müssen ein neues Rollenverständnis entwickeln. Sie sind jetzt mit-tendrin, betrachten das Ganze aber immer noch sehr von außen.

So wollten die Grünen zum Beispiel ein umfassendes Beratungsangebot quasi neben bestehende staatliche Strukturen setzen. Sie sagen, die Menschen werden von den Sozialämtern nicht ordentlich beraten, also schaffen wir neben den Sozialämtern umfassend und flächendeckend Sozialberatungsstellen. Da ist mei-

Ich sehe '98 keine Alternative zu einer Zusammenarbeit mit den Grünen. Ich halte nur nichts davon, wenn wir das große Reformbündnis beschwören.

ne Antwort: Wenn, dann gehe ich zunächst mal zu den Sozialämtern und fordere eine umfassende, rechtskonforme Beratung. Die werden nämlich dafür bezahlt, daß sie das machen. Dann bleibt die Frage, ob es bestimmte Gruppen gibt, für die man zusätzliche Beratungsmöglichkeiten schaffen muß, damit sie die vorhandenen Möglichkeiten überhaupt in Anspruch nehmen können - das glaube ich schon. Diese Menschen erreicht man aber nicht mit flächendeckenden Angeboten, sondern benötigt spezielle aufsuchende Angebote. Hier zeigt sich an diesem Beispiel eine unterschiedliche Herangehensweise.

Ich halte es für sehr wichtig, daß wir diese Debatte mit den Grünen austragen. Es kann in einer parlamentarischen Demokratie nicht darum gehen, neben Parlament und Regierung - im übrigen: teure - Strukturen aufzubauen, die staatliche Strukturen nicht verbessern und modernisieren helfen, sondern faktisch ein Stück Staat neben dem Staat sind.

spw: Soll es zwischen SPD und Grünen zu einer themenbezogenen Arbeitsteilung kommen, die SPD für das Soziale und die Grünen für die Ökologie?

Nicht im kleinlichen Abgrenzen erschöpfen

Müntefering: Nein, es wäre falsch, wenn wir den Grünen ganze Politikbereiche überlassen würden. Wir müssen uns in der ganzen Breite der Politik inhaltlich darstellen. Natürlich muß man

auch in einer Koalition miteinander streiten. Am wichtigsten finde ich allerdings, daß man sich nicht erschöpft im kleinlichen Abgrenzen. Profil schafft man am ehesten dadurch, daß man eine gute und erfolgreiche Regierungspolitik macht. Politische Profilierung muß es vorrangig gegenüber der Oppositionspartei CDU geben. Die großen politischen Auseinandersetzungen laufen zwischen den beiden großen Volksparteien. Wenn wir uns in Zukunft stärken wollen, dann müssen wir in dieser Auseinandersetzung die Menschen erreichen und überzeugen.

spw: Diese politische Strategie setzt dann natürlich auch das deutliche Signal für den Bund: Wir wollen nicht mitregieren, wir wollen den politischen Wechsel. Vorausgesetzt, die Politik der NRW-Koalition verläuft erfolgreich, soll die Bundes-SPD dann mit einer klaren Option für Rot-Grün in den Wahlkampf ziehen?

Müntefering: Eine Partei, die so groß ist wie die SPD, muß auf Regieren setzen und kann sich nicht mit der Oppositionsrolle abfinden. Die Frage ist, in welchen Konstellationen das Regieren konkret möglich ist. Für 1998 beantwortet sich diese Frage relativ schnell. Wir wollen, daß Kohl da wekommt. Da es nicht sehr wahrscheinlich ist, daß wir in einem Sprung auf 51% kommen, brauchen wir einen Partner, und ich sehe '98 keine Alternative zu einer Zusammenarbeit mit den Grünen. Ich halte nur nichts davon, wenn wir das große Reformbündnis beschwören.

spw: Nun stehen bei denen, die von einem Reformbündnis oder einem rot-grünen Reformprojekt sprechen, ja gewisse Vorstellungen über mittelfristige politische Projekte für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse dahinter. Manchmal drängt sich mir der Eindruck auf, daß diejenigen, die sich weigern, über eine strategische Option für Rot-Grün zu sprechen, überhaupt keine Vorstellung von mittelfristigen Projekten mehr haben. Im SPD-Grundsatzprogramm sind hier doch eine ganze Reihe an Projekten unter dem Stichwort sozialer und ökologischer Umbau genannt. Sozialdemokratische Politik kann sich doch nicht darin erschöpfen, sich pragmatisch von einem Problem zum nächsten zu hangeln.

Müntefering: Wir stehen in Deutschland und insgesamt in den westlichen Industrieländern vor riesigen objektiven Problemen und es ist keineswegs gesichert, daß sich in Zukunft al-

les so entwickelt, wie wir uns das immer gewünscht haben. Die Situation ist nicht so wie Ende der 60er Jahre, wo man sich, aus wachsendem Wohlstand heraus, abgegrenzt gegen Osteuropa, daran machte, die Fenster zu öffnen und die Aufklärung hereinzulassen. Es wäre eine Illusion, zu glauben, wir könnten das alles noch einmal so wiederholen. Die Wahrheit ist leider, daß wir heute noch gar nicht so richtig wissen, wie wir die riesigen Probleme lösen sollen. Wie können wir die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen? Damit verbindet sich keine große Vision, da steht die praktische Frage, wie wir dieses Problem lösen. Oder die Finanzprobleme; wir haben hier in NRW einen strikten Kurs der Sparsamkeit vereinbart. Mit immer weniger Geld reduziert sich auch der Reformimpuls. Viele der Reformen in den 70ern waren ja mit Geld, mit Verteilung verbunden. Laßt uns etwas bescheidener sein. Daß die großen Visionen vermißt werden, weiß ich wohl. Wenn wir Probleme lösen, ist das schon was.

spw: Wird denn nicht umgekehrt ein Schuh daraus: Die politischen Reformschritte greifen viel zu kurz, um wirklich etwas an den großen Problemen zu

verändern, und können daher auch gar keine Dynamik entfalten? Gerade im Umweltbereich streben doch Sozialdemokraten und Grüne in ihren Grundsatzprogrammen ein grundlegendes Umsteuern an, das sich aber in der praktischen Politik nur in Minimalritten wiederfindet, die nicht mehr erkennbar sind!

Müntefering: Richtig ist, daß da, wo wir erfolgreiche Politik gemacht haben, dies nicht als wirkliche Reform wahrgenommen wird. Vielleicht sind wir auch einfach zu nüchtern.

spw: Aber es stellt sich doch hier nochmal die Frage, welche Bedeutung hat die rot-grüne Koalition in NRW für den Bund? Wir müssen ja im Bund erst einmal die Notwendigkeit eines Wechsels in den Köpfen und Herzen der Mehrheit der Bevölkerung verankern. Dazu brauchen wir doch mehr als Pragmatismus, eine politische Stimmung für den Wechsel muß erzeugt, Erwartungen müssen geweckt werden.

Müntefering: Das macht man aber nicht drei Jahre vorher. Wir müssen jetzt erstmal eine nachvollziehbare Politik machen, wir müssen - auch wenn das zunächst widersinnig erscheint - SPD-Grüne zu einem Stück Normalität machen. Auf dieser Basis wird man dann

1997/98 versuchen müssen, Menschen für unsere Politik zu gewinnen und auch eine entsprechende Reformstimmung zu schaffen. Der Schick des ganz Neuen liegt ja sowieso schon hinter dieser Konstellation.

spw: Es geht aber nicht nur um eine machtpolitische Perspektive, sondern es geht uns bei Rot-Grün ja darum, daß sich auch wirklich etwas ändert, daß es real zu einer Reformpolitik kommt.

Genug Punkte, an denen wir eine politische Alternative haben

Müntefering: Ich sehe genug Punkte, an denen wir eine politische Alternative haben. Zum Beispiel das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG), das die Bundestagsfraktion entwickelt hat und an dem unser Haus maßgeblich mit beteiligt war. In diesem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß jeder Mensch, der über ein Jahr arbeitslos war, obligatorisch in Arbeit zurückgeholt wird. Das wäre eine echte Reform!

spw: Klar, das ASFG finden wir auch gut. Das hat aber zum Beispiel im Bundestagswahlkampf gar keine Rolle ge-



Foto: Stephan Hepp

spielt. Scharping hat ja in Tutzing gesagt, die SPD müsse sich stärker auf Produktionsfragen konzentrieren und nicht nur über Verteilung reden. Das ist aber dann fatal, wenn dabei nichts anderes herauskommt als das, was die Konservativen mit angebotsorientierter Politik auch treiben. Im Bundestagswahl-

kampf wurde zwar „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ gerufen, aber wenn es konkret werden sollte, hat Scharping nur gesagt, die Unternehmen müssen die Arbeitsplätze schaffen. Wo ist bei der Schaffung von Arbeitsplätzen über das ASFG hinaus die sozialdemokratische Alternative?

Müntefering: Natürlich gehört zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auch eine unternehmensfördernde Politik. Das ist doch kein Gegensatz. Wir haben in NRW in den letzten 10 Jahren etwa 800.000 Arbeitsplätze geschaffen, die meisten in Klein- und Mittelbetrieben, in technologieintensiven Bereichen ebenso wie im Dienstleistungsbereich. Dazu gehört, daß man Brücken baut in internationale Handelsmärkte. Dazu gehört die Frage, wie wir illegale Beschäftigung und Scheinselbständigkeit bekämpfen. Dazu gehört auch die Frage, wie wir Überstunden reduzieren - das ist nämlich gar nicht so einfach, weil die Kollegen das Geld für die Überstunden sehr gut gebrauchen können.

spw: Die Konfliktsfähigkeit der Sozialdemokratie in der Beschäftigungspolitik endet regelmäßig dort, wo es darum geht, die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Bestes Beispiel ist doch das Thema Ausbildungsplätze: Die Ausbildungsplatzsituation ist dramatisch, die Appelle ändern wenig bis nichts, und die Sozialdemokratie kann sich trotzdem nicht dazu durchringen, einen eigenen Vorschlag zur Ausbildungsplatzabgabe oder zur Umlagefonds vorzulegen.

Müntefering: Eine Ausbildungsplatzabgabe wird es nach allen Regeln der Wahrscheinlichkeit bis 1998 nicht geben, weil die Mehrheitsverhältnisse so sind, wie sie sind. Wenn wir sie trotzdem fordern, können wir damit keinen Jugendlichen überzeugen. Der will wissen, wie er in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz findet. Mit einer Ausbildungsplatzabgabe werden leider nicht automatisch mehr Ausbildungsplätze geschaffen. Meine Sorge ist, daß wir mit einer Ausbildungsplatzabgabe am Ende eine ganze Menge Geld haben, aber die duale Ausbildung geschwächt wird und ein Trend zur Verstaatlichung der Ausbildung, wie bereits heute in Ostdeutschland, beginnt. Das halte ich für gefährlich. Wenn man einfach nur Geld für außerbetriebliche Ausbildung reinholen will, stellt sich die Frage, ob wir das nicht besser steuerlich finanzieren. Aber es wird immer vorausgesetzt, daß die Unternehmen auch ausbilden, wenn man

eine Abgabe erhebt. Das halte ich für eine Illusion. Mir wäre lieber, wir würden Branchenlösungen und Verbundsysteme finden. Es gibt viele Klein- und Mittelbetriebe, die sich alleine nicht zutrauen auszubilden, weil sie nicht über die modernsten Maschinen und auch nicht über das Ausbildungspersonal verfügen. Wenn man Angebote für Verbundsysteme macht, dann würden sie ausbilden können und dann würden sie sich auch an der solidarischen Finanzierung beteiligen. Drei Punkte sind wichtig, die wir parallel voranbringen müssen: eine solidarische Finanzierung, eine Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze und die Sicherung bzw. Weiterentwicklung der Qualität der dualen Ausbildung.

spw: Unsere Vorstellung wäre ja schon, daß durch eine Umlagefinanzierung Mittel mobilisiert werden, um Betriebe zu fördern, die neue Ausbildungsplätze schaffen.

Müntefering: Es gibt allerdings inzwischen ein großes Problem: Ein Betrieb, der einen fertig ausgebildeten Ingenieur von der Uni holt und im Betrieb in einem Crash-Kurs auf die betrieblichen Erfordernisse hin fortbildet, fährt kostengünstiger als der Betrieb, der drei Jahre Aus- und Fortbildung bezahlen muß. Die Frage ist: Wie kann ich Betriebe zur Erweiterung ihrer Ausbildungskapazitäten bewegen? Umlageandrohung allein reicht nicht.

spw: Es ist klar, daß die Krise des Dualen Systems nicht nur ein quantitatives Problem ist. Insofern ist die Umlagefinanzierung ein Instrument, um den Anspruch einer solidarischen Finanzierung deutlich zu machen. Dies muß natürlich mit einer qualitativen Reform der Berufsausbildung verbunden werden.

Müntefering: Wir sind an dem Thema dran, werden dazu als NRW einen eigenen Vorschlag entwickeln. Ich bestreite nicht die Notwendigkeit einer bundesgesetzlichen Neuregelung. Aber sie muß klug sein, darf nicht das Scheitern in sich tragen.

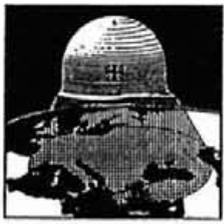
spw: Wichtig ist, daß an diesem Punkt der Staat mit eigenen Aktivitäten die Initiative übernimmt und sich nicht nur auf die Unternehmen verläßt, das scheint uns auch insgesamt in der Beschäftigungspolitik erforderlich zu sein. Wir hoffen, daß von der rot-grünen Koalition in NRW in dieser Hinsicht ein Impuls ausgeht und wünschen Euch in diesem Sinne eine erfolgreiche Arbeit. Vielen Dank für das Gespräch.

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

4. isw-forum

ARBEIT OHNE ZUKUNFT?

KERNEUROPA - Kelm zur Weltmacht



REPORT NR. 24
Wirtschaftsforschung München e.V.

ISW REPORT NR. 23
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Neu bei ISW

Analysen des isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
(erscheint vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Sackgasse Neoliberalismus
(Nr. 20, August 1994)

Markt, Umweltschutz, Energiesteuer
(Nr. 21, Oktober 1994)

MedienMultis + MultiMedia
(Nr. 22, Januar 1995)

Kerneuropa - Kelm zur Weltmacht
(Nr. 23, April 1995)

Arbeit ohne Zukunft? - Ref. 4. isw-forum
(Nr. 24, Juli 1995)

isw-spezial

Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Versand

Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkei
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra

Standort D (2. überarbeitete Auflage)
(Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Versand

Lohn, Preis, Profit '95
Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) 4,- + Versand

Bestellungen, Prospekte, Infos bei isw e.V.,
Georg-Wopfinger-Str. 46, 80939 München,
Tel. u. Fax 089-323 17 80 (notfalls Fax: 168 94 15)
Konto Sparda Bank München
Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Rot-Grün wird, was rote und grüne Reformkräfte daraus machen

von Daniel Kreutz*

Rot-grüner Maximalspagat in Düsseldorf: Die frischgebackene NRW-Koalition bindet den in der grünen Bundespartei als „Linksausleger“ geltenden Landesverband der Grünen und den in der SPD-Bundespartei als „Rechtsausleger“ geltenden Landesverband der SPD zusammen. Die NRW-SPD hatte sich aus grüner Sicht in 15 Jahren absoluter Mehrheiten das Land in ähnlicher Weise „angeeignet“ wie die CSU ihr Bayern. Sie schöpfte dabei ihre Stärke nicht aus sozialemanzipatorischen Bestrebungen der „Arbeiterbewegung“, sondern aus der *institutionalisierten Sozialpartnerschaft*, der Beutegemeinschaft von Kapital und Arbeit gegen Mensch und Natur. Ihre Führungsspitze hatte maßgeblichen Anteil an der innerparteilichen Durchsetzung des Petersberger Kottaus beim Asylrecht und am Kurs der „informellen Großen Koalition“ mit den Bonner Totengräbern des Sozialstaats. „Weiter so“ war ihre Orientierung für die neue Wahlperiode. Die NRW-Grünen gehörten ihrerseits zu den entschiedensten GegnerInnen der „Asyllüge“ und der interessengeleiteten Debatten um Scheinprobleme des „Industriestandorts Deutschland“. Ihr Ziel für NRW war ein „grundlegender reformpolitischer Kurswechsel“. *Farthmanns Charakterisierung* nach der Landtagswahl, daß hier „zwei Welten“ aufeinandertreffen, war zweifellos richtig.

Zu glauben, daß ein verändertes politisches Kräfteverhältnis, das die SPD zwingt, es mit den Grünen zu versuchen, und diesen die Chance eröffnet, einen Fuß in Türen landespolitischer Gestaltung zu schieben, eine unmittelbare Veränderung der realen Identität einer der beiden PartnerInnen nach sich ziehen könnte, ist abwegig. Die Koalitionsvereinbarung - so sie überhaupt zustandekommen sollte - mußte daher Empfindlichkeiten und Tabus auf beiden Seiten Rechnung tragen. Aufgrund des Kräfteverhältnisses von 10:46 hatten al-

lerdings die Grünen die größere Zahl dickerer Kröten zu schlucken.

Die Koalitionsvereinbarung dokumentiert folglich noch keinen „reformpolitischen Kurswechsel“, sondern ermöglicht auch eine Politik des sozialdemokratischen „Weiter so“ mit einigen grünen Akzentverschiebungen. In weiten Bereichen mußten unterschiedliche, teils gegensätzliche Orientierungen in Prüfaufträgen und Formelkompromissen verpackt werden, die theoretisch in beide Richtungen deutbar sind, ihre praktische Interpretation aber erst in der weiteren Politikgestaltung erhalten werden. Die aber wird, so die einhellige Erfahrung bisheriger rot-grüner Koalitionen, in hohem Maße davon abhängen, wer als MinisterIn die entsprechende Ressortzuständigkeit hat.

SPD-Tabus „Standort“ und Finanzen

Die härtesten sozialdemokratischen Tabus lagen (und liegen) in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wo immer Kapitalinteressen am „Standort NRW“ tangiert sein konnten, wurden ökologische und soziale Reformansprüche blockiert. Dies gilt nicht nur bei der Bekämpfung der *Steuerhinterziehung* oder beim Thema Öko-Abgaben, sondern auch z.B. für die Luftverkehrspolitik, die aus SPD-Sicht nicht unter „Verkehr“, sondern unter „Wirtschaft“ einzuordnen ist. Das „Standort“-Tabu trieb am Ende auch seltsame Blüten: Weil die SPD den „wirtschaftsrelevanten“ Bereich der Landesplanung nicht in die Hände einer grünen Ministerin fallen lassen wollte, kostete es allein 12 Stunden Verhandlung, bis die Grünen das nach der Landtagswahl von Matthiesen geräumte Umweltministerium komplett übernehmen konnten.

Die grüne Niederlage in der Finanzpolitik (Personal, Haushalt, Öko-Abgaben) zählt sicherlich zu den größten Belastungen einer „erfolgreichen Reformkoalition“ *in spe*. Sie bedeutet, daß die Krise der Unterrichtsversorgung an den Schulen kaum gebremst weiterläuft;

daß die Bekenntnisse zur Integration von SchülerInnen mit Behinderungen wenig realitätstüchtig sind; daß Steuergerechtigkeit durch verbesserten Vollzug der Unternehmensbesteuerung; der insbesondere die Kommunen entlasten würde, auch weiterhin ein Fremdwort bleibt; daß es keine neuen Finanzierungsspielräume durch Verkauf der WestLB-Anteile gibt; daß Öko-Abgaben als ökologische *Steuerungsinstrumente* sowie als Stimulans für ein beschäftigungswirksames „Investitionsprogramm Arbeit und Umwelt“ ausfallen.

Dafür steht Rot-Grün die Exekution einer rigorosen Sparpolitik bevor - einschließlich des Abbaus von bis zu 22.000 Stellen im landesöffentlichen Dienst, was die Glaubwürdigkeit der Bekenntnisse zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit nicht gerade erhöht. Da vieles in den ausgabewirksamen Politikfeldern (z.B. Arbeit/Soziales/Gesundheit, aber auch Förderung des ÖPNV oder rationeller Energienutzung/regenerative Energien) letztlich von den verfügbaren Haushaltsmitteln abhängt, sind so manche reformpolitischen „Akzente“ der Koalitionsvereinbarung noch ungedeckte Schecks. Allerdings gelang es, über eine Anlage zum Protokoll eine Option auf die vorrangige Berücksichtigung vereinbarter rot-grüner Projekte bei den künftigen Haushaltsberatungen durchzusetzen.

Grüne Erfolge

Die SPD wollte das Ziel in die Vereinbarung aufnehmen, die Länderkompetenz für befristete Abschiebestopps zugunsten gefährdeter Flüchtlingsgruppen aufzugeben und gänzlich Herrn Kanther zu übertragen. Es hat Mühe gekostet, ihr zu erklären, daß das mit Grünen nicht denkbar ist. Auch in der Drogenpolitik verhandelte sie von Positionen aus, die deutlich näher bei der CDU als bei ihrer eigenen Bundestagsfraktion liegen. Punktuell mußten wir ihr Versprechungen ihres eigenen Regierungsprogramms „abhandeln“.

Natürlich gibt es auch eine Reihe grüner Erfolge, denn ohne gäbe es kei-

* Daniel Kreutz MdL, Mitglied der grünen Verhandlungskommission bei den Koalitionsverhandlungen in NRW

ne Koalition. Wir haben recht weitreichende politische Vereinbarungen zur stärkeren Förderung des Energiesparens, rationeller Energienutzung und regenerativer Energien, ein Verbandsklagerecht für Naturschutzverbände, eine ÖPNV-Vorrangpolitik erreicht. Insbesondere in der Frauenpolitik, aber auch in der Innen- und Rechtspolitik ist der Reformgehalt des Koalitionsvertrages unübersehbar. In der Arbeits- und Sozialpolitik wurden einige Türen geöffnet oder entriegelt, die bisher verschlossen waren. Dazu gehört insbesondere die Aussicht auf die Schaffung einer solidarischen Finanzierungsgrundlage für die Berufsausbildung, um der sich anbahnenden strukturellen Lehrstellenmisere und dem Rückzug der Arbeitgeber aus der dualen Berufsausbildung entgegenzutreten.

Insgesamt aber spricht viel dafür, daß Rot-Grün zur Koalitionsverhandlung in Permanenz werden wird, wann immer die Lyrik des Vertragstextes in politisches Handeln übersetzt werden muß und entsprechende konkrete Richtungsentscheidungen anstehen. Der Kompromiß zum Braunkohletagebau Garzweiler II, einem energie- und klimapolitischen Wahnsinnsprojekt des Energiemonopolisten RWE, neben dem Shells *Brent Spar* eher als umweltpolitische Fußnote erscheint, ist dafür nur das augenfälligste Beispiel.

Bündnis '90/Die Grünen werden diese Auseinandersetzungen zudem aus einer Position machtpolitischer Schwäche im Kabinett heraus führen müssen. Vergleichlich mit den Ministerien, die der FDP bei deutlich schwächeren Wahlergebnissen in Koalitionen zufielen und -fallen, läßt sich mit der Kombination von Umwelt- und Wohnungsbauministerium nur wenig Staat machen. Gemessen an grünen Kriterien sind wir unter'm Strich zum Billigtarif ins Koalitionsboot gestiegen.

Gründe für Rot-Grün

Dennoch hat der grüne Landespartei-tag in Kevelaer die Koalition mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Die Gegenstimmen kamen überwiegend nicht vom linken Rand, sondern von „Ultra-realos“. Die Zustimmung galt nicht der politischen Qualität des Koalitionsvertrages. Wäre es allein darum gegangen, die Landesdelegiertenkonferenz hätte dankend abgelehnt. Es sind überwiegend andere Motive, die das Ja zu Rot-Grün plausibel machen.

Das populärste Argument ist sicherlich, das Gespenst einer Großen Koalition zu bannen. Ohne Frage hätte diese „Alternative“ weitreichende reaktionäre Folgen in vielen Politikfeldern gezeitigt und zugleich die Position der Kohl-Regierung im Bundesrat deutlich gestärkt. In verabsolutierter Form ist dies allerdings ein Totschlag-Argument gegen jede qualitative Mindestanforderung an rot-grüne Regierungspolitik. Denn selbst ein nacktes sozialdemokratisches

Die entscheidende Überlegung ist, daß Rot-Grün jenseits der in der Koalitionsvereinbarung fixierten Momentaufnahme ein gesellschaftlicher Prozeß ist, dessen Verlauf neben Risiken auch Chancen birgt.

„Weiter so“ wäre immer noch besser als die Übergabe fast der Hälfte der landespolitischen „Macht“ an die Hauptpartei von Kapital, Patriarchat und Reaktion. Der reale Effekt der rot-schwarzen Angst-Alternative in den Reihen der grünen und (links-)sozialdemokratischen Wählerschaft besteht deshalb eher darin, den reformpolitischen Wert von Rot-Grün zu drücken.

Vor dem Hintergrund der unmißverständlichen Erwartung des Großteils der Grün-WählerInnen und auch der eigenen Mitgliedschaft, daß „Rot-Grün jetzt klappen muß“ ist für mich die entscheidende Überlegung, daß Rot-Grün jenseits der in der Koalitionsvereinbarung fixierten Momentaufnahme ein gesellschaftlicher Prozeß ist, dessen Verlauf neben Risiken auch Chancen birgt, die -vielleicht - genutzt werden können. Diese gesellschaftspolitische Dynamik begleitete bereits die Verhandlungen: Da waren die dräuenden Warnungen der Arbeitgeberlobbies vor Rot-Grün in der nicht ganz unbegründeten Sorge, daß die Landespolitik ihre bisherige Dienstleistungsfunktion für ihr Klientel einbüßen könnte. Da waren aber vor allem die nach dem Muster früherer „Atomfilz“-Mobilisierungen gestrickten Proteste der „Beutegemeinschaft Braunkohle“ von RWE und IGBE gegen eine ernsthaft mit uns verhandelnde SPD-Führung. Sie

deuteten an, daß hier über Jahrzehnte zementierte Verhältnisse aufbrechen. Auch wenn man sich fragen mag, ob der ausgehandelte Text solche Aufregungen rechtfertigt, konstituieren Vorgänge wie diese ihre eigene Realität und Dynamik.

Klima für Veränderungen mobilisieren!

Tatsächlich ist m.E. ausgerechnet der vom BUND (nicht ganz zu Unrecht) als „faul“ apostrophierte Garzweiler-Kompromiß der einzige, bei dem *beide* Seiten bis an die äußerste Grenze ihrer Möglichkeiten gingen. Auch wenn es Wolfgang Clement und Johannes Rau auf dem SPD-Landespartei-tag in Hagen gelang, die Abspaltungstendenzen des Kohlefilzes auszubremsen und ein überzeugendes Votum für Rot-Grün durchzusetzen, ist die konservative Kohlefraktion im Ergebnis erstmals innerparteilich in die Defensive geraten. Die kommenden Jahre bis zum planmäßigen Genehmigungstermin des Garzweiler-Rahmenbetriebsplans 1998 können und müssen genutzt werden, um einerseits das öffentliche Meinungsklima noch stärker als bisher zugunsten einer ökologisch verträglichen Energiepolitik sowie zugunsten einer beschäftigungsorientierten Konversion des Bergbaus zu verändern. Im Ergebnis könnten der Widerstand gegen Garzweiler II landesweit wachsen und die Pläne der Klimakiller politisch undurchsetzbar werden.

Ebenso besteht die Chance, an den zahlreichen Stellen, wo die Formulierungen des Koalitionsvertrages reformpolitische Veränderungen nicht verbieten, diese in Kooperation mit Initiativen und Verbänden sowie den reformorientierten Kräften innerhalb der SPD auch tatsächlich zu realisieren. Alle, für die Rot-Grün mehr sein muß als Mehrheitsbeschaffung für „Weiter so“, die daran Erwartungen für soziale, ökologische und emanzipatorische Veränderungen des alltäglichen Lebens knüpfen, sollten sich jetzt aufgerufen fühlen zur gemeinsamen Instandbesetzung der Landespolitik.

Dann haben wir eine Chance in Düsseldorf und verstärken den *wind of change* für Bonn 1998. Allerdings - *nur dann*.

Koalition in NRW: Reformbündnis?

oder „Kaum vereinbart - schon zerredet?“

von Gabriele Behler und Axel Horstmann*

Die meisten SPD-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen reagierten auf das Wahlergebnis am 14. Mai mit tiefer Enttäuschung, etliche aber auch mit Euphorie. Dazwischen gab es praktisch nichts.



Foto: Stephan Hoppe

Warum es zu diesen gespaltenen Reaktionen kam, ist gesondert zu analysieren. Auf jeden Fall erklären sie auch, warum es in der NRW-SPD kein Szenario für diesen Wahlausgang gab. Entsprechend gab es auch keine klar

verabredete Strategie für die Verhandlungen. Sie liefen nach dem pädagogisch bewährten Muster von „learning by doing“ und funktionierten durch die (unausgesprochene) Hoffnung, die Verhandlungsführer würden es schon richtig machen.

Einige der „Jumbos“ (Verhandlungsjargon) unserer Seite hatten erklärmaßen den Eindruck, auf Wesen von einem anderen Politikstern zu stoßen. Solche Faktoren sind nicht zu unterschätzen, aber die Besonderheit der NRW-GRÜNEN machte manchmal auch die anderen fassungslos: Die von den GRÜNEN vorgelegte Themenliste reichte vom Wachkoma über das Klee gras und das Beanglungsgebot in Naturschutzgebieten bis hin zur offenen Hochschule: Skurrilitäten und gesellschaftspolitische Problemlagen waren eine seltsame Mischung eingegangen. Auch dies mag die lange Dauer der Sachverhandlungen erklären, die wir im übrigen als grundsätzlich positiv ansehen, denn wo gab es sonst eine so ernsthafte Sacharbeit in Koalitionsverhandlungen

ohne die Überschattung mit Personalspekulationen?

Chancen für Zukunftsprojekte

In der Süddeutschen Zeitung wurde das gemeinsame Regierungsprogramm als vernünftig und tragfähig bezeichnet. Rot-grün sei weder eine „Notgemeinschaft“ noch ein „Wendebündnis“, eher „eine pragmatische Lösung zwischen Not und Wende“. Die Chance ist jedenfalls da, über Zukunftsprojekte in den nächsten fünf Jahren zu qualifizierter Reformpolitik zu gelangen:

- z.B. das Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt: Es wird alle Ressorts umfassen und in der Legislaturperiode Mittel für investive Maßnahmen in Höhe von rd. 13,1 Mrd. DM umfassen. Dazu gehört die Aufstockung des REN-Programmes zur Förderung neuer und erneuerbarer Energien und von energiesparender und rationeller Energieverwendung, Förderung regionaler und kommunaler Energieversorgungskonzepte (was nicht nur angesichts der Rolle von RWE spannend sein dürfte), neuer technischer und organisatorischer Lösungen für Abfallvermeidung und Abfallverwertung, die Entwicklung und Erprobung innovativer umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren, die Förderung des Baus von energiesparenden Sozialwohnungen usw.

- z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das konkret verabredete Projekt der verlässlichen Halbtagsschule ist ja gesellschaftlich überfällig. Es gehört zum Forderungsbestand von GRÜNEN und SPD, im ersten Schritt wenigstens im Primarschulbereich verlässliche Anfangs- und Schlußzeiten gewährleisten zu können. Hier für jede Grundschule im Land flächendeckend einen Zuschuß zu verabreden, ist ein wichtiger Schritt auch deshalb, weil so quasi flächendeckend im Land ein hautnah erlebbarer Erfolg der Regierung vermittelt werden kann.

* Gabriele Behler, stellv. Landesvorsitzende der SPD NRW, und Axel Horstmann, Bezirksvorsitzender der SPD Ostwestfalen-Lippe, waren Mitglieder der Verhandlungskommission der SPD bei den NRW-Koalitionsverhandlungen.

- z.B. die Initiative „Jugend-Beruf-Zukunft“: Sie greift die Diskussion um die Ausbildungsplatzabgabe und damit die Finanzierung von Ausbildung auf, führt sie aber auch qualitativ weiter mit der Verabredung, eine bundesgesetzliche Neuregelung zur dualen Ausbildung zu entwickeln. Auch wenn hier gerade zur Finanzierung nicht alle Fragen geklärt sind, ist der Zwang zur Entwicklung neuer Ansätze festgeschrieben, der auch eine Auflösung von festgefahrenen und erstarrten Positionen bewirken wird.
- z.B. moderne Verwaltung: Dies hat mehr mit der Zukunft des Wirtschaftsstandortes NRW zu tun, als in der öffentlichen Diskussion oft wahrgenommen wird. Die Verabredungen zum Personalmanagement und zur Dezentralisierung von Verantwortung sind beispielhaft, wenn sie denn sachkundig und engagiert in die Praxis umgesetzt werden.

Widersprüche in der NRW-SPD

Und hier beginnt es mit der eigenen Skepsis: Die Bereitschaft der NRW-SPD, sich auf ein zukunftsweisendes Reformprofil einzulassen, ist mehr als unterentwickelt. Denn schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen wurden Garzweiler II und die Nordwanderung der Steinkohle über die gegebenen und eingegangenen Verpflichtungen hinaus zur Zukunftsfrage des Verhältnisses von SPD und Industriearbeiterschaft schlechthin hochgeredet und hochgeschrieben. Dies fand seinen vorläufigen Höhepunkt auf dem Hagener Parteitag. So wichtig die Kohlefrage auch in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht noch immer ist: Wer die Kohlefrage zur Frage nach dem Industriestandort NRW hochstilisiert, verkennt die tatsächlich angemessenen und zunehmend auch subjektiven Erwartungen der Menschen an die ökonomische Zukunft NRW's. Berichte in der Aktuellen Stunde im Fernsehen, wo die NRW-SPD wieder vom Bergmann mit den Brieftauben im Hintergrund repräsentiert wurde, zeichnen zunehmend eine mit der Realität immer weniger übereinstimmende soziale Idylle, die den Lebensverhältnissen der breiten Mehrheit der Arbeiterschaft nicht mehr angemessen ist.

Die Auseinandersetzung darüber, ob diese Koalition wirklich gewollt war, blieb auch während der Verhandlungen unter der Decke. Alle beteuerten, sie

zu wollen, aber gleichzeitig wurde immer wieder latentes Mißtrauen gegenüber Mitgliedern der Verhandlungskommission geäußert, die angeblich zu schnell nachgaben, zu offensichtlich auf einen Kompromiß hinaus wollten. An manchen Stellen schimmerte durch, daß entscheidend nicht war, worin der Kompromiß inhaltlich bestand, sondern wer den Kompromiß erarbeitete und einbrachte.

Die Profilierung der Partei muß über die Regierungspraxis und die dort produzierten Sachzwänge hinausweisen. Das schließt "Programmüberschuß" ein.

So konnten durchaus gebotene strategische Chancen, etwa demonstrativ unterstützende Äußerungen von DGB und IG Metall zugunsten eines arbeitnehmerorientierten Zukunftsprofils der NRW-SPD aufzugreifen, nicht genutzt werden.

G. Hofmann schrieb am 30. Juni in der Zeit: „Man zögert doch, sich mit den Sozialdemokraten noch eingehend zu befassen, weil ein Hauch von Altmodischem und Blässe auf ihnen liegt, mit Ansteckungsgefahr.“ Wenn man diesen Eindruck nicht noch verstärken will, sind erhebliche Änderungen erforderlich: Es geht um nicht weniger, als die NRW-SPD auch in Zukunft als Reformpartei des ökonomischen Wandels, der ökologischen und sozialen Verantwortung zu profilieren. Dies ist eine inhaltlich-thematische, kulturelle und organisatorische Herausforderung.

Herausforderungen für zukünftige Politik

Die langjährige Hegemonie der NRW-SPD („Wir in Nordrhein-Westfalen“) hat bisher ihre soziale und politische Grundlage darin gehabt, ein sehr erfolgreiches Modell des Interessenausgleichs zwischen Industriearbeiterschaft und Unternehmerschaft zu organisieren, gleichzeitig innovative Ansätze in der Wirtschaft (Entwicklung neuer Wirtschaftssektoren, neuer Produktlinien, Technologie- und Innovationsförderung) und Politik (erfolgreiche Ansätze in der Arbeitsmarktpoli-

tik, Gleichstellungspolitik etc.) zu unterstützen. Damit ist es gelungen, den Strukturwandel zugleich zu befördern wie sozial zu flankieren. Dieser Ansatz ging und geht über klassische Sozialpartnerschaftsmodelle hinaus und verfügt mit dem Modell der regionalisierten Strukturpolitik über ein wirkungsvolles konsensstiftendes Politikmuster, das seine Potentiale noch lange nicht ausgeschöpft hat.

Die NRW-SPD hat sich darüber eine wirtschafts- und zugleich sozialpolitische Kompetenz und damit den entscheidenden Vorsprung vor der Union erworben, und sie hat konsensstiftend in breite Kreise der Gewerkschaften und Unternehmerschaft, Verwaltung und Kultur hineinwirken können. Die NRW-SPD hat im Gegensatz zur Bundes-SPD das Image, sowohl Wertschöpfungs- wie Verteilungspartei zu sein. Jede zukünftige Politik muß so angelegt werden, daß dieses Modell und der Kompetenzvorsprung nicht gefährdet wird, was zugleich eine wesentliche Grenzziehung zu den Grünen bedeutet.

Ernsthafte Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft sind dem nordrhein-westfälischen Politikmodell durch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen des letzten Jahrzehnts (Individualisierungsprozeß, gesellschaftliche Ausgrenzungen durch Arbeitslosigkeit, Armut etc.) und die Bonner Politik der Gesellschaftsspaltung erwachsen: Die soziale Basis der NRW-Politik wird unterminiert. Atomisierungs- und Ausgrenzungsprozesse sind durch landespolitische Initiativen auf Dauer nicht zu bewältigen. Die Wählerschaft differenziert sich in ihren Lebenslagen und Milieus aus. Deshalb muß es ein ureigenes Interesse daran geben, die Politik der nächsten Jahre als Schritt zu einem Wechsel der Bonner Politik zu gestalten und sich stärker in die Bundespolitik einzuschalten.

In NRW selbst geht es darum, die Ablösung des Politikparadigmas „Kompensationspolitik“ zu forcieren. Angesichts leerer öffentlicher Kassen geht es um eine neue Art und Weise des Politikmachens, die unausweichlich gewordenen andersartigen Problemlösungen näherbringt, anstatt auf immer schmalere Basis in notdürftige Interessenbefriedigung zu verfallen. Das birgt Konflikte mit eigenen lieb gewordenen Politikstrukturen wie auch mit Teilen der Grünen und ihrer klassischen Klientelpolitik in sich.

Aufgaben für sozialdemokratische Mehrheitsfähigkeit

Damit sind zwei Hauptschwierigkeiten der Politik der nächsten Jahre angedeutet worden, die eine Herausforderung sowohl an Programm, Politikmodell wie auch Kommunikations- und Handlungskompetenz zukünftiger Reformpolitik sind. In den Schwierigkeiten liegt auch die verführerische Gefahr, sich in einem schrumpfenden Wählermarkt einzurichten (Hans Eichel läßt grüßen).

Eine Weiterführung der Reformpolitik verlangt, nicht eine der potentiellen Wählergruppen abzuschreiben oder der Konkurrenz zu überlassen. Eine Weiterführung der Reformpolitik verlangt zu vermeiden, daß sich die SPD selbst oder von außen das Etikett einer fortschrittsskeptischen Kraft oder des Nur-Betriebsrates der Gesellschaften anpappen und die grüne Mittelschicht der Modernisierungsgewinner zum Trendsetter avancieren läßt. Ob wir für diese Herausforderungen aktuell schon gerüstet sind, ist zu bezweifeln. Das betrifft gleichermaßen Programm, Politikmuster wie den Zustand unserer Organisation. Es besteht in unseren eigenen Reihen ein erheblicher Erneuerungsbedarf - wobei die Crux darin besteht, die Modernisierung zu fördern, ohne die Bindung an klassische Milieus zu verlieren bzw. diese zum Teil erst wiederherzustellen (Nichtwählerbereich in klassischen Arbeiterschaftsmilieus). Insofern würde jede unversöhnliche Tra-

ditions- und Modernisierungsdebatte in die Irre führen.

Unter Koalitionsbedingungen ist eine eigenständige Profilierung notwendiger als bisher. Arbeitsteilung und Arbeitsweise zwischen Landesregierung, Landespartei, Landtagsfraktion werden sich aufgrund der neuen Bedingungen unter SPD/GRÜNEN verändern. In diesem Konzert muß die Partei eine eindeutig eigenständige Rolle einnehmen, zum großen Teil erst neu hinzugewinnen. Dabei muß die Profilierung der Partei über die Regierungspraxis und die dort produzierten Sachzwänge hinausweisen. Das schließt „Programmüberschuß“ ein. Thematisch kann es keine Arbeitsteilung mit den Grünen geben. Das bedeutet nicht nur die Besetzung aller Themenfelder, sondern auch die Offenheit für Innovationen auf denselben und deren konzeptionelle Verknüpfung.

Dies betrifft insbesondere die Zentralthematiken Arbeit, Wirtschaft und Umwelt. Diese drei Aspekte müssen eine inhaltliche Einheit bleiben, die Zielkonflikte sind nicht einseitig zugunsten eines Aspektes auflösbar. Dies beinhaltet das nachdrückliche Eintreten für Arbeit für alle wie für das qualitative Wachstum sowie die Weiterentwicklung und Systematisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik, die den finanzpolitischen Erfordernissen genügt, in dem sie über reine Subventionstatbestände hinauskommt. Hierin liegt der notwendige Kern der sozialdemokratischen Zukunftsarbeit, wenn verhindert werden soll, daß die Unterstützung der SPD weiterhin an allen Ecken bröckelt. Von

hier aus müssen sich die wesentlichen Reformpolitiken entwickeln: ökologisch- und arbeitsorientierte Steuerreform, Effizienz und Qualität des Staatshandelns, Stärkung sozialer Chancen im Bildungs- und Beschäftigungssystem, besonders auch für die Frauen.

Ein Schlüssel für die Weiterentwicklung der Gesamtpartei ist dabei aus unserer Sicht die Verknüpfung der inhaltlich-thematischen Profile mit organisationspolitischen Anstrengungen zur Parteiform.

Zu konstatieren war in den Wahlkämpfen des Jahres 1994 etc., daß SPD 2000 nach wie vor eine Absichtserklärung darstellt und von der Partei nicht gelernt ist. Es geht in den nächsten Jahren um ein Zukunftsprojekt NRW-SPD, das gleichzeitig inhaltliche Positionsbestimmung und organisationspolitische Reform zuläßt. Dieses Projekt soll die Ausgangsvoraussetzungen dafür schaffen, daß die NRW-SPD ihre Position bei den nächsten Wahlen wieder ausbaut. Es ist anzustreben, ein solches Projekt in Kampagnenform anzupacken und dabei die Erarbeitung, Überprüfung und Diskussion von Inhalten und Zielen auf noch zu bestimmenden Themenfeldern mit organisationspolitischen Reformen konkret zu verknüpfen. Ziel der Kampagne ist auch eine offensive Mitgliederwerbung und die Ausschöpfung von Mitgliederreserven (Allensbach-Untersuchung). Dies erfordert auch die Anpassung von Strukturen und die Definition von Aufgaben.

Diese Diskussion ist jetzt zu führen, ohne zeitlichen Verzug.

»Das wichtigste Buch des Jahres ...«



270 Seiten, gebunden,
DM 39,80
Verlag
Antje Kunstmann
Georgenstr. 123
80797 München

»So scharfsinnig und zugleich leidenschaftlich, wie einst Edward Gibbon den Verfall Roms beschrieb, durchleuchtet Afheldt die destruktiven Kräfte schrankenloser Konkurrenz, die den Sozialstaat mit dem Beifall der Marktideologen Stück für Stück sprengen und niederrennen. Das wichtigste Buch des Jahres.«

DER SPIEGEL

Der Osten Deutschlands meldet sich zurück

von Hans-Jochen Tschiche*

Verlorene Träume

Die Schar der Oppositionellen in der DDR, die in den achtziger Jahren sich unter dem Dach der Kirche bildete, war sehr klein. Der Staatssicherheitsdienst rechnete mit etwa 3000 Personen. Etwa 60 Frauen und Männer zählte er zum harten Kern. Die Sicherheitsbehörde beschimpfte sie als Sozialismus- und Friedensfeinde. Sie würden den Frieden im allgemeinen und den sozialistischen Staat im besonderen aufs höchste gefährden. Die lächerliche kleine Zahl auf der einen Seite und die unglaubliche Aufgeregtheit der Sicherheitskräfte auf der anderen Seite standen in überhaupt keinem Verhältnis zueinander. Die Opposition wollte den DDR-Staat überhaupt nicht abschaffen. Niemand drängte in den frühen achtziger Jahren aus diesem Umfeld auf die Vereinigung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen beiden deutschen Staaten. Sie wurde zuerst in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den Raketennachrüstungen im Jahre 1983 als Friedensbewegung unter dem Dach der Kirche wahrgenommen, aber eigentlich war sie immer eine Menschenrechtsbewegung. Sie stritt um die Demokratisierung des ostdeutschen Staates.

Im Jahre 1986 schrieb ich an den damaligen Staatssekretär für Kirchenfragen einen offenen Brief, in dem es unter anderem hieß: „Die Frage nach der staatlichen Praxis im Umgang mit seinen Bürgern, der absolute Führungsanspruch einer Weltanschauungsgemeinschaft, die sich des Staatsapparates bedient, bedeutet immer eine bedenkliche Bedrohung für die Würde und Rechte des einzelnen. Gesellschaftliche und politische Disziplinierung zur Durchsetzung einer Utopie der gerechten und befreienden Gesellschaftsordnung erhält den Vorrang vor den Freiheitsrechten des einzelnen. Der staatlichen Willkür ist der Bürger ohnmächtig ausgeliefert.“

* Hans-Jochen Tschiche MdL, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt

... Größere Freiheitsrechte des einzelnen schränken staatliche Willkür ein.“ Wir wollten die Annäherung der Realität an die Utopie. Es war die Rede von dem verbesserlichen Sozialismus. Wir hofften immer noch, daß Freiheit für den einzelnen und Verantwortung für die Gesamtheit sich in der sozialistischen Gesellschaft verwirklichen ließen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN bilden das Scharnier: Wir tragen dazu bei, daß sich eine strukturelle Mehrheit links von der CDU in Ostdeutschland etabliert.

Als der Herbst 1989 heraufzog, waren viele aus der Mini-Opposition der Meinung, in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa werde das freiheitliche sozialistische Staatswesen heranreifen. Niemand glaubte damals, daß das ganze System verfault war und es keine Reparaturmöglichkeiten mehr gab. Die DDR löste sich auf und die Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger wollten das westliche System. Sehr schnell sollte es gehen. Es kam zur Sturzgeburt des Einigungsvertrages. Für die Ostdeutschen änderte sich erst einmal fast alles, für die Westdeutschen blieb alles beim alten.

Eine neue Situation

Vier Jahre dauerte die Schrecksekunde, dann meldeten sich die Ostdeutschen zurück in der Politik Gesamtdeutschlands. Die Wahlen 1994 zeigten plötzlich, daß da noch einige Zeit vergehen wird, bis das, was angeblich zusammengehört, auch zusammenwächst. Die Rückmeldung trägt den Namen PDS. Das kann man bedauern, lauthals schimpfen über die Störung der westdeutschen Politiklandschaft. Es

hilft aber nichts. Nicht die Partei der Bürgerrechtler, sondern die PDS ist gestärkt worden. Die dritte politische Kraft in Deutschland - nach dem unaufhaltlichen Verfall der F.D.P. - trägt im Westen im Augenblick einen anderen Namen als im Osten. Die Grünen eilen im Westen von Erfolg zu Erfolg. In Ostdeutschland hat sich die PDS als 18%-Partei erst einmal etabliert. Rückkehr in den Bundestag und Wiedererstarkung in den ostdeutschen Ländern, das war ihr erklärtes Ziel. Auferstanden aus den Ruinen ihrer schuldhaften Vergangenheit mauserte sie sich zur dritten politischen Kraft in Ostdeutschland.

Während die PDS im Bundestag noch munter dem Slogan „Demokratie beginnt mit Opposition“ frönen kann, kommt sie in Ostdeutschland in eine schwierige Situation. Plötzlich macht sich bemerkbar, daß sie als ostdeutsche Volkspartei sehr viele widersprechende politische Kräfte in sich vereinigt. Flügelnkämpfe stehen der PDS unabwendbar bevor. Da sind die alten Kader, die sich die DDR schön reden, und die verschreckten Kleinbürger, die zwischen Schmalmeienkapellen und Bratwurst heimatlichen Gefühlen huldigen. Aber wir sollten uns nicht einreden lassen, daß die Partei ausschließlich von Ostalgikern gewählt wird. Gerade unter den Intellektuellen hat sie einen hohen Sympathiewert. Sie sind von der Sozialismusidee tief geprägt worden, auch und wenn sie keine Hofschranzen im feudalen Herrschaftssystem der DDR waren.

Für die Bündnisgrünen ist im Augenblick im Osten die politische Entfaltungsmöglichkeit gering. Die gesellschaftliche Entwicklung der sechziger und siebziger Jahre hat hier nicht stattgefunden. Die antietatistische und emanzipatorische Grundüberzeugung, der starke Individualismus, die das grüne Wählerklientel des Westens bestimmen, waren im Osten nicht prägend. Die Ostdeutschen sind eigentlich konservativ. Die alte Wertehierarchie der Disziplinierung des Individuums zum Wohle der Allgemeinheit und der Sehnsucht nach

stabilen und übersichtlichen Lebensverhältnissen bestimmen entscheidend ihr Lebensgefühl. In diesem Lebensgefühl spiegelt sich die protestantische Prägung der Ostdeutschen wider, die moralisch und autoritätsgläubig bestimmt ist. Wir haben es also mit einem schwierigen Nährboden für eine antiautoritäre, selbstbestimmte und ökologisch orientierte Politik zu tun. Kritische Ostdeutsche wählen lieber eine Partei, die der sozialdemokratischen Mentalität entspricht. Hundert Jahre Tradition, darauf kann man sich verlassen.

Viele PDS Wählerinnen und Wähler sind von dieser Überzeugung geprägt. Deshalb wird sich die PDS zunehmend zu einer linken sozialdemokratischen Partei entwickeln, die versuchen wird, sich auf ganz Deutschland auszudehnen. Mit einem Absterben der PDS ist also im Osten nicht zu rechnen. Viele ostdeutsche Sozialdemokraten bereiten sich deshalb auch innerlich auf Koalitionen mit der PDS in den nächsten Wahlperioden vor. Nur so können sie verhindern, daß die SPD Juniorpartner der CDU bleibt. Nur so können sie erreichen, daß die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und langfristig auch weiter in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten stellen kann. Am Ende wird das auch die Bonner Baracke noch begreifen.

Das Magdeburger Modell

Aber begreifen es auch die Bündnisgrünen, die sich im Osten schließlich im gleichen Szenario bewegen (müssen)? Zum Beispiel Magdeburg: Nach den Wahlen im Juni 1994 bedrängte die SPD-Basis ihren Spitzenkandidaten Höppner, nicht mit der großen Koalition zu liebäugeln. Es kam - für alle überraschend - die rot-grüne Minderheitsregierung, von der PDS toleriert. Ein Vorgang, der in Westdeutschland zu Wutgeheul und Verunsicherung führte und doch ohne Alternative ist, es sei denn, man will noch mehr.

Seitdem spielen die Bündnisgrünen die entscheidende Moderatorenrolle. Unsere Kraft liegt im Augenblick nicht nur in grünen Inhalten, sondern vor allem in dieser Funktion des Magdeburger Modells. Bündnis 90/DIE GRÜNEN bilden das Scharnier: Wir tragen dazu bei, daß sich eine strukturelle Mehrheit links von der CDU in Ostdeutschland etabliert und auch von den Westdeutschen als

Ergebnis der Wende akzeptiert werden kann und wird. Wir haben uns in dieser Rolle als handlungsfähig erwiesen, zum Beispiel als der Haushalt 1995 an der Finanzierung des Verfassungsschutzes zu scheitern drohte. Die Bündnisgrünen haben SPD und PDS dazu gebracht, ihre einander ausschließende Haltung zu verändern und unserem Kompromiß, der einen Abbau von 50 Planstellen in drei Jahren vorsieht, zuzustimmen. Wir haben also einen Abbruch der ostdeutschen Entwicklung verhindert und die Grenzen einer kleinen Partei in der deutschen Provinz weit überschritten - bis in die PDS-gefärbte Tabu-Landschaft.

Insofern bedeutet das auch Versöhnung in der ostdeutschen Gesellschaft. Wohl deshalb möchten uns beide Parteien in der nächsten Wahlperiode gern wieder in dieser Rolle sehen. Denn nur das Mittun der einstigen kleinen DDR-Opposition bei dieser gesellschaftlichen Versöhnung im linken Spektrum verschafft beiden Parteien die notwendige politische Legitimation.

Politische Partner finden

Nun bin ich mir sicher, daß eine solche Funktion zwar über einen gewissen Zeitraum wirken kann, aber natürlich keine dauernde politische Zukunft ermöglicht. Denn Bündnis 90/DIE GRÜNEN leben davon, daß sie langfristig den ökologischen Umbau der Gesellschaft, den bürgernahen Staat und die Annäherung an soziale Gerechtigkeit im Lande und in der Weltgemeinschaft voranbringen wollen.

Wir müssen also umgehend die Diskussion eröffnen, wie und mit wem wir auch im Osten für grüne Inhalte genügend Wählerinnen und Wähler und politische Partner finden. Natürlich müssen Bündnis 90/DIE GRÜNEN versuchen, ihre Partei-Organisation flächendeckend aufzubauen. Aber genau so wichtig ist, wie man das linkssozialistische Wählerpotential in Ostdeutschland so mit den westdeutschen Grünen bündeln kann, daß sie sich nicht gegenseitig blockieren und Ostdeutschland zur Heimstätte konservativer Kräfte und lavieren der Sozialdemokraten machen.

Die aufregende Diskussion über diese politische Organisation der innovativen ostdeutschen Wählerinnen und Wähler hat gerade erst begonnen. Dazu brauchen wir beides: Konkrete und kontrol-

lierbare Politikangebote ohne Tabus im kommunalen und landespolitischen Alltag, aber auch strategische Allianzen ohne falsche Vorurteile, die sich in der gesamtdeutschen Parteienlandschaft behaupten können.

Die schlimmen Verirrungen und Verbrechen der DDR-Wirklichkeit sollen mit dieser Einladung nicht bagatellisiert werden. Aber wer die Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit betreibt, muß auch ein Angebot für die Zukunft eröffnen, das die Veränderung in Deutschland mit Hilfe neuer politischer Mehrheiten durchsetzen will. Die ehemalige DDR-Opposition hat das Recht, in diesem Prozeß als Katalysator zu wirken. Magdeburg ist der Anfang.

MARTIN LUTHER KING

Originalreden (remastert - bessere Verständlichkeit) von Martin Luther King jr. U.a. mit „I have a dream“ ca. 30 Minuten auf TDK-SA

für nur **30,00 DM**

inkl. Textheft, Diskette für PC, Porto und Verpackung erhältlich bei:

I F I A S - Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, Stralsunder Weg 50,

53119 Bonn.

☎ 0228-664442 FAX 665843

Bremer SPD: Von der absoluten Mehrheit in den 30%-Turm

von Carsten Sieling*

„Klare Verhältnisse“, damit „Bremen gewinnt“ - so lauteten die beiden Wahlslogans der Bremer SPD, mit denen das Wahlziel „40%-plus“ in deutlich verfehlt wurde. Mit den erzielten 33,4% konnte gerade noch ein 0,8% Vorsprung gegenüber der CDU gehalten werden. Dramatisch sind die Vergleichszahlen: Von 50,5% bei der Bürgerschaftswahl 1987 ist die Bremer SPD über 38,8% 1991 auf das jetzige Ergebnis gesunken und hat damit in nur acht Jahren 17%-Punkte verloren. Ein weiterer Vergleich macht deutlich, daß es die SPD in Bremen und Bremerhaven ist, die die Verluste zu verantworten hat: Noch im Oktober 1994 bei den Bundestagswahlen wählten 180.000 Menschen und damit über 45% sozialdemokratisch. Demgegenüber wollten knapp sieben Monate später nur 115.000 Wählerinnen und Wähler die SPD in der Bürgerschaft sehen. Fazit: Lediglich zwei von drei potentiellen SPD-Wählerinnen und Wähler konnten am 14. Mai mobilisiert werden.

Bremer SPD hat die Bodenhaftung verloren

Der Niedergang der SPD im kleinsten Bundesland ist keine neue Erscheinung, sondern stellt einen roten Faden in der Wedemeier-Ära seit 1985 dar. Diese Zeit war geprägt durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, heftigen Branchen- und Untermehrmenschenkrisen, zunehmender Armut, sich verschlechternder öffentlicher Infrastruktur und wachsender Verschuldung. Trotz der politischen Bemühungen zur Sanierung der Landesfinanzen, einer (zumindest in den achtziger Jahren) aktiven Arbeitsmarktpolitik und umfangreicher wirtschaftsstrukturpolitischer Aktivitäten spricht die Bevölkerung der örtlichen SPD genau zur Lösung dieser Probleme die Kompetenz ab: Nach Befragungsergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen wird der CDU sogar beim Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr Vertrauen entgegengebracht als der SPD. Ebenso stellt sich die Kompetenzzuschreibung

bei der Lösung der Verschuldung, der allgemeinen Wirtschaftspolitik usw. dar. Gleichfalls schmolz der Sympathievorsprung des SPD-Spitzenkandidaten Wedemeier gegenüber seinem CDU-Herausforderer auf nur noch 7%.

Einen wesentlichen Grund für diese Beurteilungen stellte offensichtlich die Rolle der SPD in der Ampel-Koalition mit den Grünen und der FDP dar. Die 'Ampel' hat sich nicht zu einem „Modell für Bonn“ entwickelt, wie der Grüne Ralf Fücks zu Beginn der Koalition verkündet hatte, sondern erschöpfte sich in politischen Blockaden. Die SPD stand dieser Situation weitgehend hilflos und hauptsächlich nur moderierend gegenüber. Hinzu traten eine Reihe von Skandalen und Skandalchen, in die SPD-Repräsentanten verwickelt waren und immer wieder sind.

Die Ampel-Koalition hatte schnell die - von Beginn an fragile - Unterstützung in den beiden Städten des Landes und auch innerhalb der SPD eingebüßt. Der Verlust der absoluten Mehrheit nach mehr als 40 Jahren in Verbindung mit den heftigen innerparteilichen Kontroversen führte zum Rückzug einer ganzen Reihe von Funktionären der Partei - auf der Linken und auf der Rechten. Noch bedeutender aber war und ist die Einflußerosion in den politisch-gesellschaftlichen Strukturen des Zwei-Städte-Staates. Die Verankerung der Partei in den verschiedenen sozialen Gruppen und Institutionen hat dramatisch abgenommen. Schon in den achtziger Jahren ist eine Distanz zwischen Partei und Gewerkschaften eingetreten, mit der Folge, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Betriebsräten und Betriebsratsvorsitzenden - vor allem in wichtigen Großbetrieben - nicht mehr der SPD angehörten und teilweise auch andere Parteiorientierungen hatten und haben. Auch auf dieser Flanke ist die Bremer SPD zu einer Partei des öffentlichen Dienstes geworden.

Hinzu traten Einflußverluste in Sportvereinen, der Projekteszene, dem Bildungssektor, aber auch der Wirtschaft und den Netzen von Institutionen und Verbänden. Darin liegt eine wesentliche Ursache für die Gründung der Wählerge-

meinschaft „Arbeit für Bremen und Bremerhaven“ (AfB), die auf Anhieb 10,7% der Stimmen erzielen konnte. Die Hauptinitiatoren der AfB sind durchweg ehemalige Sozialdemokraten, die allesamt in den fünf Monaten vor der Wahl ausgetreten oder dem laufenden Ausschlußverfahren der SPD-Landesorganisation durch Austritt zugekommen sind. Bei der AfB und ihren Unterstützern handelt es sich um durchaus bekannte Personen: einen ehemaligen Wirtschaftssenator, einen Sparkassendirektor, einen ehemaligen Bundestagsabgeordneten, die Frau des SPD-Bundestagsabgeordneten Kröning, ehemalige SPD-Bürgerschaftsabgeordnete, einen DAG- und GdP-Funktionäre sowie Kleinunternehmer und Personen aus dem Kulturmilieu.

Auf artikulierte Unterstützung und Sympathie traf die AfB vor allem bei den „Machern“ in der Stadt und bei Leuten, die den Einflußverlust der SPD als ihren eigenen Einflußverlust erfuhren, die die Handlungsblockaden der 'Ampel' als Blockaden für ihr Tun empfanden und die sich durch Statusverlust bedroht sahen und sehen. Stimmen bekam die AfB aus allen politischen Lagern und in allen Stadtteilen, schwerpunktmäßig aber in eher gutsituierten Wohngebieten sowie bei Beamten und Angestellten mittleren Alters. Während bei der Wahl am 14. Mai das eher konservativ ausgerichtete Wählerpotential der SPD verloren ging oder nicht wählte, gab es kaum noch Verluste an die Grünen. Dieser Prozeß scheint in Bremen vorläufig an ein Ende gelangt zu sein. Allerdings haben die Grünen in einigen innerstädtischen Wohnquartieren die SPD mittlerweile als Mehrheitspartei abgelöst. Sie verfügen hier teilweise über ein festes Potential von gut 35%, wohingegen die SPD gerade noch über 20% der Stimmen erzielt.

Mitgliederbefragung zur Koalitionsfrage

Unmittelbar nach der Wahl bestimmte der von zwei Unterbezirken schon vor der Wahl eingebrachte und eher aus den Reihen Parteirechter unterstützte Vorschlag, die Koalitionsfrage per Mitglie-

* Carsten Sieling, Bürgerschaftsabgeordneter und Mitglied des SPD-Landesvorstandes Bremen

derbefragung zu entscheiden, die Diskussion. Hinzu kam, daß einige SPD-Abgeordnete angesichts der knappen rot-grünen Mehrheit (51 zu 49 Sitze) unzweifelhaft andeuteten, sie würden bezüglich der Koalitionsfrage nur das Ergebnis einer Mitgliederbefragung als verbindlich akzeptieren. Hierzu hatte die Bremer SPD in der vergangenen Legislaturperiode genügend Erfahrungen gesammelt: Die Art von Abweichlern, die in der Frankfurter SPD als „Schweine“ tituliert wurden, sind in Bremen wohl bekannt und werden „Heckenschützen“ gerufen.

Zugespitzt hat sich die Lage durch den Rücktritt von Klaus Wedemeier als Kandidat für den Bürgermeisterposten. Wedemeier hatte dies im Falle eines schlechten Wahlergebnisse in kleinem Kreise schon Wochen vor der Wahl verlauten lassen. Die Diskussion, die über die Verantwortung des Spitzenkandidaten dann im Landesvorstand und in der Öffentlichkeit geführt wurden, waren letzter Auslöser für diesen Schritt - gleichwohl versuchte Wedemeier in den Wochen danach immer wieder, eine Dolchstoßlegende gegen den Landesvorstand und insbesondere die Vorsitzende zu verbreiten.

Die Mitgliederbefragung wurde somit doppelt angelegt: Als Befragung zur Koalitionspräferenz und zur Wahl eines neuen SPD-Spitzenkandidaten, wofür sich eine ganze Reihe von ernsthaften und auch Spaß-Kandidaturen fanden. Um klare Alternativen und klare Entscheidungen zu ermöglichen, schickte der Landesvorstand - nicht unumstritten, aber im Einvernehmen mit allen Kandidaten - nur zwei Personen ins Rennen: Henning Scherf für Rot-Grün, aber von vornherein bereit, die Regierungsbeteiligung der SPD auch in einer Großen Koalition zu sichern, und Hans-Helmut Euler, früher Leiter der Senatskanzlei bei Wedemeier und jetziger Medienunternehmer, der ausschließlich als Bürgermeister für eine rot-schwarze Koalition antrat. Erheblich komplizierter stellte sich die Befragung bezüglich der Koalitionsfrage dar. Schon im Vorfeld war innerparteilich stark umstritten, ob die Befragung zu einer Sachfrage Sinn machen würde. Doch die Dynamik der Entwicklung und die Tatsache, daß ein einheitliches Verhalten der Fraktion für Rot-Grün ohne Befragung wohl kaum herstellbar sein würde, ließ im Landesvorstand keine andere Entscheidung zu.

Es wurden Sondierungsgespräche mit den Grünen und der CDU eingeleitet, deren Ergebnisse für die Mitgliederbe-

fragung veröffentlicht werden sollten. Im letzten Sondierungsgespräch allerdings legte die CDU ein Veto gegen die Veröffentlichung der Ergebnisse ein. Die Ergebnisse bildeten - trotz einiger gravierenden Dissense wie bei der Privatisierung öffentlichen Eigentums - die vielfältige programmatische Übereinstimmung zwischen Grünen und SPD ab, wohingegen die CDU taktisch motiviert auf verschiedene Forderungen verzichtete und sich so als Koalitionspartner möglich machen wollte. Es wäre nun die Aufgabe des Landesvorstands gewesen, zu einer Bewertung zu kommen und auch eine Empfehlung auszusprechen - gerade weil nur hier die Detailergebnisse bekannt waren. Doch ein entsprechender Antrag aus der Linken wurde im Landesvorstand mit dem Hinweis auf die große Autorität einer Mitgliederbefragung, die nicht „manipuliert“ werden dürfe, abgelehnt.

Die Ausgangslage für den zweiwöchigen innerparteilichen Wahlkampf war damit klar: Der Landesvorstand hatte sich politisch selbst entwaflnet und eine politische Diskussion zur Koalitionsfrage fand nur auf dem Niveau statt, Rot-Grün für nicht mehrheitsfähig und Rot-Schwarz für das Ende von Politik zu erklären. Im Mittelpunkt standen die Kandidaten, die durch die Unterbezirke tingelten. In dieser Tendenz zur Personalisierung und Entpolitisierung bestehen deutliche Parallelen zur Urabstimmung der Berliner SPD (vgl. A. Wehr in spw 82). Weniger ausgeprägt als in der Spreemetropole war hingegen die Kampagnenführung, die sich im Kern auf die

Die Verankerung der Partei in den verschiedenen sozialen Gruppen und Institutionen hat dramatisch abgenommen.

Auftritte und einige Interviews der Kandidaten beschränkte.

Anders allerdings das politische Umfeld: Das sozialdemokratische Establishment warb mit allen Methoden für Rot-Schwarz. So erklärte Hans Koschnick Rot-Grün zur „tödlichen Gefahr“, Wedemeier deutete an, Rot-Grün im Parlament nicht unterstützen zu können und prominente Sozialdemokraten von Werder Bremen Manager Willi Lemke über ehemalige Senatoren bis zum Bundestagsabgeordneten Konrad Kunick schal-

teten eine kostspielige Rot-Schwarz-Anzeige in der Lokalpresse. Rot-Grün-Unterstützung spielte sich im wesentlichen innerparteilich ab. Eine positive Ausnahme bildeten eine breite Betriebsräte-Initiative sowie die IG Metall und der DGB, die offen für Rot-Grün warben.

Im Ergebnis wurde Scherf am 11. Juni mit zwei Drittel der Stimmen gewählt und eine denkbar knappe Mehrheit von 2.427 zu 2.389 Mitgliedern sprach sich für Schwarz-Rot aus. Die Wahlbeteiligung lag bei 55%. Verlauf und Ergebnis der folgenden Koalitionsverhandlungen können an dieser Stelle nicht ausführlich dargestellt werden. Aus Sicht vieler Parteilinker wurde kritisiert, daß wesentliche investitionsstarke Ressorts wie Wirtschaft, Bau und Verkehr an die CDU gingen, wogegen die SPD-SenatorInnen die unter Bedingungen des Bremer Sanierungsprogramms vereinbarten Kürzungen in den konsumtiven und personellen Bereichen werden umsetzen müssen. Und in weiten Teilen des Vertrages (z.B. Verkehrsplanung, Privatisierung) findet sich CDU-bestimmte Programmatik, wohingegen die SPD-Verhandlungserfolge vor allem mit - keinesfalls unwesentlichen - technokratisch-pragmatischen Detailregelungen begründet werden, deren politische Ausstrahlungskraft jedoch fraglich ist. Ein großer Teil der Linken hat den Vertrag daher abgelehnt. Der Landesparteitag, nur knapp beschlußfähig, stimmte der Vereinbarung mit einer guten Zweidrittelmehrheit zu.

Zukunft der SPD - mit allen Risiken behaftet

Die Lage der Parteiorganisation aber muß nach diesen Wochen und Monaten aufreibender Auseinandersetzungen als beängstigend bezeichnet werden. Der schon lange anhaltende Trend der Mitgliederverluste - von 1980 bis Ende 1994 reduzierte sich die Zahl der eingetragenen SPD-Mitglieder von 16.000 auf 9.700 - setzt sich unverändert fort und hat in den vergangenen sechs Monaten zu weiteren Verlusten von 500 Mitgliedern geführt - trotz neuer Eintritte, insbesondere während der Mitgliederbefragung. Ein großer Teil der Aktiven der Partei ist demotiviert, ein Unterbezirksvorsitzender hat sein Amt niedergelegt, drei Landesvorstandsmitglieder sind zurückgetreten und die Landesvorsitzende Tine Wischer mußte ihr Amt niederlegen, weil sie in den neuen Senat eingezogen ist.

Die „materiellen“ Fragen und die Krise der SPD

Zur Reformdebatte am Beispiel Finanzen

von Horst Arenz*

Die SPD in der Führungskrise

„Einer Öffentlichkeit, die nach erkennbarer Opposition ruft,“ ist nicht sichtbar, „was die SPD will“. Gunter Hofmann, Die Zeit vom 30.6.95

Rudolf Scharping hat ein Problem: Die Partei, der er vorsitzt, steckt in einer tiefen Krise. Im Zusammenhang der jüngsten Fehde mit Schröder u.a. sieht er sich in fast sämtlichen überregionalen Medien mit Parallelen zu Engholms Rücktritt konfrontiert.

Es stimmt leider: Die Partei hat eine zugespitzte Führungskrise. Allerdings läßt sie sich mitnichten auf persönliche Eitelkeiten reduzieren, auch wenn diese in der Partei eine nicht gerade unerhebliche Rolle spielen. Sie hat ihren tiefen Grund in der Tatsache, daß die Partei nicht in der Lage ist, die strukturellen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft adäquat zu verarbeiten und in ein konsistentes Projekt der Reformalternative zu übersetzen. Scharping selbst bestätigt im Grunde mit seiner Zustandsbeschreibung der Partei als einem „disharmonischen Chor ohne gemeinsame Partitur“, daß es um Tieferes geht: Die Partitur fehlt.

Dem parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Wilhelm Schmidt ist zuzustimmen mit seiner Warnung, es drohe ein Abrutschen zur 20%-Partei. Wer die tieferen Ursachen der aktuellen Kontroversen nicht beseitigt, darf sich nicht wundern, daß es Streit gibt. Was muß noch passieren, damit endlich erkannt wird, daß eine schonungslose Bilanz von 13 Jahren Opposition in Bonn und einer Kette von Wahlniederlagen der letzten Jahre überfällig ist?

Was gehört zu dieser Bilanz? Ohne Zweifel spielt eine Rolle, daß, wie

MdEP Karin Jöns fragt, „wir langsam zu einem Selbstbedienungsladen kurz vor dem Ausverkauf geworden sind.“¹

Aber es gibt noch tieferliegende Ursachen. Zum einen ist da der Umstand, daß die SPD - wie Erhard Eppler richtig konstatiert - von den Landesfürsten regiert wird, bedingt vor allem durch das Gewicht der SPD im Bundesrat. Dieses Gewicht muß aber nicht zwangsläufig die derzeitigen Zustände mit sich bringen. Die Tatsache, daß Heide Simonis im Zusammenhang mit ihrer Warnung, die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion zum Jahressteuergesetz nach einem Existenzminimum von DM 13.000 und einem Kindergeld von DM 250 sei von den Ländern nicht zu finanzieren, ganz allgemein auf fehlende 23 Mrd. bei der Gegenfinanzierung etlicher Forderungen des Regierungsprogramms der SPD hinweist, liefert einen Fingerzeig. Die generelle Kritik der fehlenden Reform-Partitur zugespitzt auf die Finanzen heißt dies: Verfügte die Partei über ein konsistentes Konzept der Steuer- und Finanzreform, gäbe es nicht den Aufstand der Landesfürsten.

Man kann diese Argumentation auf die Ergebnisse der letzten Wahlen rückbeziehen. Egal wo man hinschaut, überall der gleiche Befund: In Bremen in 15 Jahren ein Mitgliederschwind um 50% und ein Stimmenverlust von 20%-Punkten, in Frankfurt ein ähnlicher Auszehrungsprozeß mit Wahlbeteiligungen in Unterschichtstadtteilen von annähernd 40%, in Hessen überwiegend Verluste von Stammwählerstimmen an die Nichtwähler² - ein Phänomen, das erstmals besonders kraß bei den hessischen Kommunalwahlen 1993 festzustellen war³, bei den Landtagswahlen in NRW laut Infas ein Stimmenverlust von 500.000 an die Nichtwähler im Vergleich zu 150.000 an die Grünen, in bestimmten sozialen Brennpunkten in Köln Wahlbeteiligungsquoten von unter 40% ...

Angesichts des gegenwärtigen Zustands der SPD ist die nun vielerorts zu

vernehmende Parole abwegig, mit der rot-grünen Koalition in NRW und dem Niedergang der FDP sei der rot-grüne Machtwechsel nun auch in Bonn vorprogrammiert. Beim gegenwärtigen Zustand der Partei mit dem immer dreisteren Bruch ihres rechten Flügels mit der „Beschlüßlage“⁴ und mit Grundsätzen demokratischer innerparteilicher Willensbildung wäre eine rot-grüne Bundesregierung bei ihrer zu erwartenden knappen Mehrheit kaum handlungsfähig, weil sie ständig mit der Sabotage des rechten Flügels der SPD rechnen müßte.

Die SPD, die es sich inzwischen gefallen lassen muß, von den NRW-Grünen öffentlich als „sterbende Partei“ abqualifiziert zu werden, hat nur dann eine Chance, aus dem Tief herauszukommen und Rot-Grün als machbare Alternative nach vorne zu bringen, wenn sie sich auf ihre klassischen Felder rückbesinnt. Das bloße Abkupfern grüner Positionen, die weitere Öffnung in Richtung Ökologie allein wird nur in einem „Nullsummenspiel“ (Verheugen) enden. Allerdings hat die SPD dringenden Handlungsbedarf in Sachen *Glaubwürdigkeit* ihrer umweltpolitischen Konzepte, die z.T. von den Spezialisten (auch auf Seiten der Parteilinken) bis in die feinsten Ziselierungen ausgearbeitet sind - um dann in einem unsäglichen Eier-tanz um Tempolimit, Mineralölsteuererhöhung, Ökosteuern, Transrapid, Müllverbrennungsanlagen etc. etc. seitens führender Parteivertreter dementiert zu werden.

Drängende materielle Fragen

Im Gegensatz zu den sogenannten postmateriellen Fragen kann bei den materiellen Fragen (mit der einzigen Ausnahme der Arbeitsmarktpolitik) nicht davon gesprochen werden, daß die Partei (inkl. der Parteilinken) sich durch innovative Vorschläge hervortut. Gera-

* Horst Arenz, wissenschaftlicher Abgeordneten-Mitarbeiter bei der SPD-Bundestagsfraktion

de auf den "klassischen" Feldern haben sich im Vergleich zu den 80er Jahren (und auch zu Zeiten des Grundsatzprogramms) gravierende Veränderungen ergeben:

- Explosion der Massenarmut;
- anhaltende Massenarbeitslosigkeit bei Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit;
- weitere Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft in allen zentralen Bereichen, insbesondere bei Einkommen, Vermögen und Bildungschancen⁵ bei gleichzeitiger massiver Verschärfung der Angriffe gegen die Grundsäulen des Sozialstaates;
- zunehmende Homogenisierung der Lebensverhältnisse in den Unterschichten;⁶
- Deindustrialisierung in den Neuen Bundesländern;
- Strukturbruch in der materiellen Produktion („Postfordismus“, „lean production“, „Stoffstrommanagement“);
- erneuter qualitativer Sprung im Ausbau der Informations- und Kommunikationsstrukturen;
- hoher Nachholbedarf im Ausbau des Dienstleistungssektors im internationalen Vergleich;
- zugespitzte Krise der öffentlichen Finanzen;
- Globalisierung der internationalen Kapitalstrukturen;
- weitere Verselbständigung, Globalisierung und Destabilisierung der Finanzmärkte;
- Innovationsschwäche der Strukturen der Öffentlichen Hand.

Die SPD ist auf diese neuen Herausforderungen bis heute die Antwort schuldig geblieben. Die Partei ist daher gegenwärtig gut beraten, sich zu konzentrieren auf

1. die primären, „materiellen“ Fragen (im Unterschied zu den sogenannten „postmateriellen“);
2. bei diesen materiellen Fragen auf die Erarbeitung und Propagierung glaubwürdiger und unmißverständlicher Reformalternativen zur gegenwärtigen Bundesregierung.
3. Dies setzt die Bereitschaft voraus, den Menschen zum einen die Innovationsfähigkeit auf den eigenen klassischen Feldern unter Beweis zu stellen,⁷ und zum anderen sich in ganz neuer Qualität um die Frage zu kümmern, wie eigene Politik und Programmatik mit dem Alltagsbewußtsein der Menschen zu vermitteln sind und welche bewußtseinsorientierende Rolle die Partei in der öffentlichen Meinungsbildung spielen will.

Hans Eichel hat bislang das Problem am treffendsten auf den Punkt gebracht: „Die SPD klammert sich an das, was sie in den letzten Jahren erreicht hat. Wir dürfen uns nicht in die Verteidigung des Sozialstaates begeben, wie er jetzt ist. ... Wir müssen bei den hohen Einkommen mehr Beiträge für eine solidarische Gesellschaft einfordern. ... Das ist ein neuer Verteilungskampf. ... Irgendwann müssen die Einkommens-Verhältnisse, die immer weiter auseinanderdriften, wieder stärker zusammengeführt werden, sonst sind die Vermögenden bald gezwungen, sich mit Privatarmeen zu schützen. ... Uns fehlt die Traute, eine fundamentale Auseinandersetzung zu beginnen über ... soziale und globale Solidarität.“⁸

Im folgenden soll anhand der vorherrschenden finanzpolitischen Vorstellungen der Partei der von Eichel angesprochenen hohe Innovationsbedarf verdeutlicht werden.⁹

Rückgewinnung von Finanzkompetenz

In einer Umfrage von Emnid, welcher Partei mehr Kompetenzen in Sachen Staatsfinanzen zugetraut werden, sprachen sich 42% der Befragten für die SPD aus und 53% für die CDU, bei der Frage nach der Kompetenz in sozialen Angelegenheiten ergab sich ein umgekehrtes Bild.¹⁰ Viel zu sehr herrscht im Alltagsbewußtsein noch das Bild vor, Sozialdemokraten seien zwar der Betriebsrat der Gesellschaft, könnten aber nicht mit Geld umgehen. Es ist keine Frage:

Das bloße Abkupfern grüner Positionen, die weitere Öffnung in Richtung Ökologie allein wird nur in einem "Nullsummenspiel" (Verheugen) enden.

Die SPD muß ihr wirtschafts- und finanzpolitisches Erscheinungsbild verändern. Die Debatte ist indessen, ob dies in Richtung weiterer Anpassung an konservative Ideologien (Sozialmißbrauch, Entlastung der angeblich zu hohen Unternehmenssteuern und Lohnnebenkosten, Privatisierung und Deregulierung etc.) stattzufinden hat, oder ob nicht im Gegenteil die Herausarbeitung eines kla-

ren Profils in Abgrenzung von der herrschenden Regierungskoalition gefordert ist. Wer ständig die Formeln von der Senkung der Staats- und Abgabenquote und vom Abbau der Staatsverschuldung herausstellt, darf sich nicht wundern, daß die Menschen die Partei nicht wählen, weil es für sie keine (finanzierbare) Alternative zu entscheiden gibt.

Staats-, Steuer und Abgabenquote: Verdrehungen über Staatsfinanzen

Die in Zusammenhang mit solchen Maßnahmen stets einsetzende Debatte über die Staats-, Abgaben- und Steuerquote und die Staatsverschuldung zielt an den entscheidenden Problemen vorbei:

Erstens: Die Notwendigkeit der Konsolidierung der Staatsfinanzen ist unbestritten. Dennoch darf nicht aus den Augen verloren werden, daß Deutschland selbst unter Berücksichtigung der noch bevorstehenden Belastungen sich allenfalls im Mittelfeld des internationalen Vergleichs der Staatsschuldenquote bewegt. Das DIW hat zur Staatsschuldendebatte das nötige gesagt.¹¹

Zweitens: Die Staatsquote kann nicht einfach für sich genommen werden. Die *allgemeine* Staatsquote umfaßt nämlich sowohl den staatlichen Verbrauch als auch die über die Öffentliche Hand vermittelten sozialen Transfers und die Subventionen, also Größen, die in Konsum und Investitionen der Privaten und damit nicht in den Staatsverbrauch eingehen. Unter Abzug der Vorleistungen von Privaten betrug die *spezielle* Staatsquote, die den staatlichen Verbrauch im eigentlichen Sinne widerspiegelt, nur 10,9% des Bruttosozialprodukts (in 1989).¹² *Drittens* vergißt der allseitige Protest (auch der Parteiführung) gegen die Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast die monetären und realen Transferleistungen, die die Durchschnittsbürger/-innen aus den Steuern und Abgaben von der Öffentlichen Hand zurück erhalten (574 Mrd., also fast 2/3 von ca. 900 Mrd. gezahlten Steuern und Abgaben). Zur Analyse der tatsächlichen Belastung müßte also die Abgabenlast gegen die erhaltenen Transfers aufgerechnet werden. Außerdem ist die Steuerquote, der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, zwischen 1974 und 1994 mit ca. 24,5% annähernd konstant ge-

blieben. Schließlich bleibt vielfach außer Betracht, daß bei gesunkener Lohnquote und konstanter Sozialleistungsquote die durchschnittliche Abgabenlast der Arbeitnehmereinkommen steigen muß. Ein zentraler Zusammenhang wird seitens der Parteiführung in der Debatte kaum thematisiert: Die erhebliche Verschiebung im Steueraufkommen zu Lasten der Lohn- und Umsatzsteuer und zugunsten der Einkommens- und Unternehmenssteuern.¹³

Viertens spielt bei den Sozialabgaben die Verteilung der Belastung und Transfers eine entscheidende Rolle. Beide zusammengekommen ist festzuhalten: „Verteilt wird nicht von reich zu arm, sondern von jung zu alt, von Frauen zu Männern, von Familien zu Kinderlosen und auch von arm zu reich.“¹⁴ Würde die Verteilung der Transfers „stimmen“, wäre auch die Akzeptanz der Steuern und Abgaben in breiten Teilen der Bevölkerung wesentlich größer. Dieser Aspekt größerer „Zielgenauigkeit“ ist viel ausschlaggebender als etwa der Mißbrauch von Sozialleistungen.

Elemente einer Steuerreform

Unser Fiskalsystem ist in zentralen Elementen verfassungswidrig. Steuerbefreiung des Existenzminimums, Zinsabschlaggesetz, Immobilienbewertung auf Basis viel zu niedrig angesetzter Einheitswerte sind die Stichworte. Steuerreform ist eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges, die Partei ist auf diese Herausforderung nur sehr unzureichend vorbereitet.

Kurzfristig sind dringende Reformen gefordert, die nicht auf einen Steuerparteitag verschoben werden können. Die Stichworte sind: Erhöhung der Erbschaftssteuer¹⁵; Abgabe auf Geldvermögen¹⁶; Lastenausgleich Deutsche Einheit¹⁷; konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung, und zwar bei den Knackpunkten, von denen kaum gesprochen wird: die Zuweisung der entsprechend höheren Bundesmittel an die Länder zur Erhöhung der Personalmittel und die Herausnahme dieser zusätzlichen Mittel aus dem Länderfinanzausgleich; Erhebung von Ökosteuern auf alle endlichen Energieträger und auf Abfall (in Kombination mit Abgaben und ordnungspolitischen Maßnahmen), die *sowohl* zur Entlastung der Lohnnebenkosten *als auch* für Umweltinvestitionen verwendet werden, wobei besonders en-

ergieintensiven Branchen die Steuern zweckgebunden für Energiesparmaßnahmen vollständig zurückgegeben werden sollten.

Im folgenden soll auf drei Aspekte näher eingegangen werden.

Die Steuerbefreiung des Existenzminimums und der „Zwei-Klassen-Steuerstaat“

Die SPD muß bei der Steuerbefreiung des Existenzminimums deutlich machen, daß es nicht bloß um die Gegenfinanzierung der Steuerentlastung und um Gerechtigkeit für Geringverdiener geht - so wichtig sie auch ist. Damit ist vielmehr die ganz grundsätzliche Frage nach Herstellung von Steuergerechtigkeit aufgeworfen. „Abbau von Steuervergünstigungen“, „Ersatz durch Abzug von der Steuerschuld“ etc. sind Schritte in die richtige Richtung, stoßen aber noch nicht zum Kern des Problems vor: das „Zwei-Klassen-Steuerrecht“ (Stern vom 16.9.93). „Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalte versteuern rund 2/3 ihres Einkommens, Selbständige nur die Hälfte.“¹⁸ Der Grenzsteuersatz für Einkommen ab 120.000 jährlich beträgt nominal 53%, *effektiv* laut ZEW ab 80.000 DM im Schnitt aber nur 32% und sinkt dann auf annähernd 30% für Einkommen von 160.000. Die Debatte um

Die Partei hätte die Debatte zum Jahressteuergesetz für eine grundsätzliche Auseinsetzung mit dem System der Steuervergünstigungen und Steuerschlupflöcher nutzen müssen.

die Steuerbefreiung des Existenzminimums unterstellt grundsätzlich falsche Voraussetzungen, wenn sie nicht bereit ist, von den *effektiven* Sätzen auszugehen.

Die Partei hätte offensiv die Chance ergreifen müssen, die Debatte zum Jahressteuergesetz zum Anlaß für eine *grundsätzliche* Auseinsetzung mit dem System der Steuervergünstigungen und Steuerschlupflöcher nehmen. Auf

Grundlage einer entsprechenden Reform wäre dann nicht nur die Finanzierung der Steuerbefreiung des Existenzminimums gesichert, vielmehr könnten zusätzliche Finanzmittel für Reformmaßnahmen mobilisiert werden.¹⁹

Unternehmenssteuern: innovative Strukturpolitik oder Ladenhüter Steuersenkung

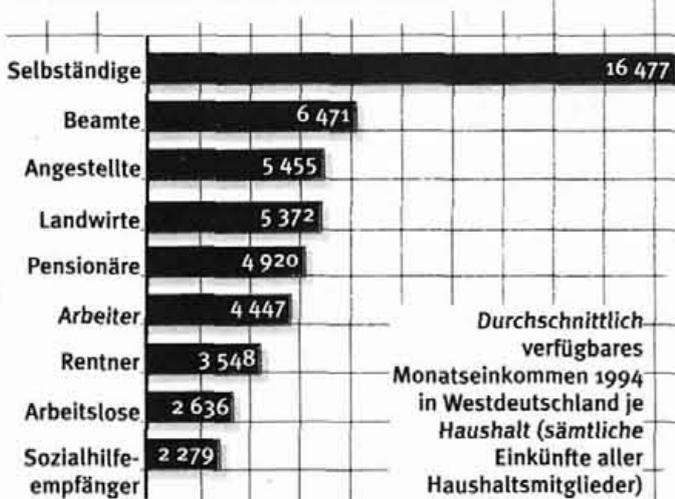
Die Bundesregierung plant die Abschaffung der Gewerbesteuern und auf längere Sicht auch die Abschaffung der Vermögenssteuer. Begründet wird ersteres mit einer angeblich zu hohen Steuerbelastung der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.

Dies ist schlicht und einfach falsch. Der frühere Präsident des Bundesfinanzhofs, Franz Klein, spricht ungeschminkt das aus, worüber in der deutschen Öffentlichkeit und auch in der SPD kaum gesprochen wird: „Eine Untersuchung der OECD in Paris stellt fest, daß in keinem Industrieland der Welt die nominale Belastung gegenüber der realen so weit auseinanderfällt wie in der Bundesrepublik Deutschland.“²⁰

In der Tat hat Deutschland z.B. bei der Körperschaftssteuer *nominal* nach Japan (!) den höchsten Steuersatz, *effektiv* jedoch mit 14,5% mit Abstand den niedrigsten Satz - bedingt durch großzügigste Regelungen bei Abschreibungen, Pensionsrückstellungen und kaum kontrollierte Verrechnungspreise zwischen Konzerngesellschaften²⁰, die ca. 150 Mrd. hinterzogenen Steuern gar nicht eingerechnet. Auch in der Gesamtsteuerbelastung liegen nach einer Untersuchung des DIW die deutschen Unternehmen spätestens nach dem Standortversicherungsgesetz keinesfalls in der Spitzengruppe.²¹ Nach beträchtlichen Steuerensenkungen für die Unternehmen durch die Regierung Kohl gibt es überhaupt keinen Grund für pauschale Steuerentlastungen für die Wirtschaft, allerdings für gezielte Förderung von Zukunftsfeldern bei Investitionen und Forschung und Entwicklung.²²

Eine ganz andere Frage der Belastung der Wirtschaft ist die nach der Höhe der Zinsen. „Phasen der Hochzinspolitik machen Anlagen in Finanztiteln zu immer stärkerer Konkurrenz gegenüber risikobehafteten Investitionen.“²³ Laut DIW spielt die Zinsentwicklung eine zentrale Rolle für die In-

Einkommen: Satte Unterschiede



Quelle: DIW

Dringlichkeit einer Gemeindefinanzreform gestoben wird, zu der sie nun weitgehend unvorbereitet Stellung beziehen muß, verdeutlicht nur die Innovations- und Managementdefizite in der Parteiführung.²⁸

ermächtigt werden, die Daten über Zinseinnahmen an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Dabei bleibt das Bankgeheimnis grundsätzlich gewahrt.

¹ FR 14.6.95

² Vgl. Meng/Schacht, in: FR 11.6.95: „Die SPD wird zur Zeit weniger durch Abwanderungen zu den Grünen, sondern massiv durch die Abwanderung in die Wahlenthaltung geschwächt. Die SPD bekommt ihre Quittung so oder so gerade von den Stammwählern.“ Ein Blick über die Grenzen macht das Problem noch deutlicher: Nach den Kommunalwahlen in Frankreich bilanziert das Umfrageinstitut SOFRES: „Die Nationale Front ist zu Frankreichs Arbeiterpartei geworden“ (Süddeutsche Zeitung vom 27.6.95). Bei den Präsidentschaftswahlen hätte Le Pen mit 30% mit Abstand den höchsten Arbeiterstimmenanteil erzielt. Ähnliches gilt auch für Jörg Haider in Österreich.

³ Vgl. hierzu Arenz/Peter: Anpassung oder Alternative? - Die SPD auf dem Weg zu Petersberg II?, in: spw 4/93.

⁴ S. unlängst die Abstimmung im Bundestag über Bundeswehreinheiten in Bosnien, s. den Versuch Kloses, ohne Abstimmung mit der Parteiführung durch eine Absprache mit Schäuble einen abgeschwächten Antrag der Regierungskoalition zu erreichen, dem möglichst viele SPD-Abweicher/innen zustimmen.

⁵ Vgl. Georg Kronawitter, in: Die Woche vom 2.6.95: „Nach 13 Jahren Amtszeit Kohl sind wir wieder soweit: Gleiche Bildungschancen für alle stehen nur noch auf dem Papier. Der dicke Geldbeutel des Vaters entscheidet wieder über Schule, Bildung, Ausbildung und Beruf - jedenfalls mehr als die Begabung. Die Bildungseuphorie, eine große Aufbruchstimmung der 60er und 70er Jahre, ist verfliegen. ... Die Drei-Klassen-Gesellschaft schafft sich ihr adäquates Bildungssystem.“

⁶ Diese Entwicklung scheint bis zur SPD-Zentrale noch nicht durchgedrungen zu sein. So scheint Bernd Schoppe, Abteilungsleiter Bereich Wahlen, mit seiner Betonung der Individualisierung das Problem der neuen Armut nicht zu kennen. s. z.B. Vorwärts 7/95. Vgl. dagegen etwa Uta Meier, Bundesvorsitzende von Pro Familia, in: FR vom 9.5.94: „So stehen den Modernisierungsthesen von der fortschreitenden Ausgliederung der Individuen aus herkömmlichen Klassenbindungen sowie aus Familien- und Verwandtschaftszusammenhängen und der Annahme von wachsender räumlicher Mobilität in der westlichen BRD die empirisch erhärteten, aber in der Öffentlichkeit der vergangenen Jahre kaum diskutierten Befunde der Lebensverlaufstudie des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung gleichsam antipodisch gegenüber. Sie besagen, daß - der Einfluß der Klassenstruktur keineswegs verschwindet, sondern nach wie vor als zentrale Steuerungsinstanz für Beschäftigungsverläufe und Lebenschancen anzusehen sei, Klassengrenzen hierzulande sogar zunehmend bedeutungsvoller geworden sind, - die erreichten Bildungsabschlüsse ... durch die Schicht- bzw. Klassenzugehörigkeit und das Bildungsniveau der Herkunftsfamilie bestimmt sind, - lokale Immobilität zugenommen hat. Von einer Pluralisierung der Lebensformen und einem Zugewinn an Optionsspielräumen kann lediglich dort die Rede sein, wo auf Kinder verzichtet wird. Und das ist vorzugsweise bei jüngeren Angehörigen der gebildeten Mittelschichten der Fall.“ Es wäre sicherlich lohnend, die in den 80er Jahren auch in der SPD-Linien sehr positiv aufgenommenen Thesen Ul-

vestitionskonjunktur. Das Institut lokalisiert in einer Betrachtung der letzten 20 Jahre den Beginn des Wirtschaftsaufschwungs jeweils am Tiefpunkt des Zinszyklus', weil dann die Unternehmen nicht mehr mit weiter fallenden Zinsen rechnen. „Dadurch wurden die Sachkapitalrenditen im Vergleich zu den Renditen für Geldkapital wieder attraktiver.“²⁴

Diese Relation zwischen Geld- und Sachkapitalrendite, das hohe Niveau der Zinsbelastung ist ein Strukturproblem der Ökonomie der westlichen Industrieländer, das für die unzureichende Investitionsneigung eine große Rolle spielt. Um mit R. Scharping zu sprechen: „Auf Dauer kann es nicht gut gehen, wenn mit Geldanlage ohne jede realwirtschaftliche Basis mehr verdient wird als mit jeder Investition.“²⁵ Diese Renditenrelation muß zugunsten der Sachinvestitionen verbessert werden. Hier ist zu allererst die Bundesbank gefordert.²⁶ Steuerpolitisch bietet sich dazu an, die Unternehmenssteuern maßvoll anzuheben und die zusätzlichen Mittel zur Förderung von ökologischen Zukunftsinvestitionen einzusetzen. Insbesondere ist nicht einzusehen, warum die Forderung des Grundsatzprogramms nach einer Sonderbesteuerung nicht-investierter Gewinne beerdigt werden soll. Bei der Parteiführung sucht man solche Kernelemente der in der Tat überfälligen Reform der Unternehmenssteuern vergeblich.²⁷

Dringend reformbedürftig sind auch die Kommunal Finanzen. Daß die SPD erst durch die Pläne der Bundesregierung zur Abschaffung der Gewerbesteuer auf die

Kapitalflucht und internationale Spielräume

Die Zinsabschlagsteuer hat den verfassungswidrigen Zustand der zu niedrigen Besteuerung von Zinseinkünften nicht aus der Welt schaffen können. Das Ifo-Institut schätzt, daß in 1993 ca. 500 Mrd. DM an Vermögen der Zinsbesteuerung entgingen.

Einer konsequenten Zinsbesteuerung wird die Kapitalflucht entgegengehalten. Dieses Totschlagargument gegen jede nationale Gestaltung der Steuer- und Finanzpolitik muß seitens der SPD denunziert werden - leider auch hier Fehl-anzeige.

Deutschland nimmt in der EU bei der Kapitalflucht eine Spitzenstellung ein. Zwar ist Kapitalflucht nie gänzlich aus der Welt zu schaffen. Es kann stets nur um den Grad der Eindämmung gehen. Das wichtigste Instrument hierzu ist dem deutschen Finanzminister - unabhängig von der in weiter Ferne liegenden Einigung auf EU-Ebene - mit der Angleichung an die Praxis der Kontrollmitteilungen anderer Länder in die Hand gegeben. Kontrollmitteilungen gibt es in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und USA. Es ist bis heute kein Argument in der öffentlichen Diskussion zu hören, warum dies nicht auch bei uns funktionieren soll. In einer Reform des § 30a Abgabenordnung muß das Bankgeheimnis eingeschränkt werden, damit gezielte Kontrollmitteilungen stattfinden können und die Betriebsprüfer

25. Jahrgang · Nr. 2 · Juni 1995

Zeitschrift
für kritische
Sozialwissenschaft

PROKLA 99

Verteilungsfragen

Dieter Vesper
Klaus Schömann
Heiner Ganßmann/
Grover McArthur
Angelika von Wahl
Brian Barry
David Gordon
Ingo Schmidt
Dieter Boris

WESTFÄLISCHESDAMPFBOOT

Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton; eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich DM 58,00 (plus Porto) statt DM 72,00. Das Abo beginnt mit Heft 94. Bei Einrichtung eines Abos können bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbestellt werden (bis einschließlich Heft 85 für DM 13,00). Das Abo kann jeweils bis 8 Wochen vor Jahresende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.

Ich abonniere die PROKLA ab
Heft _____

Name _____

Adresse _____

Ich möchte ein PROKLA-Abo (gültig für ein Jahr) verschenken an:
Name _____

Adresse _____

Datum _____

Unterschrift _____

Schicken Sie mir bitte ein Probeheft
zum ermäßigten Ladenpreis (50%
Rabatt)

WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOTDorotheenstr. 26 · 48145 Münster
Tel. 02 51 / 6 08 60 80

rich Becks von der individualisierten Risikogesellschaft einer schichtbezogenen Aktualitätsprüfung zu unterziehen.

⁷ Die Fähigkeit zur Innovation setzt allerdings die Möglichkeit zur Kritik ohne falsche Rücksichten voraus.

⁸ Süddeutsche Zeitung vom 22.6.95; Eichel an anderer Stelle: „Die soziale Kompetenz der SPD ist ein Stück in Zweifel. ... Wir müssen Mehrheiten bewegen und nicht nur warten, was Mehrheiten wollen.“ Interview in FR vom 27.6.95.

⁹ Der Erfolg von Schröder mit seinem Anpassungskurs an konservative Wirtschaftspolitik ist nur möglich, weil die Parteiführung sich in der Tat „zu wenig um die Produktion kümmert“ (Schröder). Ein Beitrag zur Reformalternative ist ein solcher Kurs allerdings nicht.

¹⁰ laut ntv vom 22.1.95.

¹¹ „Alles in allem war die Zunahme der Staatsverschuldung in den vergangenen zwei Jahrzehnten wohl kaum ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung. Eher das Gegenteil war der Fall.“ DIW-Wochenbericht 21/94.

¹² Vgl. Horst Peter: Die Staatsquote als Totschlagargument, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 27.10.94.

¹³ So hat sich der Anteil der veranlagten Einkommensteuer am Steueraufkommen sich in den letzten 30 Jahren auf nunmehr 6,5% halbiert, der der Körperschaftsteuer um mehr als ein Drittel vermindert, während sich der Anteil der Lohnsteuer auf über 32% verdoppelt hat. Im übrigen „rechtfertigt die Entwicklung der Kosten des Sozialstaates keineswegs eine hektische Debatte, allerdings bereitet die Lastenverschiebung zwischen den Trägern (zu Lasten der Kommunen - H.A.) erhebliche Probleme“; Deutschland liege laut Eurostat mit einer Sozialleistungsquote von knapp 26% in der EU nur im Mittelfeld. H.J. Krupp, in: Die Zeit vom 9.6.95.

¹⁴ Jürgen Borchert, Sozialexperte, in stern.

¹⁵ „Bei der Generation der über 65-jährigen steht ein Gesamtvolumen von nahezu 1,8 Bio. DM zur Vererbung an. Bis zum Jahr 2000 wird nach seriösen Berechnungen dieses Potential auf 2,7 Bio. anwachsen“ (Wirtschaftswoche 21/95). Die Erbschaftsteuer macht in 1992 in Deutschland mit ca. 3 Mrd. DM 0,25% am Steueraufkommen aus, in Großbritannien 0,57%, in Frankreich 1,63% (14,5 Mrd.), in USA 1,01%, in Japan 1,84% (40,81 Mrd. DM).

¹⁶ Die Geldvermögen sind seit 1950 vier mal so schnell gestiegen wie die verfügbaren Einkommen. Nach der inzwischen vorliegenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993, in der die Vermögen für Haushalte mit einem Monatseinkommen von mehr als 25 TDM noch gar nicht erfaßt sind, besitzt das oberste Zehntel der privaten Haushalte in Westdeutschland ca. die Hälfte aller Geldvermögen; vgl. DIW-Wochenbericht 25/95, und E.U. Huster (Hg.): Reichtum in Deutschland, Frankfurt/M. 1993.

¹⁷ S. den Vorschlag des früheren Bundespräsidenten von Weizsäcker, die unverschuldet erlittene Benachteiligung der Menschen in den Neuen Bundesländern durch einen Lastenausgleich zu Lasten der hohen Geldvermögen zu mindern.

¹⁸ Oliver Lang, Zentralinstitut für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim, zitiert in: stern vom 19.9.93; s. auch das DIW-Gutachten: Be- und Entlastungswirkungen alternativer Steuertarife nach Einkommensklassen und ihre finanziellen Auswirkungen für den Staat, März 95: „Eine Steuerstrategie, die zu einem gerechteren Steuersystem führen soll, kann indessen nicht allein an nominellen Steuersätzen orientiert sein, sondern muß zugleich an der Korrektur der steuerlichen Ausnahmetatbestände ansetzen. ... Deshalb ist es notwendig, daß die Tarifreform mit einer umfas-

senden Revision der steuerlichen Bemessungsgrundlage im Einkommensteuerrecht verbunden wird. ... Eines der Grundprobleme der Einkommens-Besteuerung ist neben der Unübersichtlichkeit die Inkongruenz von nominellen Steuersätzen und realer Steuerbelastung. ... Die nominellen Steuersätze verschleiern, daß die Effektivbelastung gerade bei den hohen Einkommen deutlich niedriger ist. ... Die effektive Grenzsteuerbelastung (obwohl nominal bis auf 53% ansteigend) sinkt mit steigendem Einkommen und erreicht bei hohen Einkommen eine Höchstbelastung von etwa 30%. Dieser Höchststanz wird aber nicht von den Spitzenverdienern gezahlt, sondern von den Einkommen um etwa 80 Tsd. Verantwortlich dafür sind neben den illegalen Möglichkeiten der Steuerhinterziehung die legalen Steuersubventionen, die dazu führen, daß Haushalte aus dem oberen Zehntel der Einkommenshierarchie von einer zusätzlich verdienten Mark lediglich 70 Pfennig versteuern.“

¹⁹ Was schon die FAZ in Sachen Steuergerechtigkeit anprangert, sollte Sozialdemokraten eigentlich billig sein: „Die Steuergesetze haben Deutschland in den letzten Jahren vor allem für Besserverdienende zu einem Steuerparadies gemacht.“ B. Schmittenebecher: Deutschland wieder ein Steuerparadies, Minister Waigel begrüßt die Heimkehrer, in: FAZ vom 19.6.95

²⁰ Franz Klein, Interview in Rheinischer Merkur vom 29.4.94.

²¹ S. DIW-Wochenbericht 32/94: Die Besteuerung der Unternehmensgewinne in sieben Industrieländern - eine Neuberechnung für den Rechtsstand 1994. Laut Verteilungsbericht 1994 des WSI betrug die Steuerbelastung der Unternehmensgewinne 1993 18%, 1982 dagegen 30%; s.a. die Bundesbank in ihrem Monatsbericht von Oktober 1994: „Durch drastische Verringerung des Aufwands für Steuern vom EK und Ertrag um 37,5% sind die Gewinnrechnungen der Unternehmen ganz massiv gestützt worden.“ Was die Bundesbank ungeschminkt ausspricht, sucht man bei der Parteiführung vergebens.

²² Das DIW hat vollkommen recht: Es gibt keine Kostenrisik der deutschen Wirtschaft, und damit auch keine übermäßige Steuerbelastung. Herbert Ehrenberg, in: Focus 6/94

²³ Zinswende und Investitionsgüternachfrage, in: DIW-Wochenbericht 40/94.

²⁴ Rudolf Scharping, Gespräch in der NRZ vom 13.3.95.

²⁵ Das DIW hat kürzlich trotz aller internationalen Verflechtungen erhebliche Spielräume nationaler Geldpolitik aufgezeigt: „Kann es sinnvoll sein, daß die amerikanische Zentralbank auf der Grundlage amerikanischer Konjunkturdaten indirekt darüber mitentscheidet, ob in Deutschland neue Arbeitsplätze entstehen? ... Auf mittlere Sicht ist eine größere Eigenständigkeit der deutschen Geldpolitik notwendig. Die Globalisierung der Finanzmärkte steht dem nicht entgegen.“ DIW-Wochenbericht 11/95.

²⁶ Stattdessen profiliert sich z.B. Schröder durch das Nachplappern von Arbeitgeberpositionen: Er wirft der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich des Jahressteuergesetzes vor, mit ihren Plänen der höheren Verzinsung der Pensionsrückstellungen der Unternehmen und der teilweisen Abschaffung der steuerlichen Abschreibung von Investitionen im Ausland die Steuerbelastung der Wirtschaft zu verschärfen. Vgl. Der Spiegel 23/95.

²⁷ Das gleiche Defizit an strategischem Projektmanagement in der Parteiführung zeigt sich anlässlich der völlig unvorbereiteten Forderung Lafontaines nach Integration einer Ökosteuer in das Jahressteuergesetz, die Presseberichten zufolge zu einer heftigen Auseinandersetzung im Parteipräsidium führte.

Jusos - Troika - Zukunft

von Stefan Schostok und Thomas Westphal*

Die Resonanz auf den vergangenen Bundeskongreß der Jusos in Gera war vernichtend. Die Jusos hatten sich mit ihrem Kongreß zu dem Zeitpunkt außer Gefecht gesetzt, als in Nordrhein-Westfalen die Lichter auf Rot-Grün schalteten. Viele der Akteure wissen die Zeichen der Zeit bis heute noch nicht zu deuten, weil doch schon die strategischen Diskussionen auf dem Bundeskongreß fast ausschließlich mit innerverbandlichem Kalkül geführt wurden.

Eine isolierte Betrachtungsweise der Jusos führt aber nicht weiter, sondern muß durch die Beantwortung der Fragen erhellt werden: Was hat die Situation der Jusos mit der SPD und ihrer Führung und darüberhinaus mit der Gesamtsituation der Linken zu tun? Welche Schritte bieten sich in dieser als verzwickelt vorausgesetzten Situation an und werden die Jusos sie überhaupt gehen?

Entwicklungsblockaden in der SPD ...

Die Steuerdebatten, der Bosnienstreit, die Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie dienen zu einem über die Medien geführten Personenstreit um die Führung der SPD. Hinter der Fassade des Streits in der „Troika“ verbirgt sich aber ein Richtungskampf unterschiedlicher Strömungen innerhalb der SPD, deren programmatische und strategische Ausformulierungen bisher nur sehr verdeckt geschehen. Das Sammeln von Bündnispartnern ist deshalb auch noch nicht begonnen worden. Scharpings Konzeption für den Bundestagswahlkampf 1994 mit einer Mischung aus „sozialpatriotischer“ und „ökoliberaler“ Politik¹ führte in den wesentlichen politischen Feldern der Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial- und Außenpolitik immer wieder in die Nähe neoliberaler und konservativer Politik. Diese Allianz der beiden „Philosophien“ bricht gegenwärtig wieder auseinander. Ebenso schwer tat sich die Parteiführung in der Suche nach der sozialen Basis für ein solch schwach konturiertes Projekt.

Allerdings ist ebensowenig ein durch die Parteilinke vertretenes radikal-reformerisches Projekt in Sicht. Die rot-grüne Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen stellt keine strategische Grundentscheidung für eine reformpolitische Richtung mit einem offensivem gesellschaftspolitischen Projekt dar, wie sie von vielen erhofft wird. In dieser Situation eröffnen sich jedoch Chancen für eine Verwirklichung von „radikal-reformerischen“ Ansprüchen und Projekten. Auf die innerparteiliche Situation und die Lage der Parteilinken finden sich zur Zeit keine Anknüpfungspunkte. Der Parteilinke fehlt das konzeptionelle und personelle Vermögen, um sich überhaupt in die Auseinandersetzung mit dem Mainstream zu begeben. Anstatt sich ständig das Schauspiel der „drei Parteivorsitzenden“ anzuschauen und sich jedesmal anders zu plazieren, sich für Friedensstiftung einzusetzen oder mit kleinen Erfolgen wie zuletzt beim Regierungsprogramm zu begnügen, wäre der beschleunigte Aufbau einer radikal-reformerischen Strömung mit Wirkung nötig. Davon ist aber zur Zeit nichts in Sicht.

Schröders Standortmodernisierung und Lafontaines Ökoliberalismus

Die Hauptaueinandersetzung findet gegenwärtig aber im Mainstream der SPD und ihrer „Enkel“-Riege um den zukünftigen Kurs statt. Insgesamt ist für die SPD und ihre Linke eine strategische Entwicklungsblockade zu beobachten, die sich in den Figuren Schröder und Lafontaine und ihrem Streit widerspiegelt.

Schröders Kurs der Standortmodernisierung betont in den wesentlichen industriepolitischen Fragen den Zusam-

menhang der Zukunft der Automobilindustrie für den „Standort Deutschland“ mit der Perspektive der Arbeitsplätze der Menschen („... sonst können wir hier bald den 27. Arbeitsmarkt aufmachen!“). In seinem stark „sozialpatriotisch“ ausgerichteten Konzept grenzt er die Gewerkschaften ebenso wie die Ökologiebewegungen und -initiativen aus, bzw. weist ihnen nur eine begrenzte Funktion zu. Die umweltpolitische und arbeitsplatzbezogene Verantwortung der Unternehmen wird durch ihn ebenso eingefordert wie der Verzicht auf Lohn und Freizeit auf der Arbeitsseite. So will er die Verkörperung der wirtschaftspolitischen Kompetenz einer rot-grünen Regierungsbildung für die Zukunft darstellen.

Auf der anderen Seite steht Lafontaine, dessen ökoliberales Konzept von 1990 auf dem Geraer Bundeskongreß der Jusos eine fröhliche Wiedergeburt feierte. Seine Eckpunkte hat er in den vergangenen Wochen ausgiebig dargestellt: Rückkehr der SPD zu einer friedlichen Außenpolitik ohne Wenn-und-Aber, der Ausstieg aus der Atomenergie verbunden mit dem sofortigen Einstieg in den Solaren Umbau und die Einführung der Ökosteuer. Eine Antwort auf die ökonomischen Fragen und das Großthema Zukunft der Arbeit bleibt er nach wie vor schuldig. Die selbstaufgelegten Beschränkungen des Regierungsprogramms 1994, die mit der Hoffnung auf einen konjunkturellen Umschwung begründet waren, ebenso wie die begrenzten Umbaumöglichkeiten eines Ökosteuerkon-



Foto: Ralf Schmitz

* Stefan Schostok, Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hannover, Thomas Westphal, Bundesvorsitzender der Jusos in der SPD

zepts, machen den Schwachpunkt seines Konzepts deutlich. Der Anspruch, auch konfliktreicher den Umgang mit der Natur deutlich zu korrigieren und eine andere Entwicklungsrichtung einzuschlagen wird sichtbar, aber der ökonomische Kern dieser Konzeption fehlt, bzw. wird allein in marktförmigen Steuerungssystemen gesehen. Hier ist eine Weiterentwicklung seiner „Fortschritt 90“-Programmatisierung ausgeblieben.

Fazit: nicht vor und zurück

Ihrem Streit könnte Positives abgewonnen werden, wenn er in eine offene Auseinandersetzung um ein reformpolitisches Projekt der SPD münden würde, in dem eine Linke aufgefördert wäre, nicht den „besseren“ Antrag für einen Bundesparteitag zu formulieren, sondern ein eigenständiges Konzept zu formulieren. So stehen sich oberflächlich gesehen die Konzepte der „Sozialen Wirtschafts(förder)partei“ und des „sozial abfedernden ökologischen Umbaupartei“ gegenüber. Das Grundproblem der SPD aber ist, daß gegenwärtig keine strategische Richtungsdebatte und -entscheidung zu erwarten ist. Abschbar sind genauso wenig der Durchbruch und Aufbau einer rot-grünen Reformpolitik auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite ein Durchmarsch der Parteiführung, wie er gegenwärtig in der Labour-Party unter Blair praktiziert wird. Verschärft wird diese Blockade durch die schon seit Schmidt und fortgesetzt durch die „Enkel“ der 70er Jahre bestehende Personal- und Rekrutierungsproblematik in der SPD: Der Verlust vieler Mitglieder Anfang der 80er Jahre an die „Grünen“ und die Versäumnisse und Verhinderungen der verantwortlichen „Enkel“-Generation, die Jusos der 80er in die Parteientwicklung einzubauen und sie zu etablieren, stellt sich jetzt als ein großes „innerparteiliches Generationsloch“ dar. Alle diese Dimensionen tragen in der SPD zu einer strategischen Blockadesituation bei, in der nichts mehr vor und nichts mehr zurück geht.

Im Resultat fällt der Tanker SPD als reformpolitische Führungskraft aus. Spürbar ist dies auch innerhalb der SPD, bei den kleinen Beibooten, wie zum Beispiel bei den Jusos. Nur eine eigenständige Entwicklung könnte sie von der innerparteilich ungeklärten strategischen Gesamtsituation unabhängig machen. Stattdessen werden die Jusos immer

wieder in das Vakuum der Entwicklungsblockade eingesogen. Der jüngste Bundeskongreß ist ein Beleg dafür, hier spiegeln sich die Blockademomente - allerdings auf andere Art und Weise - wider.

Exkurs: ... und die bundesrepublikanische Linke

Dies gilt allerdings nicht nur für die Situation der Sozialdemokratie. Ähnliche strategische Blockaden für radikalreformerische Kräfte herrschen auch bei den beiden anderen Linksparteien Grüne/Bündnis '90 und PDS vor. Belege für die Einmauerung radikalreformerischer Kräfte in allen Linksparteien sind hier: Auf der einen Seite entsteht in rasantem Tempo eine „Schwarz-Grün“ Debatte im Zuge der „Ökologisierung“ der CDU und der Versuche der Programmanpassung an die neuen Regierungsaufgaben der Grünen. Bei der PDS ist es Resultat der mißlungenen Westausdehnung mit den Folgeauseinandersetzungen in der PDS auf der anderen Seite sind die .

Die offene Frage der Strategie der Jusos

Vor dem Bundeskongreß traten mit den drei Kandidaten auch drei unterschiedliche Vorstellungen von der strategischen Positionierung der Jusos an. „Strategische Positionierung“ soll heißen, wie die Jusos sich zu den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre stellen und welche Rolle sie innerhalb fortschrittlicher Kräfte in der Bundesrepublik oder in internationalen Zusammenhängen spielen wollen. Bei allen dargebotenen Konflikten um die Vorsitzfrage und die Debatten um die „kampagnenpolitische Orientierung“ auf dem Bundeskongreß ist im programmatischen Bereich an sich ein Grundkonsens für die reformpolitische Praxis feststellbar. Dieser Konsens stellt eine Verbesserung gegenüber der Situation der 80er Jahre dar.

Grundkonsens reformpolitischer Praxis ...

Programmatisch geht es allen um eine Politik gegen soziale Spaltungen, Massenarbeitslosigkeit, die Bedrohung des Sozialstaats, die ungelösten umweltpolitischen Bedrohungen und die internationalen Konflikte und Ausgrenzungen.

Die Unterschiede in programmatischen Fragen sind nicht sehr groß, so muß es niemanden wundern, daß dann auf dem Bundeskongreß letztendlich ein Arbeitsprogramm verabschiedet wurde, das die zentralen Projekte in den Bereichen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit/Jugendausbildung und der Energiepolitik mit dem Solaren Umbau enthält.

Diese stellen für die Perspektive eines sozial-ökologischen Umbaus „strategische Reformen“ dar. Ziel muß es sein, anhand dieser Schlüsselprojekte den sozialökologischen Neoliberalismus in der SPD zurückzudrängen. Dies mit der weitergehenden Perspektive, die Produktions-, Arbeits- und Lebensweise als demokratisch-gemeinschaftliche Aufgabe zu begreifen und die Perspektive einer demokratischen, ökologischen und sozialen Kontrolle an die Stelle privatwirtschaftlicher Entscheidungen zu setzen. Konkret politisch heißt dies, der Formierung eines „Standortblocks“ die Herausbildung eines „Umbaublicks“ entgegenzusetzen.

... aber ein strategischer Grunddissens!

Was die Umsetzung, also die strategische Frage betrifft, geht es

- um das Fehlen von Antworten und Problemlösungen der Parteien insgesamt und die Perspektive des Parteiensystems,
- die Blockade innerhalb der Linken, sprich: um die Blockade der radikalreformerischen Kräfte innerhalb der SPD, der Grünen und der PDS,
- insbesondere aber auch um die Führungsrolle der SPD für eine neue Reformpolitik,
- und darüberhinaus den Charakter der kapitalistischen Entwicklung.

Darin eingebettet stellt sich dann die Frage, welche Aufgaben sich die Jusos als Jugend- und sozialistischer Richtungsverband vornehmen. Bei diesem Bundeskongreß dienten die Arbeitsprogrammwürfe dem Aufbau der „Lager“ um die Kandidaturen. Aus ihnen ablesbar und aus der Diskussion auf dem Bundeskongreß zu entnehmen war allerdings die unterschiedliche Richtung:

Das bayerisch/süd-hessische Papier definierte mit „Um die SPD kämpfen“ die Hauptaufgabe der Jusos in einer innerparteilichen Auseinandersetzung mit der SPD-Führung um fortschrittlichere Politik, somit die gesamte Ausrichtung der Jugendorganisation auf die Binnensituation in der SPD. In der Frage der

rot-grünen Reformorientierung zeigte sich schon auf dem Bundeskongreß 1994 in Herne, daß hier die Einschätzung vorherrscht, daß eine reformpolitische Orientierung auf die „verbürgerlichten Grünen“ nicht mit ihrer Vorstellung für die SPD vereinbar ist. Die SPD stellt in ihrer Sicht die soziale Kraft dar, für die die Mehrheit errungen werden muß. Letztendlich reduziert sich die Aufgabe der Jusos auf das innerparteiliche Engagement für die „bessere“ Programmatik und die Durchsetzung unserer Vorstellungen. Die jugendpolitische Orientierung, wie sie Mitte der 80er Jahre auch in diesem Spektrum mitformuliert wurde, also in die soziale und politische Generationsentwicklung bewußt einzugreifen, um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der Zukunft zu beeinflussen, ist aufgegeben und als unpolitisch gekennzeichnet worden.

Das Programm „Gemeinam sind wir stark“ des undogmatisch/reformsozialistischen Lagers äußert kein politisches Projekt für die Jusos. Es wird darauf sogar noch besonders hingewiesen, da es nicht dem politischen Selbstverständnis entspreche („zentralistische Vorgaben“). Hier wird die Rolle der Jusos auf die Verhinderung weiterer Schritte der SPD wie beim ‚Asylkompromiß‘, dem ‚Lauschangriff‘ und den sich vollziehenden sozialpolitischen Rückschritten beschränkt - sie beschränkt sich also in der Konsequenz auf das Anrennen gegen die „Enkel“, von denen man aber eigentlich „bessere“ Politik erwartet.

Diese zu starke Fixierung auf die „Besserung“ der SPD-Spitze bedeutet schließlich nur noch wertemäßig „sozialistisch-demokratische“ Politik machen zu wollen, allerdings nicht den ehemals formulierten „Bruch mit den Enkeln“ durch eine radikal-reformerische Politik der Jusos wahrzumachen bzw. zu untermauern und eine eigenständige gesellschaftspolitische Rolle einnehmen zu wollen.

„Jugend, Umbau, Sozialismus“

Das Programm „Jugend, Umbau, Sozialismus“ der Juso-Linken umschreibt die Entwicklung der Jusos zu einer gesellschaftlichen Kraft, deren Aufgabe es ist, in den Prozeß des Generationswechsels und der Herausbildung der Klassenlandschaft dadurch einzugreifen, daß die verstreuten technischen, sozialen und

politischen Kompetenzen junger Frauen und Männer durch konkrete Initiativen für ein sozialökologisches Umbauprojekt gesammelt werden. Dieses Projekt stellen sie gegen die standortpolitische Logik der neokonservativen Politik.

Es geht darum, eigenständig als politische Kraft jetzt die Freisetzung radikal-reformerischer Politik für ein sozialökologisches Umbauprojekt zu erreichen. Diese politische Grundströmung ist in

Die Öffnung zur realen Welt der sozialen Kämpfe und Kompromisse bildet den Kern der kampagnenpolitischen Orientierung.

allen Parteien des linken Spektrums vorhanden, aber eben auch darüberhinaus in vielen gesellschaftlichen Initiativen, Projekten und der kritischen Wissenschaft.

Die Jusos müssen durch das Ablegen parlamentarisch-parteilichter Borniertheiten und Fixierungen und durch ihre konkrete Praxis in zentralen Schlüsselprojekten wie der „Energiepolitik/Solaren Umbau“ und der „Jugend- und Ausbildungspolitik“ zeigen, daß sie selbst in der Lage sind, Bewegung, Initiativen und soziale Interessen von Jugendlichen aufzunehmen und mit ihren Vorstellungen einer reformpolitischen Perspektive für die Bundesrepublik und Europa zu verbinden. Ein Verrennen ausschließlich in innerparteilichen Orientierungen läßt ihre Kräfte verpuffen. Deshalb muß eine „Öffnung“ und Neuorientierung konkret anhand solcher Schlüsselprojekte verwirklicht werden, die auch den Anspruch sichtbar machen, jenseits von Parteigrenzen Jugendliche in der Ausbildung, der Arbeit, im Studium und in kulturellen Projekten für die Arbeit und Perspektive einer neuen linken reformpolitischen Zeit zu gewinnen.

Es läßt sich nur betonen, daß mit der Verabschiedung eines Arbeitsprogramms nicht die eine oder andere strategische Vorstellung gesiegt oder verloren hat. Die kampagnenpolitische Orientierung der beiden letzten Jahre bleibt weiter ein Muß für die Entwicklung von organisierter gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Die Öffnung zur realen Welt der sozialen Kämpfe und Kompromisse im Jugendalltag entlang zentraler Reformfel-

der bildet den Kern der kampagnenpolitischen Orientierung.

Die nüchtern zu betrachtende Realität zeigt aber, daß gegenwärtig kein solcher Durchbruch für eine strategische Neuplatzierung der Jusos herstellbar ist.

Perspektive radikal-reformerischer Verständigung

Eine Alternative zu einer übergreifenden Verständigung radikal-reformerischer Kräfte besteht allerdings nicht. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt bieten Ansatzpunkte im parlamentarisch-parteilichtigen Raum für eine solche Öffnung. Um Blockaden im ersten politischen (parlamentarisch-politischen) Raum angehen zu können, müssen in den kommenden Jahren reformpolitische Projekte in einem zweiten (subpolitischen) Raum mit Initiativen, Organisationen, Wissenschaft und Kultur geschaffen werden. Eine Verständigung radikal-reformerischer Kräfte ist dafür in den wesentlichen Fragen reformpolitischer Natur notwendig und möglich. Eine länger andauernde Blockade dieser Kräfte hätte verheerende Folgen für das Fundament einer bundespolitischen, parlamentarischen rot-grünen Konstellation. Eine entsprechende Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und ein darauf aufbauendes „Umbauprojekt“ wäre von vornherein wenig aussichtsreich und würde auf spätestens halber Strecke stehen bleiben.

Eine Rolle, die Jusos als Antrieb für einen Aufbruch radikal-reformerischer Kräfte in der Bundesrepublik wahrnehmen könnten, ist aber nicht in Sicht. Verbandsbornierte Kräfte innerhalb der Jusos, die dargestellten strategischen Entwicklungsblockaden innerhalb der SPD und die Megablockade der Linken insgesamt wirken noch zu stark.

Erste Schritte einer Verständigung über Parteigrenzen hinweg könnte aber die notwendigen Kräfte und reformpolitische Phantasie freisetzen. Dann könnten diese benannten Hindernisse aus dem Weg geräumt und eine selbstbewußte radikal-reformerische Linke in der Bundesrepublik endlich sichtbar geschaffen werden.

¹ Zu den Strömungsbegriffen vgl. Uwe Kremer: Zur aktuellen Programmatik der SPD, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 19, September 1994, S. 18ff.

Aufbruch in die Vergangenheit!

Anmerkungen zu den arbeitszeitpolitischen Vorstößen
von Gerhard Schröder und Alfred Tacke

von Werner Widuckel-Mathias*

Angehörige der sozialdemokratischen Führungsriege sind immer wieder für Überraschungen gut. In letzter Zeit sind es meistens unangenehme. Ein besonderes Beispiel lieferten hierfür der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder sowie sein enger wirtschaftspolitischer Berater Alfred Tacke, Staatssekretär im niedersächsischen Wirtschaftsministerium. Beide plädieren abgestimmt Ende Juni gegenüber dem „Stern“ (Schröder-Interview) bzw. dem „Handelsblatt“ (Gespräch mit Tacke) für die Einführung des Samstags als Regelarbeitstag und machen im Trend zur Arbeitszeitverkürzung der letzten 10 Jahre einen wesentlichen Faktor der Gefährdung des Standortes Deutschland aus. „Der Trend in der Arbeitszeit muß umkehrbar sein“, wird hierbei ebenso markig erklärt, wie der Schuldige schnell und präzise ausgemacht: „Das, was die IG Metall an volkswirtschaftlichen Argumenten vorträgt und was auch plausibel klingt, ist betriebswirtschaftlich ein Desaster“ (Tacke). Es gehe um eine Verbesserung der Kostenstrukturen, um die Abwanderung von Fertigungen ins Ausland zu verhindern.

Derartige Attacken auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik waren wir bisher aus einem ganz anderen Lager gewohnt. Die Überraschung ist umso gelungener, als diese Blockaden aufbauende Polarisierung gegen die IG Metall genau von der Spitze der SPD-geführten Landesregierung betrieben wird, die noch vor 14 Monaten das IG Metall-/VW-Arbeitszeitmodell der 28,8-Stunden-Woche emphatisch als einen solidarischen und kreativen Weg begrüßt hat. Dieses positive Echo war nicht zuletzt mit volkswirtschaftlichen Argumenten der Verhinderung gesellschaftlicher Kosten durch die Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen begründet worden, die heute angeblich zu einem „Desaster“ führen.

Was also ist passiert, daß unmittel-

bar im Vorfeld einer Tarifrunde bei Volkswagen zu einem Rundumschlag gegen die gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik ausgeholt wird, der sich in seiner Einseitigkeit der Schuldzuweisung an die IG Metall nahtlos in jeden Argumentationskatalog von Hardlinern aus Arbeitgeberverbänden einreihen kann? Eine Antwort: Wenn die Kultur des Umgangs zwischen führenden Vertretern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften soweit auf den Hund gekommen ist, daß der notwendige Dialog über die Zukunft des Standortes Deutschland durch verbale Rundumschläge ersetzt wird, dann scheint die Bedeutung eines konstruktiven Miteinanders und noch mehr der gemeinsame Vorrat an gesellschaftspolitischen Zielsetzungen als nicht mehr entscheidend angesehen zu werden. Wer ernsthaft Strukturen und Herangehensweisen kooperativ verändern will, stellt den Partner nicht in dieser Weise an den Pranger. Das enthebt aber nicht von einer argumentativen Auseinandersetzung mit den Positionen Schröders und Tackes, die sicher keine Einzelmeinungen, sondern eine politisch ernstzunehmende Strömung auch in der Sozialdemokratie repräsentieren.

Arbeitszeitflexibilität und das „Standortproblem“

Die Forderung nach einer generellen Umkehr des Trends der Arbeitszeit hätte für viele Branchen einen zusätzlichen Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge. In der Automobilindustrie, um ein Beispiel zu nennen, verzeichnen wir nach wie vor Überkapazitäten, und auch bei verkürzten Arbeitszeiten einen nachhaltigen Druck auf die Beschäftigung, der völlig losgelöst von Konjunkturzyklen zu sehen ist. Die heute realisierbaren Steigerungsraten der Produktivität (ca. 10% pro Jahr) liegen weit über dem zu erwartenden Wachstum auf den traditionellen Märkten.

Die Flexibilität der Arbeitszeit ist hierbei eine wirklich entscheidende Frage, sie hat aber bereits ein weit entwik-

kelteres Niveau erreicht, als es die holzschnittartige Betrachtungsweise von Tacke erscheinen läßt. Allein bei Volkswagen im Werk Wolfsburg haben wir 150 unterschiedliche Arbeitszeitmodelle und Schichtsysteme etabliert, die zugeschnitten auf die Erfordernisse der jeweiligen Bereiche sind. Bezogen auf die 6 westdeutschen VW-Werke ist in Abhängigkeit von Marktbedingungen im Jahr 1994 eine Bandbreite in der jahresdurchschnittlichen Wochenarbeitszeit pro Beschäftigten zwischen ca. 29 und 32 Stunden gearbeitet worden, wobei die Atmungsmöglichkeiten über Mehrarbeit mit anschließender Freizeitentnahme bereits rechnerisch saldiert worden sind. In Abhängigkeit von Nachfragespitzen und zur Abfederung technischer Restriktionen ist auch bei verkürzten Arbeitszeiten unvermindert auf den Samstag zurückgegriffen worden.

Das heißt: Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sind nicht verringerte, sondern gewachsene Flexibilitätsspielräume entstanden, die auch in der Praxis genutzt werden.

Ein weiterer Argumentationsstrang bezieht sich auf die Notwendigkeit saisonal schwankender Arbeitszeiten unter Einbeziehung des Samstags, um Lagerkapazitäten abzubauen und Lieferzeiten zu verkürzen. Das Konzept der „atmenden Fabrik“ (z.B. Volkswagen) oder „saisonaler Arbeitszeiten“ (z.B. Opel) ist längst Gegenstand der betriebspolitischen und tarifpolitischen Debatte. Noch gut dürfte in Erinnerung sein, daß die IG Metall in der letzten Tarifrunde ein Konzept von Arbeitszeitkonten für Beschäftigte angeboten hat, worauf die Arbeitgeber nicht eingegangen sind. Allerdings haben diese Debatten auch immer einen beschäftigungspolitischen Bezug, der zum Beispiel bei Volkswagen durch den Gesamtbetriebsrat und die IG Metall die Fortführung des Verzichts auf betriebsbedingte Kündigungen und standortsichernde Investitionen einfordert. Es ist ein bezeichnendes Zeugnis von Einäugigkeit, daß man diesen Aspekt einer kooperativen Standortsicherungs-

* Werner Widuckel-Mathias, Diplom-Sozialwirt, Referent beim Gesamt- und Konzernbetriebsrat der Volkswagen AG

politik, von der bisher bei Volkswagen auch das Land Niedersachsen erheblich profitiert hat, in beiden Beiträgen vergeblich sucht.

Sowohl Schröder als auch Tacke betonen „das Standortproblem“, wobei sich zweiter auf die Überlegenheit der Kostenstrukturen in Fernost auf Grund längerer Arbeitszeiten konzentriert. Auch hierbei handelt es sich um eine unzulässige Vereinfachung. Gerade Japan ist derzeit ein Paradebeispiel dafür, daß Arbeitszeiten längst nicht der alleinige Faktor zur Bestimmung der Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt sind. Wechselkursverschiebungen führen zu sinkenden japanischen Marktanteilen in Europa und Nordamerika, während der Importmarktanteil vor allem deutscher Fahrzeuge in Japan steigt und der größte Importeur in Japan japanische Automobilunternehmen aus ihren amerikanischen Produktionsstätten geworden sind. Die Tatsache von Überkapazitäten stellt gegenwärtig auch die japanische Automobilindustrie vor starke Probleme.

Die ausschließliche Fokussierung standortpolitischer Strategien auf die Arbeitszeitfrage ist deshalb irreführend und verkürzt. Was gut klingt, ist darüber hinaus politisch ein Desaster, weil es den notwendigen engen standortpolitischen Dialog zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie blockiert. Wie eine solche Vorgehensweise zur Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie im Bund führen soll, bleibt das wohl gehütete Geheimnis der Initiatoren.

Mitbestimmung und soziale Gestaltung sichern!

Im Kern beinhaltet die Frage der arbeitszeitpolitischen Behandlung des Samstags natürlich auch einen zentralen betriebpolitischen Aspekt der Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats und tarifpolitisch der Bindungswirkung von Tarifverträgen. Wenn ein Bekenntnis zur Bedeutung und Bewahrung der Mitbestimmung in Deutschland nicht nur für Sonntagsreden taugen soll, dann gehört hierzu auch für die Zukunft, den Samstag als besonderen Regelungsbebereich der Mitbestimmung des Betriebsrats tariflich abzusichern. Daß dieser Aspekt sowohl bei Schröder als auch bei Tacke ausgeblendet wird, erzeugt Mißtrauen. Dies ist umso unverständlicher, weil dieser Aspekt einen zentralen Streit-

punkt in der bisherigen Debatte um den Samstag darstellt.

Damit haben beide die Chance verpasst, sich in einem perspektivischen Diskussionszusammenhang einzubringen, der heute schon bei den realen Arbeitszeitverhältnissen wesentlichen differenzierter ist und zukunftsbezogen noch differenzierter werden wird.

Die Möglichkeit einer Schaffung auch differenzierter arbeitszeitpolitischer

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sind nicht verringerte, sondern gewachsene Flexibilitätsspielräume entstanden.

Bandbreiten bildet heute einen wesentlichen Kernbereich der tarifpolitischen Diskussion bei Volkswagen, sowohl auf Seiten der IG Metall als auch auf Seiten des Managements. Dies gilt für den von Tacke angesprochenen Produktentwicklungsbereich genauso wie für die Produktionsbetriebe. Entscheidend werden hierbei allerdings die sozialen und materiellen Bedingungen der Ausgestaltung derartiger Modelle sein, die weder die Mitbestimmungsposition des Betriebsrats in Arbeitszeitfragen aushöhlen, noch jede Form von Planbarkeit der persönlichen Lebensgestaltung infrage stellen dürfen.

Niemand wird sich ernsthaft gegen Konzepte wehren, die niedrigere Lagerbestände ermöglichen und dafür den Spielraum für arbeitsplatzsichernde Investitionen schaffen. In einem derartigen Prozeß helfen allerdings nicht polarisierende Querschüsse weiter, sondern Lösungsansätze, mit denen alle Seiten im Interesse der Belegschaft, des Unternehmens und der Regionen der betroffenen Standorte leben können.

Notwendig sind Innovation und Kooperation!

Das Spannungsfeld betriebswirtschaftlicher Handlungszwänge und deren volkswirtschaftlicher Auswirkungen kann niemals dadurch gelöst werden, indem das eine gegen das andere ausgespielt wird. Oder senkt man die Lohnnebenkosten durch einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Bei-

träge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung? Stattdessen wäre es wirklich konstruktiv gewesen, die Verantwortung der Politik für die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen anzumahnen und mit konkreten Vorschlägen zu verknüpfen, um nicht zuletzt auch die Tarifpolitik von beschäftigungspolitischen Handlungsdruck zu entlasten.

Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die tagtäglich dem Druck einer wachsenden konzerninternen und marktbezogenen Standortkonkurrenz ausgesetzt sind, brauchen sich jedenfalls nicht den Vorwurf gefallen zu lassen, die Verursacher eines „betriebswirtschaftlichen Desasters“ zu sein, weil sie in vielen Bereichen und Feldern aktiv daran mitwirken, Effizienzsteigerung und Beschäftigungssicherung in oftmals mühevoller Kleinarbeit in Einklang zu bringen.

Tatsache aber ist: Auf Konkurrenzstandorte mit Stundenlöhnen von 3 bis 4 DM, die seit dem Fallen des „Eisernen Vorhangs“ frei zugänglich geworden sind, können wir tarifpolitisch an einem Hochkostenstandort wie Deutschland kaum antworten. Standort- und Beschäftigungssicherung in den industriellen Kernbereichen wie z.B. der Automobilindustrie ist bei einer derartigen Konstellation nur durch innovative und technologische Kompetenz möglich. Verkehrs- und umweltpolitische Rahmenbedingungen müssen hierauf genauso gerichtet sein, wie eine entsprechende Infrastruktur für Forschung und Ausbildung. Es ist kein Geheimnis, daß gegenwärtig auf diesen Feldern die wesentlichen Vorteilspositionen des Standortes Deutschland verschleudert werden.

Die Innovationsgeschwindigkeit bei der Entwicklung umweltgerechter Verkehrsstrukturen und Mobilitätskonzepte ist schlicht zu langsam. Hierzu wäre eine nötige Provokation sicher eher angebracht gewesen und hätte wesentlicher besser dem Ausweis wirtschaftspolitischer Kompetenz im eigenen Verantwortungsbereich gedient. Positive Ansätze, das soll nicht verschwiegen werden, sind hierfür in Niedersachsen durchaus vorhanden. Das klingt nicht nur gut, sondern wäre es auch für das Verhältnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Dies wäre die politische Basis für eine kooperative Strategie zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, die auf betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich gleichermaßen positive Strukturveränderungen gerichtet ist.

Wege zur Zukunftsfähigkeit der Stadt

Zukunftskongreß der SPD Hannover am 23. September 1995

von Arno Brandt*



ZUKUNFTSFÄHIGES HANNOVER

Die SPD der Stadt Hannover wird am 23. September 1995 den Kongreß „Zukunftsfähiges Hannover - Wege zur nachhaltigen Entwicklung einer Großstadtregion“ veranstalten. Im Mittelpunkt steht die Leitfrage, wie Großstadtregionen zukunftsfähig werden können. Internationalen Fachleuten, regionalen Initiativen und Projekten sowie gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften und Umweltverbände, vor allem aber interessierten Bürgerinnen und Bürgern werden Foren des Austausches geboten. Sie können über mögliche Zukünfte der großen Städte beraten und kommunal-politische Vorsorgestrategien erörtern.

In Workshops werden Wege zur nachhaltigen Entwicklung realitätsnah erörtert. Dort werden auch wünschenswerte Zukunftsvisionen und verantwortbare Lebensweisen behandelt, für die es

* Arno Brandt ist Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstands Hannover-Stadt und Organisator des Kongresses

sich lohnt, persönliches Engagement und Kreativität einzubringen.

Im Sommer 1994 haben 80 europäische Städte in Aalborg die 'Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf den Weg zur Zukunftsbeständigkeit' beschlossen. Die Städte bekennen sich darin zur Verantwortung für die Zukunftsentwicklung. In den kapitalistischen Industrieländern des Nordens steht eine grundlegende Richtungsänderung zugunsten eines neuen Wohlstandsmodells an, das sich im globalen Maßstab sowohl als sozialer als auch als umweltverträglicher erweist. Die notwendigen Weichenstellungen sind vor allem auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vorzunehmen, wie beispielsweise die längst überfällige Öko-Steuerreform.

Aber es macht wenig Sinn, die Zukunftsfähigkeit den übergeordneten Handlungsebenen wie dem Nationalstaat oder der Europäischen Union allein zu überlassen. Auch die kommunale und regionale Ebene bieten vielfach Ansatzpunkte, um die aktuellen Probleme der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklung anzugehen. In diesem Verständnis sind große Städte die Experimentierfelder, die soziale und technische Innovationsprozesse beschleunigen.

In Hannover hat die SPD deshalb einen Prozeß initiiert, in öffentlichen Diskussionen unter breiter Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern Leitbilder für den eigenen Weg in die Zukunftsfähigkeit zu entwickeln. Brennpunkt wird am 23. September 1995 ein Zukunftskongreß sein. In drei großen Foren werden die Leitbilder der Stadtentwicklung

beschrieben: „Die Solidarische Stadt“, die „Ökologische Stadt“ und die „Innovative Stadt“. Zu den großen Kongreßforen haben unter anderem bislang der frühere französische Kulturminister Jack Lang und die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Monika Wulf-Mathies sowie Daniel Gouedeverdt zugesagt. Darüber hinaus werden Initiativen, Verbände und Unternehmen sowie Facharbeitskreise der hannoverschen SPD ihre Projekte in insgesamt 24 Workshops präsentieren. Eine große Zahl weiterer Projekte sollen in einem Markt der Möglichkeiten vorgestellt werden. Weitere Informationen und Anmeldungen zu dem Kongreß bei: SPD Hannover-Stadt, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover.

50 JAHRE HIROSHIMA

BUCH:

Shuntaro Hida

DER TAG, AN DEM

HIROSHIMA VERSCHWAND

Erinnerungen eines Militärarztes

Herausgegeben von der IFIAS, mit einem Vorwort von Herta Däubler Gmelin und einem Nachwort von Guido Grünewald.

für nur 15,00 DM

inkl. Porto & Verpackung

IFIAS - Initiative für
Frieden, internationalen
Ausgleich und Sicherheit,
Stralsunder Weg 50,
53119 Bonn.

☎ 0228-664442 FAX 665843

spw-LeserInnenforum Rheinland

von Hans Günter Bell*

Gemeinsam zu versuchen, einen „Diskussionskreis linker SozialdemokratInnen zu gründen, dessen Mitglieder gemeinsam daran arbeiten, den weiteren Rechtsruck in der Gesellschaft und in der SPD zu stoppen und linken Perspektiven wieder Durchsetzungschancen zu eröffnen“ - das ist der Anspruch von (bisher) 41 SozialdemokratInnen im SPD Bezirk Mittelrhein, die sich jetzt zusammengefunden und ein „spw LeserInnenforum Rheinland“ gegründet haben.

Mehrere Vorsitzende von SPD-Ortsvereinen, Mitglieder des Bonner und des Kölner Stadtrates und der Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges sind ebenso beteiligt wie Juso-Unterbezirksvorsitzende, Mitglieder des Juso-Bezirksvorstandes, FunktionärInnen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), sowie mehrere RedakteurInnen der Zeitschrift spw.

Ein Forum für die Linke in der SPD

Mit diesem Forum soll die sozialistische Linke in der mittelrheinischen SPD eine gemeinsame inhaltliche und organisatorische Plattform erhalten, mittels der sie wieder stärker Einfluß auf die Politik der SPD und die gesellschaftlichen Debatten gewinnen kann. Erste Erfahrungen zeigen, daß für ein solches Forum auch Linke zu gewinnen sind, die sich bereits enttäuscht von der aktiven Mitarbeit in der SPD abgewendet hatten, jetzt aber ihre Kompetenz wieder einbringen können (und wollen). Ein Zubzw. Rückgewinn, den die Linke in der SPD dringend benötigt.

Ebenso dringend benötigt wird der Gedankenaustausch zwischen den unterschiedlichen Generationen in der SPD. Die gemeinsame Diskussion und Positionsentwicklung von JungsozialistInnen und älteren SozialistInnen ist für die Zukunftsfähigkeit sozialistischer Positionen in der SPD von großer Bedeutung. Auch hierzu will das „spw LeserInnenforum Rheinland“ einen Beitrag leisten.

Auf der Gründungsversammlung im Juni 1995 sprach Horst Peter, der Vorsitzende des HerausgeberInnenkreises der spw, über die „Perspektiven der sozialdemokratischen Linken“.

Aufgaben der sozialdemokratischen Linken

Er forderte die Linke auf, der Beliebtheit und Profillosigkeit der SPD klare Positionen entgegenzusetzen und sich dabei bewußt auf das Berliner Grundsatzprogramm der SPD zu beziehen. Denn dieses Grundsatzprogramm sei einem Politikverständnis verpflichtet, das nicht nur auf den Staat, sondern auch auf *gesellschaftliche Akteure* setze, und in dem eine umfassende *Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft* eine Schlüsselrolle einnehme. Hier läge eine Basis für die politische Zuspitzung durch die Linke.

Einen zweiten Akzent setzte er darauf, daß eine linke Strategie die *internationale Entwicklung verstärkt einbeziehen* müsse. In einer knappen Analyse widmete er sich daher auch stark der internationalen Ebene und wies auf den Versuch der kapitalistischen Metropolen hin, die Aufteilung der Welt zwischen ihnen auch militärisch abzusichern. Hieraus ergäbe sich auch eine veränderte Aufgabenbeschreibung der Bundeswehr, die nicht mehr der Landesverteidigung, sondern der Verteidigung deutscher Interessen überall in der Welt dienen solle. Dieser Herausforderung müsse sich die Linke stellen und ihrerseits die Rolle Deutschlands in der Welt jenseits der militärischen Option neu bestimmen.

Andererseits rief er dazu auf, *nationale Spielräume der Politik* auszunutzen und nannte vier Bereiche, in denen die Linke gefordert sei:

1. müsse die ungleiche Vermögensverteilung thematisiert und die Forderung gesellschaftlicher Solidarität offensiv diskutiert werden;
2. dürfe es keine Gewöhnung an die Arbeitslosigkeit geben, statt dessen seien Initiativen wie das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz mit Nachdruck zu verfolgen;

3. gelte es, in der Ökologie endlich die Beschlüßlage der SPD in konkrete Politik umzusetzen;

4. sei eine bildungspolitische Offensive notwendig, um endlich Chancengleichheit herzustellen.

Die Realisierung einer solchen Politik sei natürlich nicht in einer großen Koalition möglich. Es ginge statt dessen darum, ein *ökologisch-soziales Bündnis* zu bilden, das seinen parlamentarischen Ausdruck in einer rot-grünen Koalition finden müßte.

Umfassende Aufgabenstellungen also, die Horst Peter den versammelten linken SozialdemokratInnen mit auf den Weg gab. Eine Herausforderung, der sich das „spw LeserInnenforum Rheinland“ in seiner weiteren Arbeit wird stellen müssen.

Aufruf zur Beteiligung

Schon einige Zeit zuvor hatten sich die GründungsaufreuerInnen auf *Strukturen und Arbeitsweise des LeserInnenforums* verständigt. Auf den Treffen sollen sowohl aktuelle als auch grundsätzliche Fragen sozialistischer Politik für alle politischen Ebenen behandelt werden - ein breit gefächertes Angebot also. Wobei die Treffen durchaus unterschiedlichen Charakter haben können (und sollen). Angedacht sind interne Arbeitstreffen im kleineren Kreis, parteiöffentliche Veranstaltungen oder öffentliche Veranstaltungen mit prominenten ReferentInnen. Die Themenauswahl richtet sich auch nach den Heftschwerpunkten der spw. So diente ein Arbeitstreffen Anfang Juli der Auseinandersetzung mit der „Zukunft der beruflichen Bildung“.

Für das zweite Halbjahr sind weitere monatliche Treffen geplant, die in einem Halbjahresprogramm zusammengestellt und veröffentlicht werden sollen. LeserInnen, die Interesse am „spw LeserInnenforum Rheinland“ haben, können eine Postkarte an folgende Adresse senden:

spw-LeserInnenforum Rheinland,
c/o Kulturverein, Postfach 210606,
50531 Köln. Sie erhalten dann die Einladungen zu den Treffen des LeserInnenforums.

* Hans Günter Bell, Juso-Bezirksvorstand Mittelrhein, Köln

Milieuübergreifende Solidarmentalität?

von Josef Didier*

Rezension zu: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, herausgegeben von Michael Vester, Bund-Verlag 1995

„Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden sozialen Misere ist“. Als F. Engels 1845 im Vorwort seiner Frühschrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ dies feststellte, gab sich der Fünfundzwanzigjährige kaum der Illusion hin, diese These habe nur Geltung für seine Gegenwart des Manchesterturns. Doch weiter: „...um allen Schwärmereien und Phantastereien pro und contra ein Ende zu machen, ist die Erkenntnis der proletarischen Zustände deshalb eine unumgängliche Notwendigkeit“ (MEW B.2, S. 232).

Dieser Notwendigkeit werden die AutorInnen der vorliegenden Untersuchung weitgehend und im wesentlichen gerecht. Die Schwierigkeit der Aufgabe wird bereits im Untertitel deutlich: Es ist eine Untersuchung zu den sozialen Verwerfungen als Folge der überstürzten Reproduktion der alten Klassengesellschaft; der durch den Einigungsvertrag per Ukas verfügten Zerschlagung einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsstruktur und zwangsläufig deshalb mißlungenen Umwandlung in kapitalistische „Blühende Landschaften“. Wie die AutorInnen feststellen, sahen sich schon in der DDR viele durch den Realsozialismus getäuscht, mehr aber und stärker jetzt noch als neue Bundesbürger, die aus dem Erwerbsleben geworfen, unter den neuen Bedingungen sich um alles geprellt sehen, was ihren herkömmlichen wie erwarteten Vorstellungen von Gerechtigkeit und Billigkeit entsprach. Nach der Wende entdeckten sie ihre DDR-Identität („Als Mauer in den Köpfen“, „Auseinanderdriften“ usw. von Konservativen und Nachbetern phraseologisch beklagt) als „Schatten, über den man nicht springen kann“ (M. Vester). Doch daß der Beharrungseffekt der in Jahrzehnten gewachsenen Mentalitäten so starr wei-

ter wirkt, überrascht mich - den gelernten DDR-Bürger -, im Unterschied zu M. Vester, nicht. Historische Erfahrung bestätigt die fundamentale Erkenntnis, daß Bewußtsein dem gesellschaftlichen Sein nachhinkt. Beispiele langwieriger Integrationsprozesse (in welchen mentalitäre Transformation wichtigster Bestandteil ist) in den Industrieregionen, z.B. dem Ruhrgebiet, sind hinreichend geläufig. In Japan, wo kein Integrationsdruck fremder Altbevölkerung wirkte, dominieren nach über hundert Jahren erfolgreichem Kapitalismus immer noch zählige feudale Mentalitäten in fast allen Lebensbereichen.

Die sozialen Mentalitäten der DDR-Milieus

Zur Klärung der Ursachen dieser Systeme überdauernden „longue durée“ sozialer Mentalitäten (denen in allen Milieus die DDR-Identität anhaftet) erkannten die AutorInnen, daß sie sich bei ihren Untersuchungen nicht auf bloße Ist-Beschreibung beschränken konnten, sondern auf geschichtliche Vergangenheit, lange vor der Existenz der DDR zurückgreifen mußten. Ebenso mußten sie bald bemerken, daß die Typologie der herkömmlichen Sinusmuster für den Osten z.T. versagte oder sich erheblich unterschied. Einige Milieus, auf der westlichen Seite vorhanden, fehlen auf der östlichen oder lassen sich nicht so typisieren wie auf der westlichen. Dabei entdeckten sie im Osten, mit Hinzurechnung des bäuerlichen Milieus „eine noch erstaunlich große traditionale Arbeiterklasse“ (M. Vester). Da in die weitgehend industrialisierte Landwirtschaft der DDR viele Handwerker und Industriearbeiter eingewechselt, aber noch mehr Bauernabkömmlinge zu Handwerk, Industrie, Verwaltung und in höhere Berufe abgewandert waren, ist das bäuerliche Milieu - wiewohl in der DDR aus dogmatischen Gründen als gesonderte Klasse eingestuft - nach Tätigkeit und Mentalität eindeutig dem traditionsverwurzelten Arbeitermilieu (TRAB) zuzuordnen. Ich halte es „nach eigener Anschauung und authentischen Quellen“ (um Engels noch mal zu strapazieren) für angebracht, wenn M. Vester die Mög-

lichkeit erwägt, das DDR-spezifische kleinbürgerlich-materialistische Milieu (KLEIMAT) den Milieus vom Arbeiterhabitus hinzuzurechnen. Das entspricht weitgehend meiner Einschätzung vom Vorhandensein eines sozial und mentalitäre bestimmten, linken Wählerpotentials von über 60%. Dazu dürften die Mentalitätsunterschiede im Osten äußerst unscharf, wohl auch insgesamt nicht so gravierend wie im Westen sein. Insofern darf ich vermuten, daß die VerfasserInnen ihre Schwierigkeiten mit der Abgrenzung hatten. Psychologisch scheint mir eine milieuübergreifende Solidarmentalität erkennbar. Sprachpsychologisch fällt der Nichtgebrauch milieuspezifischer, saturierter Gang- und Gäbedensarten auf.

Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Westsachsens

Obwohl die Untersuchungen sich auf Fallstudien ausgewählter Industrieregionen beschränken, dürften Abweichungen in den übrigen östlichen Ländern nur gering ausfallen. Mentalitätsunterschiede wären lediglich urwüchsig mundartlicher, weniger jedoch sozialer Art. Wohl deshalb hat sich Michael Hofmann bei einem großen Teil seines Parts der Untersuchungen nicht mit einem einfachen historischen Abriss begnügt, sondern auch die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der jeweiligen Region detailliert recherchiert und reflektiert.

Nun ist dies für den linksgeprägten Sozialhistoriker in Sachsen eine sehr dankbare Aufgabe; durch die Lektüre erschlossen sich auch mir bemerkenswerte Erkenntnisse zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Westsachsens. So z.B., daß bei der extensiven Ausweitung des Espenhain-Böhlener Braunkohlereviere nach 1933 vornehmlich Arbeitslose der Textilindustrie des Chemnitzer Raums rekrutiert und angesiedelt wurden. Erstaunlich ist, daß 60% davon in der Folge der NSDAP beitraten, was vermuten läßt, daß es sich um Langzeitarbeitslose handelte. Solche waren vielfach anfällig für völkisch-moralische Aufmöbelung, SA-Kameradschaft dito

* Josef Didier, Schwarzenberg

schmucker Uniform; als handfeste Zugabe Arbeit, Brot, Werkswohnung bzw. Siedlungshäuschen und nicht zuletzt noch Ehestandsdarlehen. Sie empfanden manchmal geradezu religiös anmutende Dankbarkeit für ihren Führer. Auf die näherwohnenden SPD-geprägten Arbeiter Leipzigs wurde bewußt verzichtet, obwohl auch dort die Arbeitslosigkeit enorm war. Das hatte sicher nicht nur vordergründig politische Gründe, wie M. Hofmann schreibt, sondern es kann angenommen werden, daß sie als örtliche industrielle Reservearmee für die in Gang zu setzende Rüstungswirtschaft des Vierjahresplans bereitgehalten wurden, zumal das Gros von ihnen Metallarbeiter und sonstige Fachkräfte der Leipziger Wirtschaft waren.

Beim Rückgriff auf die Frühgeschichte der sächsischen Arbeiterbewegung unterlaufen M. Hofmann einige Ungenauigkeiten hinsichtlich des Chemnitz-Glauchauer Raumes, die wiederum M. Vester in seiner Zusammenfassung dazu verleiten, ihn als „eher traditionslosen Raum“ zu bezeichnen. Doch wenn es um Traditionen der Arbeiterbewegung geht, ist dieser Raum besonders gut bedient; eine wahre Fundgrube sozusagen. August Bebel errang im Wahlkreis Glauchau-Meerane 1867 sein erstes Mandat zum Konstituierenden Norddeutschen Reichstag und behauptete es bis 1877; nicht aber in Leipzig, wie M. Hofmann S. 144 schreibt.

Es mangelt nicht an weiterer Tradition. Julius Motteler war 1867 hier untrüblig mit der allerdings erfolglosen Gründung von Spinnerei- und Webergewerkschaften à la maître Lassalle. Lugauer Bergleute wandten sich 1868/69 an Karl Marx in London wegen Knappschaftskassenfragen und um Aufnahme in die Internationale. Hier hatte die SPD 1875 die größte Mitgliederdichte Sachsens und 1904 kam es zum großen Textilarbeiterstreik für den Zehnstundentag.

Doch was nützt Tradition - insbesondere im heutigen Sachsen - wenn die Oberen der SPD, wie seit anno vierzehn üblich, Tradition und Werte der Arbeiterbewegung nur noch als hehre Versatzstücke (personelle besonders beliebt) für ihre Legitimation schätzen. Spätestens Mitte der zwanziger Jahre bröckelte, wie hinreichend bekannt, Tradition und Vertrauen in die SPD ab. Dort, wo wie in Leipzig, die Arbeiter „zu sehr marxistisch versucht“ (S. 94) waren, wirkten Werte und Ziele der Arbeiterbewe-

gung z.T. noch über die Nazizeit hinaus.

Nach dem 2. Weltkrieg: Inlandsfluchtbewegungen

Daß nach dem zweiten Weltkrieg, nun unter sowjetischer Regie, erneut Arbeitskräfte aus dem Chemnitzer Raum ins Braunkohlerevier kamen, hatte andere Ursachen als die paternalistisch bevorzugende Versorgung durch die sowjetische Direktion. Denn im Erzgebirge begann - zunächst personell unvorstellbar extensiv aufgeschwemmt - der Uranerzabbau der AG-Wismut. Die Versorgung war dort weitaus attraktiver als irgendwo anders. Dennoch versuchten viele, der Verpflichtung ins nahe Gebirge durch Einstellung in einen SAG-Betrieb zu entgehen; dann konnte man nicht mehr für die Wismut ausgehoben werden. Diese Inlandsfluchtbewegung führte um 1950 zum Arbeitskräfteüberhang (übrigens nicht nur in der Braunkohle) und zum Überwecheln vieler aus dem Chemnitzer und Leipziger Raum in den Uranerzbergbau, der inzwischen manches von seinem Schrecken verloren hatte.

Es ginge zu weit, noch im einzelnen auf die insgesamt gut fundierte, durch die Geschichte der Arbeiterbewegung illustrierte Untersuchung M. Hofmanns zur Mentalität der Leipziger Metallarbeiter und ihrer milieutypischen Erfahrungen einzugehen. Sein wichtigstes Forschungsfeld in der Messestadt war die Firma ehemals Unruh & Liebig,

bezeichnet seine Firma wiederum als weltweit größten Hersteller von Eisenbahnkränen. Beschäftigt werden z.Z. nur noch 189 Mitarbeiter.

Die Aufsässigkeit der Kirowwerker war zu DDR-Zeiten zweifellos ausgeprägter als in anderen Betrieben der Schwerindustrie. Dennoch scheint mir der Betrieb paradigmatisch für Geschichte und gegenwärtiges Schicksal der „Volkswirtschaftlich wichtigen Betriebe“ der ehemaligen DDR.

Nächste Forschungsaufgabe: Die weltanschaulichen Unterschiede

Die ganze vorliegende Arbeit geht durchweg von den materiellen Grundlagen des menschlichen Lebens und dessen Bedürfnissen aus, was schließlich zur Bildung des Bewußtseins führt, das sich konkret in der Mentalität gesellschaftlicher Schichten und Milieus darstellt. Die Untersuchungen machen sichtbar, daß die Lage der Lohnabhängigen, gleich in welcher gesellschaftlichen Ordnung und welchem wirtschaftlichen Sektor, wichtigster Indikator der Qualität gesellschaftlicher Verhältnisse ist.

Der Herausgeber Michael Vester verstand es in seiner Einleitung, eine gut lesbare und sorgfältige Auswahl des wesentlichen aller Beiträge zusammenzufassen. Als Resümee am Ende des Buches wäre sie ebenfalls gut möglich. Vermißt habe ich in den Untersuchungen die weltanschaulichen Sichten der

Milieus bzw. der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zum Westen bestehen im Osten Unterschiede wie sie innerhalb der gleichen Nation im Verhältnis von Religiosität zu Atheismus in keinem anderen Land denkbar sind. Bei der Adenauerstiftung hat man sich

Gedanken darüber gemacht und rückte dem Phänomen statistisch zu Leibe, mit einem Ergebnis, das Kirchen und CDU beunruhigen muß. Weil die gesellschaftlichen Verhältnisse hier im permanenten Umbruch und Fluß sind, ist zu hoffen, daß die Autoren das Thema weiter fortschreiben und dabei diesen, im geistigen Habitus bestehenden gewichtigen Unterschied, seiner Einmaligkeit wegen entsprechend berücksichtigen.

HABITUS	- modern 17%	traditionale Mitte 27%	traditional 56%
Oberklassenhabitus 23%	LIA-Linksintellektuell-alternatives Milieu 7%	BHUM-Bürgerlich-humanistisches Milieu 10%	RTEC-Rationalistisch-technokratisches M. (6%)
Mittelklassenhabitus 37%	SUKU Subkulturelles Milieu 5%	STAKAR Status- und Karriereorientiertes M. 9%	KLEIMAT Kleinbürgerlich-materialistisches M. 23%
Arbeiterhabitus 40%	HEDAR Hedonist. Arbeitermilieu 5%	TLO Traditionsloses Arbeiterm. 8%	TRAG Traditionsverwurzeltes Arbeiter- und Bauernmilieu 27%

Hersteller schwerer Hebezeuge, die sich in der DDR ab 1948 als VEB von 581 bis 1953 auf 4228 Beschäftigte entwickelte. Am Ende der DDR waren es noch 2350, was aber keineswegs mit einem Produktionsrückgang verbunden war. Der Betrieb hatte sich inzwischen sogar zum Weltmarktführer gemauert. Der jetzige Investor aus NRW zieht es vor, den weltweit eingeführten Namen Kirows für seine GmbH beizubehalten und

Ver"Steiner"te Waldorfpädagogik

von Jochen Zimmer*

Die auf die anthroposophischen Lehren Rudolf Steiners gegründeten Freien Waldorfschulen werden vielfach als Reformschulen und fortschrittliche Alternative zum staatlichen Schulwesen mißverstanden. Unser Autor Jochen Zimmer skizziert die Geschichte und die wichtigsten Kritikpunkte an der Steinerschen Pädagogik.

Der Universaldilletant Steiner hat zu fast jedem denkbaren Thema von der Hebung der Intelligenz durch Fluor-Zahnbehandlung bis zur astrologisch korrekten Bekämpfung der Maulwurfsplage Widersprüchliches geschrieben und vorgetragen. So war es leicht, daß sich die Waldorfpädagogik in Weimar als lebensreformerisch, im Nationalsozialismus unter der schützenden Hand Rudolf Heß' als völkisch und ariosophisch, in den 60er Jahren als antiautoritär und staatsfern und heute als wertkonservativ und antitotalitär verkaufen konnte: Ein pädagogisches Chamäleon.

Der Gründer Rudolf Steiner - vom HistoMat zum Hellseher

Bis heute liegt keine kritische Biografie Steiners und seiner Erfolgsgeschichte vom isolierten Einzelkind zum Hellseher und Okkultisten vor¹. Bevor Steiner um 1900 im Berliner Salon des Okkultisten und Grafen Brockdorff seine hellseherischen Kräfte entdeckte und ihm von den "Weltgeistern", an deren reale Existenz er inzwischen fest glaubte, die "Akasha-Chronik" offenbart wurde², hatte er in Weimar an der Herausgabe einiger Bände der "Sophienausgabe", der vollständigsten Goethe-Werksausgabe, mitgearbeitet. Sein Versuch jedoch, sich dabei zu habilitieren, war wegen seiner spiritistischen Hermeneutik gescheitert. Bevor ihn seine spätere Frau, die Schauspielerin Marie von Sivers, in theosophische Zirkel (Theosophie: mytische Gottesschau, Anm. d. Red.) einführte - er brachte es zum Generalsekretär

der deutschen Sektion der "Theosophischen Gesellschaft" - gab er an der Parteischule der SPD Kurse zum Historischen Materialismus. Gleichzeitig war er Mitglied der Sekte der Rosenkreuzler und wurde 1906 "Rex summus" im schwarz-magischen "Ordo Templis Orientis", jenem okkultistischen Geheim-

Gegen die freiwillige Unterordnung unter die Macht der Gestirne und der Natur hilft nur das Bestehen auf dem eigenen Sinn, auf demokratischer Diskussion, auf Selbstaufklärung.

bund, in dem auch der Vater des Neo-Satanismus Aleister Crowley und der Science Fiction Autor und Gründer der Scientology-Sekte L. Ron Hubbard ihre Karriere begannen.

Es würde sich sicher lohnen, den zahlreichen Hinweisen in Steiners Lebenslauf auf jene autoritären Züge nachzugehen, die auch die anthroposophische Lehre kennzeichnen: Glaube an eine Wiedergeburt als Belohnung für ethisch und moralisch hochwertiges Verhalten, Glaube an die Überlegenheit der deutschen und der "arischen Rasse", Engagement für die "Soziale Dreigliederung" (eine esoterisch-sozialpartnerschaftliche Vorstellung von Sozialpolitik, die von einem „natürlichen“ biologisch-organischen Staatsaufbau und der „ganzheitlichen“ Einbindung der Beherrschten unter spiritualisierte Technik und Faustisches Herrenmenschentum träumt), astrologische Bestimmung unseres "Schicksals" und Einschränkung der menschlichen Freiheit durch übersinnliche Mächte.

Waldorfschulen seit 1919 - ein pädagogisches Chamäleon

Der Umgang des Nationalsozialismus mit privaten Schulen aus dem Umfeld der Waldorfpädagogik und Anthroposo-

phie wandelte sich wiederholt und ist widersprüchlich. In großer Zahl schalteten sich bis zur Schließung der Dresdener Waldorfschule 1941 die Steinerschen Schulen freiwillig gleich. Ideologische Berührungspunkte machten es diesen Schulen leicht, gegenüber der nationalsozialistischen Schulaufsicht auf die gemeinsamen Wurzeln hinzuweisen und Kompromisse anzubieten: Betont wird Rudolf Steiners Ariosophie, seine "Wurzelsassenlehre", sowie daß "die Steinersche Gedankenwelt mit der nationalsozialistischen Weltanschauung die tiefe antimaterialistische Stoßrichtung gemeinsam habe"³ und daß Rudolf Steiner "zu den Propheten der notwendigen Selbstverteidigung und Mission des deutschen Volkes"⁴ gehört habe.

Dabei war der Bezug der Waldorfschulen mit der Selbstbezeichnung als "Freier Waldorfschulen" zur Zeit der Gründung der ersten Schule in Stuttgart 1919 durchaus programmatisch anders gemeint gewesen. Steiner war damals gerade mit dem Versuch gescheitert, an der Spitze revolutionärer Arbeiterdemonstrationen Kultusminister in der Regierung Blos zu werden⁵. Nun wechselte er die Seiten zur "Revolution des Geistes" und konzipierte dem Kommerzienrat und Direktor der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik Emil Molk dessen "Waldorf-Schule". Diese war vom proklamierten Anspruch her eine Schule für die Kinder der ZigarettenarbeiterInnen, und so sollte sie das freigewerkschaftliche "Frei" als Vertrauenswerbung im Namen tragen - Molt war schließlich Mitglied im antroposophisch-sozialpartnerschaftlichen "Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus". Aber bereits nach knapp 3 Jahren waren Arbeiterkinder nicht mehr in nennenswerter Zahl auf der Stuttgarter "Freien Waldorfschule" zu finden. Der mit den "freien" Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung und den freien Gewerkschaften assoziierte Name blieb jedoch.

Die zentralen Kritikpunkte

Inzwischen wird die Wahrnehmung Steiners nicht nur durch die wissen-

* Jochen Zimmer, Professor für Jugend und Freizeit an der Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg und Direktor des Sozialarchivs "Arbeiterkultur und Ökologie" in Baunatal

schaftliche Pädagogik und unter dem Druck leidgeprüfter Waldorffeltern und -schüler⁶, sondern auch durch das Erstarren eines eigenständigen Waldorf-Revisionismus um die "Flensburger Hefte" kritischer. Dabei besteht weitgehend Konsens in den zentralen Punkten der Kritik:

- die erwähnten spiritistischen und rassistisch-elitären Grundlagen der Waldorfpädagogik;

- der antroposophische Dogmatismus des "Bundes der freien Waldorfschulen", der lediglich innerhalb des Spielraums der Steinerschen Unterrichtsbeispiele in seiner Zeitschrift "Erziehungskunst" zulässt und ansonsten den Lehrplan der Stuttgarter Musterschule vorgibt:

- 1. Klasse: Märchen, 2. Klasse: Tiergeschichten, Fabeln, Legenden, 3. Klasse: Altes Testament, 4. Klasse: Germanische Götter und Helden, 5. Klasse: griechische und römische Sagen, 6. + 7. Klasse: Völkerkunde;

- "organischer" Rhythmus des Stundenplans: kognitiv 8-10 Uhr, technisch-handwerklich 10-11 Uhr, ästhetisch 11-12 Uhr;

- Orientierung an Handwerk und ästhetischer Erziehung der Jahrhundertwende: mit der Drehleier von der Quinte über den Dreiklang zur Oktave; Raseln, Flechten, Kupfertreiben;

- zahlenmagische Fetischisierung von 7-Jahresintervallen: Während des 2. Lebensjahrsiebts behalten die Schüler den gleichen Klassenlehrer; erst ab dem 3. Lebensjahrsiebt, in dem die Sexualität erstmals (!) erwacht und Sinnes- und Nervensystem reifen, beginnt selbsttätiges Lernen;

- Steiners Ideologie vom Faustischen Herrenmenschen und der germanischen Sendung;

- seine an die Muster der Unterhaltungs- und Ratgeberliteratur der Zeit angelehnte "Temperamentelehre", die geradezu panisch die Steiner durchaus bekannten Persönlichkeitstheorien insbesondere die Psychoanalyse ignoriert und ausgrenzt;

- und schließlich der Konformismus und autoritäre Anpassungsdruck in den Schulen sowie die dominante Vorbildfunktion des Klassenlehrers bei gleichzeitigem völligen Fehlen von demokratischen Eltern- und Schülermitentscheidungsmöglichkeiten. Stattdessen wird der Schüler regelmäßig auch im Elternhaus durch Klassenlehrerbesuche kontrolliert.

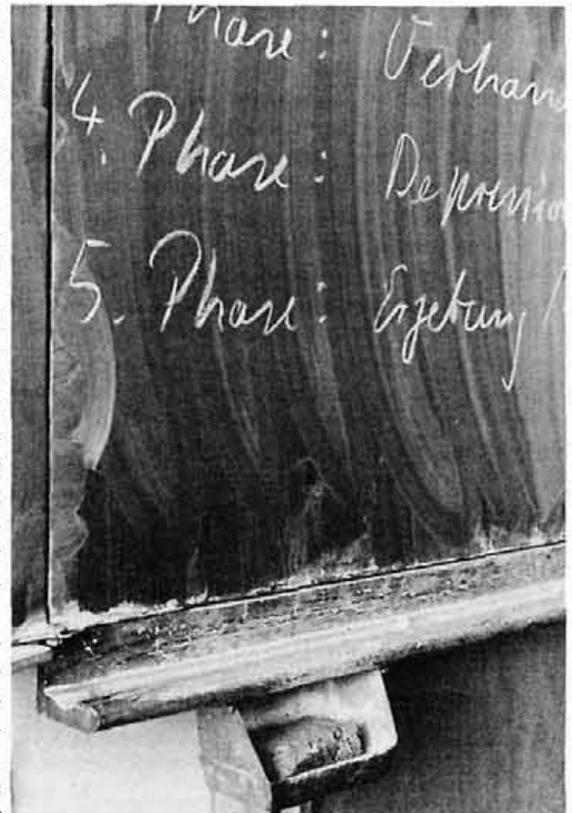
Pädagogische Optionen der Aufklärung suchen!

Auch auf die 80er und 90er Jahre scheint zuzutreffen, was ein israelischer Beobachter des deutschen Bildungswesens über die vergleichsweise ebenso bleiern 40er und 50er Jahre sagte: Es sind „Two decades of Non-reform“ (Saul B. Robinson). Eine Generation von Waldorffeltern greift heil- und hilflos auf die esoterischen und lebensreformatorischen Wegbereiter des historischen Faschismus zurück. Diesen Eltern, die stolz darauf sind, "nach der Revolte gekommen zu sein" (Reinhard Mohr), fehlt das anscheinend notwendige biographische Motiv für den produktiven kritischen Umgang mit den Erfahrungen der vielen mühsamen Projekte und Versuche, nicht-autoritäre und geschwisterliche, freie und Chancengleichheit schaffende Lern- und Lebensräume zu schaffen: Lehrlings- und Jugendzentren, Kinder- und Schülerläden, Alternativschulen wie die Glockseeschule in Hannover, die Laborschule Bielefeld oder die Freie Schule Essen. Hieran und an die Reformmodelle der Landschulheime von der Odenwaldschule bis Salem und durchaus auch an die Experimente Neill's in England muß sich konkrete Kritik abarbeiten, wenn sie nicht unsere Identitäten und Befindlichkeiten belassen, sondern lebensnah und rationell, egalitär und aufgeklärt das "Gewachsene" und "Natürliche" humanisieren will. Und kann man einem aufgeklärten Menschen tatsächlich zumuten, sich am absurden Theater der antroposophischen Linienkämpfe zu beteiligen, ob Steiners Lehre von den leibhaftigen zwei Christuskindern opportunistisch und ob der christliche Religionsunterricht nicht konsequent durch die Unterrichtung im Glauben der "Anthroposophischen Christengemeinde" zu ersetzen sei?

"Die Natur- und Schicksalsliebe der totalitären Propaganda ist die dünne Reaktionsbildung... auf die nicht gelungene Zivilisation" (Th. Adorno, M. Horkheimer). Gegen die freiwillige Unterordnung unter die Macht der Gestirne und der Natur, wie sie die von der Familie Siemens gesponsorte Anthroposophie verlangt und

für die das Weleda-Demeter-Waldorf Warenhaus die Einstiegsdrogen auf den Markt wirft, hilft nur das Bestehen auf dem eigenen Sinn, auf demokratischem Prozeß und demokratischer Diskussion, auf Selbstaufklärung statt übersinnlicher Offenbarung und auf "Selbstvertrauen der Vernunft" (Leonhard Nelson).

- 1 Einzelne biographische Materialien, weiterführende Literatur sowie eine sowohl politisch als auch pädagogisch kritische Würdigung Steiners findet sich bei Heiner Ulrich: "Versteinerte" Reformpädagogik - Anmerkungen zur neuerlichen Aktualität der Freien Waldorfschulen, in: Neue Sammlung 1982, S. 531-564. Joachim Wolschke-Bulmann: Biodynamischer Gartenbau, Landschaftsarchitektur und Nationalsozialismus, in: Das Gartenamt 1993, S. 590-595 und 638-642. Kayser/Wagemann (vgl. Anm. 3). Volkmar Wölk: Natur und Mythos, Ökologiekonzeptionen im Spannungsfeld zwischen Hermann Löns, Blut und Boden und Marilyn Ferguson, Duisburg 1992.
- 2 Rudolf Steiner: Aus der Akasha-Chronik. Dornach 1986. Ders.: Die Geheimwissenschaft im Umriss, Leipzig 1913.
- 3 Marina Kayser, Paul-Albert Wagemann: Wie frei ist die Waldorfschule? Geschichte und Praxis einer pädagogischen Utopie, Berlin 1993, S. 36
- 4 Ebenda. Bei Kayser/Wagemann weitere Literaturverweise zum Verhältnis von deutschem Faschismus und Waldorfpädagogik.
- 5 Vgl. Ulrich Linse: Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre. Berlin 1980, S. 84.
- 6 Eine Auswahl zeitgenössischer Leidenserfah-



rung und Kritik findet sich in dem Pamphlet der Waldorf-Dissidenten Lesley Ledder und Peter Brenner: Abschied von der Anthroposophie, ÖKO-Journal Gais/Schweiz o.J.

Neue Medien für Neue Soziale Bewegungen

von Gabriele Hooffacker*

Lange fehlte es den Neuen Sozialen Bewegungen und ihren Verbänden, den Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), am passenden Medium: Jetzt verbinden alternative, dezentrale Datennetze wie das Computernetzwerk Linksysteme (CL-Netz) Einzelpersonen und Initiativen weltweit. Doch das reicht nicht aus: Nötig ist eine Bildungsoffensive der Neuen Medien.

1. Realität

Während des Putsches gegen Michail Gorbatschow schmuggelte sie Lageberichte über die Panzer vor dem Moskauer Weißen Haus übers Datennetz in alle Welt, nachzulesen in /CL/GUS/ALLGEMEIN: die Mailbox „GlasNet“ in Moskau, die über das Netz der Association for Progressive Communications (APC) mit /CL verbunden ist.

News werden weltweit über die Datennetze in Form elektronischer Foren ausgetauscht. Das Motto der engagierten Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten lautet: „Dial locally, act globally“. Zum Ortstarif weltweit publizieren, dazu nutzt beispielsweise der niederländische Journalist Wam Kat von Zagreb aus das /CL-Netz. Regelmäßig versendet er über die Rubrik /CL/FLUECHTLINGE/ALLGEMEIN Tagebuchnotizen seines „Zagreb Diary“ - subjektive, hochaktuelle Berichte und Eindrücke aus dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Täglich stehen in der Rubrik /CL/EUROPA/BALKAN öffentliche Nachrichten in deutscher, serbokroatischer oder englischer Sprache. Die Absender sind Mitarbeiter von Friedensgruppen in Zagreb, Belgrad, Ljubljana

aus dem ZAMIR-Netz (serbokroatisch: za mir = für den Frieden); ihre Mailboxen heißen ZAMIR-ZG oder ZAMIR-BG.

Arbeitnehmer, Betriebsräte, gewerkschaftlich Engagierte haben mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung das Solinet auf die Beine gestellt. Ein eigenes Netz ist nur für Frauen erreichbar: das Femnet.

Der Name „Computernetzwerk Linksysteme“, kurz /CL-Netz, steht für das erste deutschsprachige Computernetz, in dem von Anfang an nur wenig über Computer zu lesen war, dafür um so mehr über den Regenwald und von geschützten Tierarten, über Menschenrechtsverletzungen in der (damals noch) Sowjetunion und dem ehemaligen Ostblock, beispielsweise über die Inhaftierung von Vaclav Havel 1988.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation amnesty international arbeiten heute ganz selbstverständlich mit den Menschenrechts-Brettern im /CL-Netz: Ein Kölner amnesty-Mitarbeiter spielt die aktuellen Aufrufe der Menschenrechtsorganisation, nach Ländern geordnet, in die entsprechenden Rubriken /CL/MENSCHENRECHTE ein. Vor Ort holen die ai-Mitarbeiter diese Texte per Pointprogramm zum preiswerten Ortstarif aus ihren Hausmailboxen, beispielsweise im niederbayerischen Straubing. Von hier aus gehen ihre Briefe und Faxe dann wieder in alle Welt: in die Türkei, nach Lateinamerika, nach China und in den fernen Osten, an die Regierungen afrikanischer Länder.

Internationalität ist das Kennzeichen des europaweiten /CL-Netzes, in dem Nachrichten auf englisch, türkisch, italienisch oder serbokroatisch neben deutschsprachigen Texten stehen, und sie ist Programm: Die Initiatoren sind der Überzeugung, daß eine internationale Vernetzung gesellschaftlich und ökologisch engagierter Menschen und Gruppen notwendig ist. Denn die weltweiten Krisenlagen lassen sich lokal nicht beheben - auch wenn Regionalisierung der Konflikte im Sinne mancher

Regierungen wäre. Hier sind grenzübergreifende Lösungen gefragt.

Gleichzeitig muß vor Ort mit den Lösungen begonnen werden. Deshalb verbindet das CL-Netz den Anspruch der internationalen Vernetzung mit starken regionalen Netzknoten. Nur dadurch, so die Initiatoren, können die Informationen im sozialen Geflecht vor Ort verankert sein, ihre Adressaten erreichen und zu konkreter politischer Teilhabe führen.

Ein Beispiel ist hier die Idee des „Mediencafés“, wie es in Bielefeld entwickelt wurde, des „Medienladens“ (München) oder des „Medienhauses“ (geplant in Frohburg bei Leipzig). Diese Treffpunkte verbinden

- Zugang zu den Datennetzen (Internet, CL, weitere Netze) an öffentlichen Terminals
 - Informationsveranstaltungen, Trainings und Seminare
 - sozialen Kontakt in angenehmer Atmosphäre („Mediencafé“). Mehrere regionale CL-Niederlassungen arbeiten bereits nach diesem Prinzip, so in Hamburg, Bielefeld, Hannover, Göttingen, Berlin, Leipzig, Frankfurt, Nürnberg, München, Tübingen und andere.
- Solche Lösungsansätze entsprechen den Nicht-Regierungsorganisationen, den NGOs, und sie werden von ihnen ausgiebig genutzt. Im CL-Netz sind unter anderem vertreten
- amnesty international (Zentrale + mehrere Regionalgruppen)
 - Greenpeace (Regionalgruppen)
 - verschiedene Gewerkschaften mit ihren Regionalgruppen, z. B. IG Medien Bayern, GEW Bayern, IG Metall NRW - um nur einige zu nennen;
 - die Parteien des linken und liberalen Spektrums (Grüne, SPD, PDS, Jungdemokraten, Junge Liberale) jeweils mit ihrer Bundesorganisation und verschiedenen Landesverbänden
 - Initiativen der Frauenbewegung, insbesondere im FemNet
 - Behindertenorganisationen
 - Tierschutz-Initiativen
 - verschiedene Umweltinitiativen (Informationszentren für Solarenergie etc.)

* Gabriele Hooffacker, Dr. phil., geb. 1959, lebt als Fachautorin und Trainerin in München und betreibt den „Münchener Medienladen“. Veröffentlichungen u.a.: Politisch arbeiten mit dem Computer (zusammen mit Martin Goldmann, Reinbek 1991), Online. Telekommunikation von A-Z (Reinbek 1995), Wir nutzen Netze. Ein kommunikatives Manifest (erscheint im Herbst 1995 im Steidl Verlag, Göttingen). Bei diesem Text handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Vortrags, den die Verfasserin im März 1995 in Straßburg auf einem Interkom-Seminar gehalten hat.

● Friedens- und Umweltgruppen, Frauen- und Menschenrechtsinitiativen, Jugendzentren und Wissenschaftsläden.

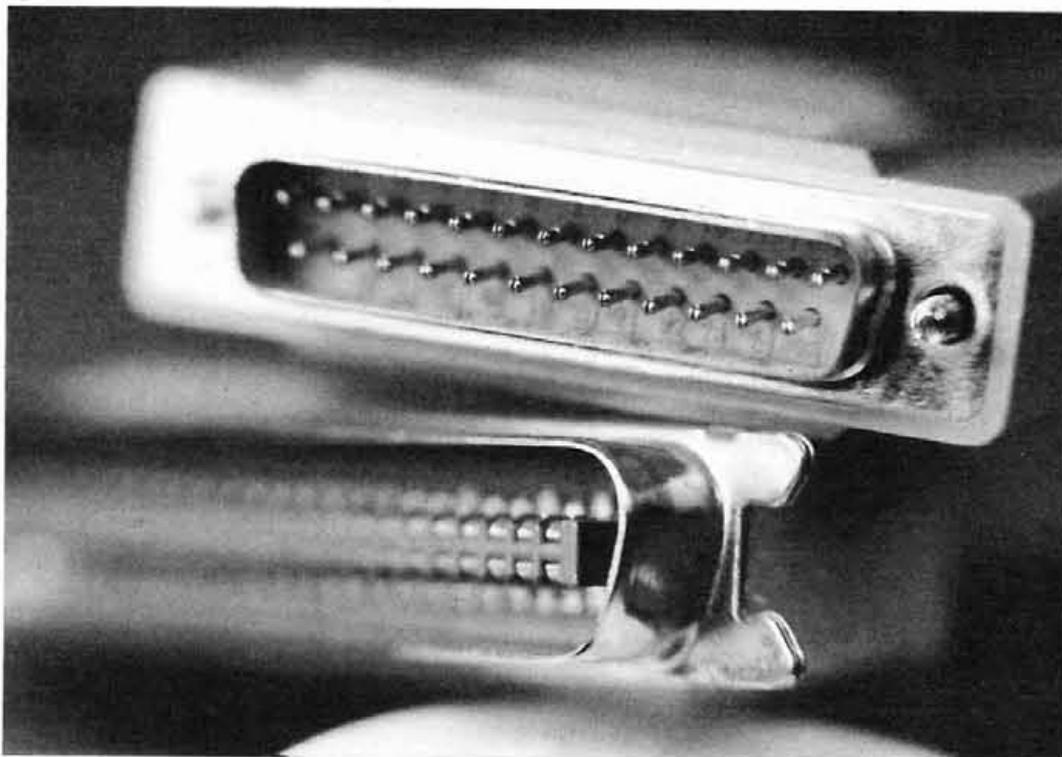
„Überall, wo sich eine solche Gruppe trifft, muß ein Netzknoten in der Nähe sein - und dorthin und zurück müssen Informationen fließen“, ist die Vision der /CL-Gründer. Sie denken beim Neuen Medium Datennetz für die Neuen Sozialen Bewegungen an das Sprachrohr, mit dessen Hilfe sich die Betroffenen ihrer Zahl und ihrer Macht bewußt werden, ihre Ziele artikulieren, Aktionen absprechen und neue Kontakte knüpfen. Das alles von Einzelperson zu Einzelperson, von Gruppe zu Gruppe, ohne Hierarchien.

Wer für Menschen- und Bürgerrechte eintritt, kann mit den Datennetzen von /CL Diktatoren ein Schnippchen schlagen. Das belegen einige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bürgerrechtsbewegung der DDR: Bereits Monate, bevor die Mauer fiel, im August 1989, spielten sie die ersten Aufrufe der DDR-Opposition über Hannover ins /CL-Netz ein. „Zentrale Greif“ nannte sich die Greifswalder Gruppe nach einem Spitznamen der Stasi. In der Rubrik /CL/EUROPA/DEUTSCHLAND sind ihre kritischen Texte über die DDR zu lesen. Denn viele /CL-Systeme archivieren den Datenbestand - bis heute sind über 250 Megabyte Information des gesamten /CL-Netzes zusammengekommen; ca. 250 Netzknoten in sieben europäischen Ländern verbinden etwa 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

2. Utopien

Die Informations- und Kommunikationsgesellschaft kommt. Zwei mögliche Utopien sind im Extremfall denkbar, eine schöne und eine häßliche. Zunächst eine Skizze der unschönen, der Dystopie:

Das Konsumgut Ware wird mithilfe der Neuen Medien noch bunter und transportiert noch mehr Werbebotschaften. Ergebnis: die Spaltung der Welt in



die breite Masse der Medienkonsumenten („information poor“) und eine Minderheit, eine Informationselite, die Zugang zu relevanter, verdichteter Information hat und sie auch verwerten kann („information rich“).

Anhand ihres Verhältnisses zu Information und Macht werden sich zwei Klassen unterscheiden lassen:

Täglich kommen im CL-Netz Nachrichten von Friedensgruppen in Zagreb, Belgrad oder Ljubljana aus dem ZAMIR-Netz (serbokroatisch: za mir = für den Frieden).

1. von der Information Ausschlossene (Analphabeten, „information poor“): Für sie existieren Fernsehen, Videos und Spielwelten am Computer. Ihre Arbeit ist weiterhin eine angelernte, ausführende - um so stumpfsinniger, je ausgefeilter die Bedienoberflächen der Maschinen zur Schnittstelle Mensch werden. Am Computer werden sie zu Tastendrückern im Sinne des Pawlowischen Hunds herabgewürdigt: Wenn ich dieses Bild wähle, passiert das, wenn ich auf jenes zeige und danach auf ein

anderes, ertönt ein Signal, läuft ein Film ab... Die graphischen Benutzeroberflächen für die Masse der Konsumenten werden für sie entwickelt: für Menschen, die größere Textmengen nicht mehr zu erfassen vermögen. Hier liegt ein gigantischer Consumer-Markt, das Massengeschäft, wie es auf der CeBIT besichtigt werden konnte.

2. *Information Rich*: Information ist für sie das Rohmaterial, mit dem sie umgehen, also Mittel. Der Lebensstil dieser Informationselite, ihre Philosophie, ihre Sicht der Gesellschaft wirkt prägend. Ihr Ziel ist die ökonomische Macht. Sie steuert die Bewegungen des Kapitals rund um den Globus - dorthin, wo es am meisten einbringt. Dazu benötigt sie das Herrschaftswissen.

Es gibt eine *dritte Klasse*, die eine *Zwischenstellung einnimmt*: die „*Informations-Manager*“ - diejenigen, die strukturierte Informationen suchen und auswerten. Dazu gehört die gesamte Verwaltung bis hin zum mittleren Management, aber auch Journalisten, Werbefachleute, PR-

Strategen, Autoren, Redakteure, Lehrer, Trainer, Dozenten... Diese Klasse der Wissenden wie der Wissensvermittler hält sich, da sie zu verstehen glaubt, was vorgeht, im übrigen teilweise für die Herrschende.

Ähnlich wie die Dampfmaschine im Zeitalter der Industrialisierung wird die Verbindung von Computertechnik und

Kommunikationsnetzen das Gesicht der Welt verändern. Währenddessen sind wir alle längst auf dem Weg ins Kommunikationszeitalter, dessen Lebensformen bereits sichtbar sind. Einige böse Thesen zur künftigen Mediengesellschaft:

1. Von einigen wenigen großen Medienkonzernen aus werden die Wirtschaftseinheiten gesteuert.

2. Bei den zunehmenden Konzentrationstendenzen wird Management ohne „flache“ Informations- und Kommunikationsnetze nicht mehr denkbar sein.

3. Für das weltweite Massenpublikum, die Verbraucher, wird ein Konsumgut produziert, das sich mit dem Begriff „junk information“ kennzeichnen möchte: ähnlich wie „junk food“ gibt diese Information nur vor, welche zu sein. Tatsächlich ist sie das Gegenteil.

4. Je nach seiner Kaufkraft bezüglich der Ware „Information“ definiert sich der wirtschaftliche und soziale Status des einzelnen Verbrauchers.

5. Die Kluft zwischen Informations-Herrschenden, den Informations-Managern und den „Information-Poor“ wächst. Während die Macht der Mediengiganten wächst, ziehen sich die staatlichen Stellen zurück. Der Rest ist Machtkampf der großen und kleinen Wirtschaftseinheiten.

Der Rückzug des Staates aus dem öffentlichen Leben ist nicht nur bei den Medien wie Funk und Fernsehen bemerkbar, wo die Privaten langsam, aber sicher die Marktmacht übernehmen. Auch bei den Datennetzen läuft die Privatisierung. Eine der Folgen: Bildung und Wissensweitergabe werden immer weniger von öffentlichen Einrichtungen übernommen, sondern geschehen nur noch dort, wo ökonomisch erforderlich und rentabel. Anders ausgedrückt: Bildung wird individualisiert und flexibilisiert.

Die Dampfmaschine revolutionierte den Produktionsprozeß; die Dampfmaschine, auf die Schiene gestellt, veränderte das Gesicht der Welt, politisch und ökonomisch. Die Produktionsmittel waren über weite Entfernungen hinweg verfügbar geworden.

Computer (Halbleiter) beschleunigten und revolutionierten den Produktions- und Dienstleistungsprozeß: Vorher zwanzig Schreiberkräfte saßen, arbeiteten nun eine; vorher hundert Sachbearbeiter Akten wälzten, arbeiten nun zwei mit elektronischen Archiven

und Datenbanken - unabhängig davon, wo auf der Welt diese Datenbanken gespeichert sind. Der Computer, in die Datenautobahn eingeklinkt, verändert den Produktionsprozeß um ein Vielfaches schneller und dramatischer als die Eisenbahn. Nun ist geistige Arbeit rund um den Globus verfügbar - und organisatorische, technische ebenfalls.

Langsam dämmert es auch den gut bezahlten White-collar-Arbeitnehmern: Gerade ihre Arbeitsleistung läßt sich in Fernost oder in Lateinamerika preiswerter einkaufen. Programmierer aus Indien, Schreibkräfte aus Brasilien, Broker aus Hongkong: Die Produktion im Dienstleistungsbereich Information ist nicht mehr an den Standort gebunden. Die Manager der multinationalen Konzerne wissen das schon eine ganze Zeit lang.

Die Datenautobahn dient aber nicht nur zum Transport des Produktionsmittels Mensch, der damit weltweit zum Niedrigpreis verfügbar wird. Sie transportiert auch die Waren zum Konsumenten, und sie wird selbst zur Ware. Konsumiert werden: Bilder, Spiele, Rundfunksendungen, TV-Programme, interaktiver Firlefanz.

Denkbar wäre natürlich auch eine schöne, eine Eutopie: Die globale Kommunikation führt zur weltweiten Vernetzung von NGOs - Gruppen, Verbänden, Initiativen, Einzelpersonen und letztendlich zur Demokratisierung weltweit. Es entsteht eine friedliche, eine ökologische Welt, eine Welt, in der mithilfe der Telekommunikation auf regionaler Ebene ökologisch gewirtschaftet wird, in der die globalen Fragen der Menschheit demokratisch diskutiert und vielleicht gelöst werden.

Von dieser Utopie träumen wir. Wie aber gelangen wir dorthin?

3. Nahziel: die informationssoziale Gesellschaft

Nötig ist „Social connectivity“ zu sozialen Preisen. Dazu bedarf es nicht nur der Förderung demokratisch orientierter dezentraler Netze, sondern mehr: eine Bildungsoffensive der neuen Medien.

Das Ziel ist klar. Der Weg dahin führt über die Wissenskompetenz für jeden Einzelnen (z. B. Zugang erkämpfen, Information finden, selbst Fragen stellen können) als Voraussetzung für die - ökonomisch, politisch, sozial -

kommunikative Gesellschaft. Das ist eine informationssozialistische Utopie. Eine vorläufig anzustrebende Gesellschaftsform könnte sein: die verständige informationssoziale Gesellschaft, die alle Stufen des Wissenszugang allen ermöglicht, und damit langfristig auch die Herrschaft verteilt.

Dazu ist Zugang zu den Neuen Medien und Datennetzen für alle nötig, außerdem eigene Datennetze und Telekommunikationsdienste, die nicht von den externen Interessen einiger Weniger gesteuert werden.

Der lange erwartete Telekommunikationsboom in der Bundesrepublik ist da; Goldgräberstimmung ist ausgebrochen. Alle reden vom Information-Highway, der Datenautobahn. Selten ist zu hören: Wir wollen euch jeden beliebigen Schwachsinn auf Knopfdruck verkaufen („Video-on-demand“). Stattdessen wird die Werbetrommel für das Wissen der Welt gerührt - wohl in dem Bewußtsein, daß das angepriesene Netz nicht in der Lage ist, die Versprechungen zu halten. Dazu müßte kräftig investiert werden: in die Datennetze, in die Ausbildung der Information-Poor.

Doch die Strategie ist erfolgreich. Der „Internet-Hype“ bewirkt: Alle wollen freie Fahrt für freie Bürger - auf der Datenautobahn. Mit unterschiedlichen Interessen, versteht sich. Freiheit der Information haben sich die Aufklärer auf die Fahnen geschrieben. Freiheit des globalen Datenmarktes fordern die multinationalen Misch- und Medienkonzerne. Derweil bauen die Multis im Stillen an den Auffahrten zur Datenautobahn - und sichern sich die Zufahrten und die Transportwege.

Ein kritischer Blick auf das „Netz der Netze“ zeigt dessen für die postindustrielle Gesellschaft typischen Trend: Entstanden auf staatliche Initiative zu militärischen Zwecken, erlebte das Internet einen Wachstums- und Demokratisierungsprozeß und wird derzeit, wo es in die Gewinnphase eintritt, privatisiert. Die Hitchhiker, diejenigen, die kostenlos mitreisen (und dabei Geld verdienen) wollen, stehen schon bereit.

Der Internet-Vorläufer ARPANET wurde von der US-Regierung für militärische Forschungszwecke gegründet. Weitere wissenschaftliche Zwecke kamen hinzu: technische, kommunikationsorientierte, psychologische. Mit dem Boom der computergestützten Kommunikation kam die Privatisierung: Immer mehr privatwirtschaftliche

Provider verdienen daran, Internetzugang zur Verfügung zu stellen. Das Nachsehen haben die Diensteanbieter, sofern sie nicht selbst Gebühren erheben: die mit öffentlichen Geldern finanzierten Bibliotheken, Archive, Institutionen, die ihre Daten im Internet kostenlos und freizügig zur Verfügung stellen. Die Provider profitieren von deren Kapazitäten: inhaltlich, personell, technisch (Rechenkapazität).

Den NGOs fehlte es lange am passenden Medium. Dabei sind geeignete Medien überlebensnotwendig, damit sich eine gesellschaftliche Gruppe konstituieren und politisches Gewicht gewinnen kann. Die Neuen Medien, Mailboxen und Datennetze, sind mit ihrer dezentralen Struktur dem verflochtenen Netzwerk von Klima- und Menschenrechtsgruppen, Lokalradios, Fraueninitiativen und Ökohöfen ähnlich.

4. Forderung: „Empowering the information poor“.

Einen demokratischen Lösungsansatz gegenüber dem Ausverkauf des Internet und dem Umbau der Datennetze in Warenautobahnen stellte die Regierung Clinton mit ihrem Information-Superhighway vor: das NREN (National Research and Education Network) von Al Gore. Danach sollen sämtliche Schulen der USA, also auch Grund- und Hauptschulen, Internet-Anschluß erhalten.

Eine vergleichbare Bildungsoffensive in der Bundesrepublik oder gar europaweit fehlt bislang. So etwas, freilich ganz ohne staatliche Initiative, sondern als Nicht-Regierungs-Organisation, (NRO bzw. NGO) bietet im deutschsprachigen Raum das selbstorganisierte Computernetzwerk Linksysteme, kurz / CL-Netz: weltweite Informations- und Kommunikationsdienste zu sozialen Preisen. Gegen die allorts gepriesene „connectivity“ setzen die Initiatoren die „social connectivity“. Dazu gehört vor allem: Wissensvermittlung, eine elektronische Alphabetisierung der Bevölkerung.

Bislang gehen solche Initiativen allein von Einzelpersonen und privaten Organisationen wie dem Münchener Verein Kommunikation und Neue Medien e. V. aus. Doch das reicht nicht aus.

„In der modernen Leistungsgesellschaft heißt soziale Gerechtigkeit nichts anderes als gerechte Verteilung der Bildungschancen (...). Der gesamte soziale Status, vor allem aber der Spielraum an persönlicher Freiheit, ist wesentlich durch die Bildungsqualifikationen definiert, die von dem Schulwesen vermittelt werden sollen.“¹ Als Georg Picht in den frühen sechziger Jahren mit seiner Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe“ beschwor, fiel seine Forderung auf fruchtbaren Boden: Eine Bildungsoffensive bis dahin nicht gekannten Ausmaßes veränderte das gesamte schulische wie außerschulische Bildungswesen der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. Zustimmung hatte Picht von unerwarteter Seite erhalten: Aus den Kreisen der Wirtschaft wurde einer grundlegenden Reform des Bildungswesens begeistert zugestimmt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts im beginnenden Zeitalter der Informationsgesellschaft sind die Ausgangsbedingungen denen von vor dreißig Jahren nicht unähnlich: Technologische Veränderungen stellen die schulischen wie außerschulischen Bildungseinrichtungen vor ungeahnte Herausforderungen. Von den Schulbehörden gibt es wohl Ansätze wie die „informationstechnische Grundbildung (ITG)“, mit der an den Schulen mit wenig zureichenden Mitteln auf die Herausforderung reagiert wird. Im außerschulischen Bereich tummeln sich selbständige Initiativen wie das Nürn-

Freiheit des globalen Datenmarktes fordern die multinationalen Medienkonzerne - und sichern sich im Stillen die Zufahrten und Transportwege der „Datenautobahnen“.

berger Medienzentrum Parabol oder der bundesweite Verein Kommunikation und Neue Medien, die in eigenen PC-Räumen, mit jungen, begeisterten Trainern, neue Wege inhaltlich wie didaktisch gehen.

Innerhalb der Bildungsinstitutionen sind es die Pioniere unter den Pädagogen, die als Einzelkämpfer etwas bewegen - mit Schulversuchen zur Vernet-

zung, mit projektorientierter Lehrerfortbildung im schulischen Bereich, außerschulisch von der rührigen Volkshochschule im Ruhrgebiet über den engagierten Jugendzentrumsmitarbeiter in Niedersachsen bis hin zum evangelischen Studienzentrum in Oberbayern.

An diese Ansätze ist anzuknüpfen - schnell und in großem Maßstab, um die drohende Bildungskatastrophe in der Bundesrepublik zu verhindern. Von den Aussichten, die uns die Kommerzialisierung der Telekommunikationsdienste bringt, haben wir schon gesprochen: TV-Sendungen, Filme, Videos und jede Art von Dienstleistungen und Spielen im Cyberspace online auf Abruf, gegen Gebühr, versteht sich, werden die Medienwelt des beginnenden 21. Jahrhunderts bestimmen. Eine häßliche Utopie, eine Dystopie, ist die geschilderte: der nur noch reaktive, an der Fernbedienung zappende und zappelnde Medienkonsument.

Telearbeit wird einen Teil der herkömmlichen Industrie-, aber auch Büroarbeit ablösen: Regionale, lokale Zusammenhänge erlangen in diesem Zusammenhang neben dem Cyberspace wieder höhere Bedeutung für die Sozialisation des Einzelnen. Soll die Bundesrepublik eine wesentliche ökonomische Rolle im globalen Wettbewerb spielen, ist dazu hochqualifiziertes Personal notwendig.

Beides zusammen, intelligente High-Tech-Beherrscher und dümmliche Rezipienten im Cyberspace, geht auf Dauer nicht. Deshalb meine Forderung nach einer nationalen wie international offenen Bildungsoffensive.

„Aber wie sollen diese vielversprechenden Beschlüsse in der Praxis durchgeführt werden, wenn der politische Impetus fehlt, um die erforderlichen Kräfte zu konzentrieren und um die riesigen Mittel aufzubringen, die benötigt werden?“² Wie bereits Georg Picht in den sechziger Jahren feststellte, ist das alles eine Frage des politischen Willens, für eine solche Bildungsoffensive Geld auszugeben. Und daran mangelt es in der Bundesrepublik auf dem Weg in die Informations- und Kommunikationsgesellschaft bis heute.

¹ Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten und Freiburg im Breisgau 1964, S. 31.

² Ebenda, S. 97.

Lust auf Sozialismus?

Anmerkungen zum vergessenen Subjekt

von Edgar Göll*

„Betrachte den, der Deine Fehler Dir enthüllt, als erzähle er Dir von einem verborgenen Schatz.“

Es scheint, als sei die Linke der Zeit in einem Sumpf oder gar einer Sackgasse gelandet. Sogar die FAZ fragte schon „What's left“? Zeiten der (vermeintlichen) Stagnation der Linken sind immer auch Zeiten des Nachdenkens (Vordenkens) und der gärenden (oder gähnenden?) Ruhe vor dem Sturm. Dabei sind an der linken Politik tatsächliche und vermeintliche Fehler zu beheben, Mängel zu überwinden, Grenzen zu überschreiten. Und weil das Denken „Probehandeln“ (Marx) ist, können wir hoffen, daß das (politische/radikale) Handeln bald mit neuem Elan losgeht. Der folgende Beitrag reiht sich ein in die lange Liste von Überlegungen darüber, warum es mit „dem“ bzw. „unserem“ sozialistischen Projekt nicht klappte bisher. Konzentrieren möchte ich mich hier auf den „subjektiven Faktor“, also auf das Individuum und seine meines Erachtens unzureichende Berücksichtigung in linkem Denken und Handeln. es fängt beispielweise an beim Reden von den Massen, der Klasse, den gesellschaftlichen Schichten, der Partei oder Bewegung, Begriffen also, die ihre analytische, symbolische und strategische Bedeutung und Notwendigkeit haben, doch geht allzu häufig der einzelne Mensch dahinter verloren.

Anzusetzen ist an der Lage und Befindlichkeit der Leute. Die Menschen hier und heute sind enormen Zumutungen ausgesetzt. Frustration macht sich breit über die Unüberschaubarkeit der Komplexitäten moderner Gesellschaften, über die endlose Beschleunigung der Veränderungen. Zugleich entstehen Frust und Verzweiflung gegenüber der immer weiter ziehenden (bzw. gezogenen) Karawane (also Kapital, Kohl & Co.), wächst das Gefühl von Elend und Ohnmacht wegen des permanenten Rationalisierungs- und Effektivierungs-

drucks, und schließlich nimmt die Enttäuschung zu gegenüber politischen Eliten und Akteuren, darunter auch der handzahmen Opposition. Zu diesem Szenario gehören selbstverständlich die

Der Gramscianische „Stellungskrieg“ hat heute unerwartet vielgestaltige private Formen angenommen, die gesellschaftlich jedoch meist nicht weiterführen; die Menschen rotieren derzeit wie in Hamsterrädern, ohne tatsächlichen Fortschritt.

Ohnmachtsgefühle gegenüber den vielen ätzend-traurigen Vorgängen in „der“ Welt (Abschlachterei von Menschen in Ex-Jugoslawien, Metzelleien in Ruanda und Burundi, Terroranschläge, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Fundamentalismus, etc.). Die Gewalt im TV nimmt zu, im Alltag scheint es ebenso. Die Instrumentalisierung des Menschen in allen möglichen und bislang unmöglichen Formen wird präsentiert - so, als würde die kapitalistische Erniedrigung und Instrumentalisierung nochmals präsentiert und ausgelebt werden müssen - und sei es auf der Mattscheibe (per Fernbedienung) unter „eigener Regie“.

Eine ungeheure Dynamik ist spürbar.¹ Ängste und Bedrohungsgefühle steigen, einige Intellektuelle verbalisieren dieses Anschwellen des „Bocksgeangs“ mystifizierend und verquer, in regressiv und reaktionärer, also emanzipationsfeindlicher Weise - aber: das dort zum Vorschein Kommende ist existent und muß (vgl. Psychoanalyse!) als wirkungsmächtige Befindlichkeit (und als Verhaltensdisposition) ernst genommen werden.²

Vor diesem Hintergrund ist nicht verwunderlich, daß trotz Beendigung des Kalten Krieges allenthalben aufgerüstet

wird: geistig, körperlich und technisch. Aber nicht nur Keulen, Euro-Fighter, schnelle Eingreiftruppen und Haßparolen haben Konjunktur. Darüber hinaus besteht allem Anschein nach ein enormer (und kommerzialisierbarer) Bedarf an privater „Aufrüstung“ und Stärkung: religiöse Sekten, Jugendkulte, Horoskope und Astrologie, Re-Inkarnation, zahllose Therapien, Tantra-Kurse, SM, Alkohol und andere Drogen, Fernreisen („kleine Fluchten“), etc. sind im Kurs; und auch beim Extremklettern und Bungee-Springen kann man (frau) die eigenen Grenzen und Potentiale selbst erfahren.³ Die häufigsten Verhaltensweisen sind tendenziell unreif, infantil, instrumentalistisch, entfremdet, fremdbestimmt, modisch-außengeleitet und haben daher auch gesellschaftlich eher destruktive Effekte. Der Gramscianische „Stellungskrieg“ hat heute unerwartet vielgestaltige private Formen angenommen, die gesellschaftlich jedoch meist nicht weiterführen; die Menschen rotieren derzeit wie in Hamsterrädern, ohne tatsächlichen Fortschritt.

Aufgrund dieser (z.T. alten) Phänomene ist die kapitalistische Entwicklung mit dem Begriff der „creative destruction“ (Schumpeter) heute weniger denn je zu charakterisieren; zu destruktiv sind Sozialabbau, die Form der technologischen Entwicklung, Arbeitslosigkeit: Die psychosoziale Bilanz sähe erschreckend aus. Aber leider gibt es für die menschenverachtenden Effekte des Systems keine eindrucksvollen „Bilanzen“.⁴

Zugleich ist seit längerem eine Flucht aus Großorganisationen, eine starke Parteiverdrossenheit und ein „Rückzug ins Private“ zu verzeichnen. Dieser voranschreitende „Individualisierungsschub“ ist auch in anderen hochkapitalisierten Gesellschaften festzustellen und scheint daher ein Charakteristikum für den Übergang zum Post-Fordismus zu sein.⁵ Und damit müssen sich die Linken - obwohl und weil sie Teil davon sind - befassen.

Besondere Brisanz erhält diese Aufgabe wegen der (glücklicherweise fragilen) Fähigkeit der Rechten, die Unzu-

* Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler in Berlin.

friedenheiten und Defizite dieser Art von Effekten kapitalistischer Modernisierung aufzunehmen und zu artikulieren, zu kanalisieren und entlang ihrer Ideologie umzusetzen. Makabererweise sind es heute die Rechten, die als (nicht nur anti-modernistische!) Retter vor abstrakten Machtapparaten und anonymen Systemen erscheinen; der „Bock“ frißt Kreide und verkauft sich mit viel Medienpomp als „Gärtner“. Eindrucksvolle Beispiele jüngster Art sind die Entwicklungen in den USA oder in Italien. Wirkliche Lösungen bieten die Konservativen nicht an, aber trotzdem ist die Linke einflußlos. An Hegemonie ist nicht zu denken, Radikalprogramme sind nicht wahrnehmbar, linke Defensive und Rechtsneigungen sind an der Tagesordnung.

Distanzen zu den Subjekten

In den achtziger Jahren, als wir JU-SOs in (und durch) Jugendkampagnen arbeiteten, wurde klar, wie groß die Kluft zwischen politisch aktiven und

„normalen“ Jugendlichen geworden war. Gleiches gilt für die „Erwachsenenwelt“. Klar ist jedenfalls, wie enorm voraussetzungsvoll eine bewußte, reflektierte, (selbst-)kritische und systemüberwindende politische Arbeit ist, wieviel da von jedem und jeder Einzelnen verlangt ist, welche Haltung dazu vonnöten ist: vielfältigen Zwängen und Verlockungen zu widerstehen oder in bestimmten Zeiten nachzugeben, Prinzipientreue plus Pragmatik, Komplexität und zugleich Verständlichkeit, etc. Daß immer wieder mal Leute keine Lust und Kraft mehr spüren, „gegen den Strom“ zu schwimmen und mitzuhelfen ihn umzuleiten, ist verständlich.

All dies weist auf zwei zentrale Probleme der Linken hin. Das erste: Sozialismus bedeutet bewußtes und aktives Leben, soziales und politisches Engagement — zugleich dominieren derzeit Politikverdrossenheit, Konsumhaltung, Egoismus, Ignoranz und Verdrängung/Zynismus. Das zweite: von Menschen, die sich im „schlechten“ Hier & Heute einrichten und damit mehr oder weniger gut zurecht kommen, wird eine al-

ternative und noch dazu utopische Lebensweise gefordert, ein Verlassen des sicheren Terrains, eine zusätzliche Anstrengung und Auseinandersetzung, dazu noch gemeinsam mit Anderen und dann auch noch gegen die Mächte des Status Quo.

Daraus ergibt sich: Ein unabdingbarer „Schlüssel“ für ein Weiter mit dem sozialistischen Projekt ist der „subjektive Faktor“: Meines Erachtens muß eine linke Systemkritik auch qualitative, psychische, kulturelle Aspekte enthalten und darf nicht nur die „harten“ und abstrakten Fakten (Arbeitslosigkeit, BSP, Staatsquote, etc.) benennen, sie muß vielmehr auf die Erlebnis- und Handlungsebene der Menschen herunterdeklinieren. Unabdingbar ist also ein Vorwärtsschritt zu einigen Themen der 68er: Radikalkritik an Alltag und Lebensweise im hiesigen Kapitalismus.⁶

Diesem Ansinnen und Handeln stehen mannigfaltige Hindernisse entgegen. So werden vom hiesigen System „dysfunktionale Elemente“ unterprivilegiert, werden oppositionelle Kräfte behindert, werden Alternativen desavouiert (aller-



dings gilt dies für eigentlich sämtliche sozialen Systeme). Die Kosten (Mühe und Aufwand) für oppositionelles Leben steigen. Daß dies so ist, daß also „Systemkonformität“ „belohnt“ wird, ist jedoch wiederum eine solch allgemeine Feststellung, daß sie die Widersprüchlichkeit der Realität nicht verdeutlicht. Und dies ist, nebenbei erwähnt, ein weiteres Manko linken Vorgehens: die Konstatierung von Weisheiten mit absolutem Anspruch. Dabei sind sie immerhin das Ergebnis mehr oder weniger langen Analysierens und eingehender Reflexion; dennoch werden sie repräsentiert in einer Weise, als wären es leichtverständliche Allgemeinplätze, als müßte sie jede/r sofort verstehen und akzeptieren. Die „Absender“ (also WIR) vergessen dabei oft allzu schnell, wieviel Mühe und Aufmerksamkeit sie selbst die Erlangung der einzelnen Erkenntnisse gekostet hat.

„Nicht left und right, nur light.“ (Volker Braun)

In einer Gesellschaft, in der die kurzfristige Bedürfnisbefriedigung (die „immediate satisfaction“ bzw. das Erwarten des „instant return“) kultiviert wird, erscheinen kollektive Aktivitäten immer mühevoller. Die kapitalistische Sozialisierung „produziert“ funktionale BürgerInnen, die ihre Bedürfnisse nach Lust, Spaß und Freude auf ganz spezifische, ausbeutbare und funktionale Weise befriedigen. Diese Tendenz ist wichtiger Bestandteil jener „inneren Landnahme“ (Detlev Ipsen, Burkart Lutz) und jener „sozialen Rationalisierung“ (Gert Schmidt), mit der die (um im Jargon von Habermas zu sprechen) „Systemwelt“ die „Lebenswelt“ vereinnahmt. Instrumentelles Denken und eine bestimmte Art von Rationalität werden gefördert und gefordert. Es entwickelt sich bei uns langsam das, was Gert Raethel vor Jahren über die US-Kultur ausgedrückt hat: ein im Vergleich zu anderen Kulturen distanzierter Objektbezug, also ein „cooles“/fremdes Verhältnis zu anderen Menschen und Dingen.⁷

In all dem spielen die Massenmedien eine zentrale Rolle. Beispielsweise lenken sie (meistens) von Problemen und Themen ab statt hin, personalisieren und übersimplifizieren, sind die Agenda-Setter. In der Neonazi-Renaissance wird für Einzeltäter und kleine Gruppen (wohl nicht immer unintendiert) eine unheilvol-

le Publizität geschaffen, so daß Identifikationsmöglichkeiten oder zumindest Orientierungsmaterial geboten wird. Herausfordernde Diskurse und medien-gerechte Bilder sind im Angebot. Nichts dergleichen gibt es über linke Gruppen und Individuen. Die Linke wird nicht wahrnehmbar, erscheint nicht als „Mensch wie Du und ich“, ist kein Nachbar.

Eine geläufige Message im TV ist: schau Dir diese Politiker, diese Eliten, diese Intellektuellen und die Ausländer an, wie die sind, ätzend, da bleib doch lieber vor mir hocken und „glotz TV“.

Eine geläufige Message im TV ist: schau Dir diese Politiker, diese Eliten, diese Intellektuellen und die Ausländer an, wie die sind, ätzend, da bleib doch lieber vor mir hocken und „glotz TV“. Die undifferenzierte und vulgärpopulistische Demontage von Autoritäten kann eigentlich nur von „Superstars“ oder einem „Batman“ wiedergutmacht werden... Und selbst ohne direkte konservative Message dürfte die Wirkung der Medien eher „rechts“ sein; z. B. sagte der deutsche Filmemacher Wim Wenders einmal sinngemäß: „Jeder Film ist politisch. Und gerade diejenigen Filme, von denen behauptet wird, sie seien nicht politisch sind politisch, denn sie sagen mit jeder Einstellung, mit jedem Bild: die Welt ist so wie sie ist und ist nicht zu verändern und braucht auch nicht verändert zu werden.“

Beim Wettlauf um die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit müssen Linke es neben dieser Art von Konservatismus mit der Professionalität und den Ressourcen der kommerziellen Interessen aufnehmen („Wettbewerbskonkurrenz“): Mit den breit lachenden Star-gesichtern und knackigen Frauen- oder Männerkörpern wollen und können wir wohl nicht mithalten. Die von der Werbung kreierten Szenarien, Klischees und Begriffe bieten in subtiler Weise mannigfache Angebote für systemkonforme Äußerungs- und Verkehrsformen, Moden, Stile und Identifikationen.

„Natürli san die Sozis an allem schuld.

Aber wer is nacha an die Sozis schuld?“

In unserer Gesellschaft ist es einfacher, spezifische (systemneutrale oder -stabilisierende) Handlungsmuster „zu wählen“ und durchzuhalten, als andere, systemüberschreitende. Es ergibt sich sozusagen eine Hierarchie von Verhaltensmöglichkeiten, eine Art schiefe Ebene. Zudem werden viele Leute aufgesaugt in die herrschende(n), relativ systemstabilisierende(n) Kultur(en); Kooptation und Integration sorgen für eine schrecklich glückselige Ruhe und Ordnung.

Umfassender betrachtet ist dies Teil einer Politik, die den aufbrechenden Problemen und Konflikten rückwärts-gewandte oder hindernde Wege weist, einer „passiven Revolution“.⁸ Der Keynesianismus ist wohl ein wichtiges Beispiel dafür, denn er war ein nur system-immanenter Versuch der Reformierung und Stabilisierung der Gesellschaftsformation. Auch heute wird der ökonomische Verteilungsspielraum kleiner, und bei dem Versuch, den Wachstumsmotor zu beschleunigen, fungiert die Scharpingsche SPD als „sozialpatriotische Wirtschaftsförderpartei“ (Ralf Krämer in spw 80).

Der Opportunismus sozialdemokratischer Parteien ist der prinzipiellen Ambivalenz aller Politik und allen Verhaltens im Kapitalismus geschuldet: Jede Reform verbessert die momentane Lage für Einige. Das reduziert den Problem- und Reformdruck und stabilisiert zugleich das System weiter.⁹ Auf dem anderen Pol des „linken“ Spektrums befinden sich die zentralistisch-autoritären Varianten linker Strategie, besonders extrem der Stalinismus. Eines der folgenreichsten Defizite „des“ Stalinismus war wohl die mechanistische Kurzschließung der allgemeinen und konkreten, der gesellschaftlichen und individuellen Ebenen. Überhastet und unangemessen wurden spezifische Phänomene unter eherne Gesetze gefaßt. Die meisten Menschen konnten und können sich in solchen mechanistischen und simplizistischen „Erklärungs“ansätzen und Deutungsmustern nicht wirklich wiederfinden. Und manche einfachen Parolen sind vom politischen Gegner kolportiert und als Feindbild gegen das sozialisti-

sche Projekt insgesamt gewendet worden. Die Ästhetik und Architektur des Gesamtsystems (letztlich der Machterhalt

einer Elite, und nicht etwa die Vielfalt der menschlichen Lebensumstände und -erfahrungen) spielte im Stalinismus die zentrale Rolle, artikuliert durch „die“ Partei auf der Spitze des FeldHERRENHÜGELS. Andererseits ist die Schwierigkeit, das Komplexe und Ambivalente auszudrücken, kommunizierbar und damit kritisierbar zu machen, sehr real. Das aber muß die Linke beachten: die monolithisch klingenden Worte und Thesen herunterdeklinieren. Eine Art von „Dekonstruktivismus“ ist nötig, wie dies Uwe Kremer kürzlich angedeutet hat (in SPW 80), denn schließlich ist die Fragwürdigkeit großer Begriffe und Klischees nach 1989 offenkundiger denn je. Eine der wichtigsten Herausforderungen für anspruchsvolle und effektive linke Politik heute besteht in der verdeutlichenden Verbindung vom Allgemeinen (Theorie, Geschichte) zum Besonderen (Praxis, Alltag). Es geht um die Bewegung „vom Abstrakten zum Konkreten“ (Marx). Diese von Linken zu leistende „Vermittlung“ setzt erstmal ein Bewußtsein voraus, daß diese (mindestens) zwei Ebenen vorliegen und berücksichtigt werden müssen. Mensch benötigt dafür sowohl Sensibilität, Einfühlungsvermögen, Kraft zur Aufmerksamkeit, Interesse am Thema und am Menschen als auch Kenntnisse über das Allgemeine, Geschichte, Theorien, Lage in anderen Ländern und die Fähigkeit zum Erkennen von Zusammenhängen.¹⁰ Es gilt demnach, Geschichtsbewußtsein, Theoriekenntnisse und Praxiserfahrung mit Handlungsorientierung zu verbinden. Nicht nur an dieser anspruchsvollen Verknüpfung mangelt es der Linken noch zu oft, sondern auch an der Einsicht in die Notwendigkeit, „vom Individuum aus zu denken, wahrzunehmen und zu verstehen“. Es gilt ganzheitlicher als bisher zu agieren und die Gesamtpersönlichkeit (die eigene und die des Gegenübers) einzubeziehen, also Ratio und Emotio. Betroffenheiten durch gesellschaftliche Strukturen und Krisen müssen in ihrer Gesamtheit und Vielfalt erkannt werden, mit ihren diversen und oft widersprüchlichen Ausdrucksformen und Reaktionsmustern - und zwar nicht etwa aus intellektuellem Selbstzweck oder aus sozialarbeiterischer Attitüde, sondern um progressive Potentiale (oder was Uwe Kremer „sozialistische Potentiale“ bzw.

„Elemente“ nennt, vgl. SPW 80) zu erkennen, „zusammenzudenken und zusammenzuführen“ mit linken Ansätzen und für das sozialistische Projekt zu nutzen. Dabei kann wohl vor allem von den Erfahrungen der Frauenbewegung (persönliche Emanzipation im gesellschaftlichen Kontext) gelernt werden.

Konstruktive Anknüpfungspunkte, „den“ subjektiven Faktor in einen umfassenderen theoretischen Zusammenhang zu stellen, bietet die „Regulationschule“ bzw. Fordismustheorie¹¹. Das ist m.E. der wohl weitreichendste und konstruktivste Versuch, die Vielfalt der auf kapitalistischer Basis funktionierenden Gesellschaften und deren Krisen theoretisch zu fassen und die Wechselwirkung und komplexe Vermittlung zwischen Basis und Überbau in einer angemessenen Denkweise handhabbar zu machen.

Zugespitzt formuliert sollte der Kern einer antikapitalistischen Kritik das Individuum sein, d. h. Maßstab müssen die Menschen sein, und zwar sowohl die hiesigen und heutigen als auch diejenigen in anderen Ländern und künftige Generationen. Wir erleben ja selbst, daß die Kapitalakkumulation in der BRD trotz aller Krisen prima funktioniert, daß diese ökonomische Maschinerie aber immer mehr Menschen verschleißt und andere ausschließt. Und gerade dieser Moloch wird für die Konservativen und Wirtschaftsliberalen zu einem Heiligtum und entfernt sich gerade während der Krise

Es geht um Menschen in der Krise des Fordismus - Gefahren/Risiken und Chancen für linke Politik, um die „weichen“ Voraussetzungen systemüberwindender sozialistischer Politik.

immer mehr bzw. offensichtlicher von den Bedürfnissen der Menschen. Ökonomie (vom Alltag bis zur Globalebene) muß deutlich zu einem gesellschaftlichen Instrument werden, das Ökonomische muß politisiert werden.

In den meisten aktuellen Debatten fehlt eine zentrale und wesentliche Kategorie Marxscher Kapitalismuskritik fast völlig - gerade so, als hätten wir uns mit der gezüchteten, kapitalistischen „zweiten Natur“ des Menschen abzufin-

den: „Entfremdung“. Der Begriff taucht trotz des eingangs skizzierten Bedarfs bei uns kaum auf! Wie läßt sich diese Blindheit erklären? Haben sich die Linken schon zu sehr von „den Normalbürgern“ entfernt, in „aristokratische“ Nischen¹² zurückgezogen? Oder liegt es „nur“ daran, daß Entfremdung so schwer zu fassen, in gewisser Weise auch „Geschmackssache“ ist? Eine Teilerklärung für die Ignoranz gegenüber „Individuum“ und „Entfremdung“ liegt wohl darin, daß heute kaum noch Institutionen oder Zusammenhänge existieren, die solche Kategorien politisch verwenden. Die proletarischen Milieus, die sozialistischen Vorfelddorganisationen, das parapolitische Terrain sind nach 1933 weitgehend verschwunden. Während in der heutigen Zivilgesellschaft der atomisierte Individualismus kultiviert wird, verdampfen die vielfältigen Mikrokulturen (Szene-Boom) unter dem Grill des freien Marktes zu immer neuen Mixturen.

„Wir müssen stark werden, ohne je unsere Zärtlichkeit zu verlieren.“ (Che Guevara)

Es käme darauf an, sozialistische Verhaltensweisen medial und institutionell zu unterstützen und zu erweitern. Wobei mir gerade auffällt, daß eigentlich recht unklar ist, was eigentlich Elemente einer sozialistischen Lebensweise sein könnten oder sollten. Dazu gehört sicherlich viel. Sozialismus bedeutet bewußtes Erleben und Umgehen in/mit Gesellschaft (inkl. Geschichte und anderen Kulturen) und mit sich selbst und den Beziehungen (inklusive Ökologie und gesunder Ernährungsweise), also mit ihrer/seiner persönlichen und sozialen Lebensweise.¹³ Für all das ist eine sehr voraussetzungsvolle Haltung erforderlich, in dem Sinne, daß es die Arbeit an spezifischen Feldern und Ebenen und an sich selbst bedeutet.¹⁴

Nun besteht angesichts solcher Aufgabenfülle die Gefahr der inhaltlichen Überfrachtung und individuellen Überforderung. So wurde in einer kürzlichen Reflexion über die Lage der Linken vor allzu hehren Ansprüchen gewarnt: „Die Welt vermag die Last von so viel Heiligkeit nicht zu tragen.“¹⁵ Tatsächlich sind die permanenten Frustrationen aufgrund von politischen Erfolglosigkeiten oder Mißerfolgen (aber: welches ist der Maß-

stab für linke „Erfolge“) ein nicht zu unterschätzender Faktor für die anhaltende „Fahnenflucht“ ehemals Linker.

Doch „billiger“ ist eine höher entwickelte Gesellschaft wohl nicht zu „haben“. Und die Perspektiven für linke Politik sind nicht nur düster: Die Streitereien über Political Correctness, startend vor einigen Jahren in den USA, zeigen m.E., daß die linken und progressiv-oppositionellen Kräfte doch schon etwas erreicht und neue Standards etabliert haben (Sozialstaat, Einflüsse von linken Nichtregierungsorganisationen, Frauengleichstellung, etc.). Nun mobi-

lisieren also die Rechten gegen diese Ansätze anderer Denk- und Lebensweise. Zugleich scheint die Bereitschaft zu anderem Leben und neuem Handeln weiter verbreitet zu sein als angenommen: Das Bewußtsein über die ökologischen und sozialen Sackgassen wird von vielen Menschen geteilt - allein es fehlt die Verknüpfung mit politischer Artikulation. Und darin steckt die Notwendigkeit und Chance, eine antikapitalistische Hegemonie aufzubauen.

Die organisatorischen Formen solcher Hegemonie werden - das zeichnet sich bereits ab - lockerer und temporä-

rer sein als die traditionellen. Neben einigen stabilen und großen Organisationen wird es eine Vielzahl kleiner Gruppen und Initiativen geben, auf deren projektorientierte Vernetzung (entlang auszuhandelnder Prinzipien, Werte, Strategien und Taktiken) es ankommen wird. Die „Regenbogenkoalition“ in den USA könnte dafür ein Orientierungsmodell sein. In der neueren Forschung über die Zukunft Neuer Sozialer Bewegungen wird prognostiziert, daß sich zunehmend Netzwerke herausbilden, die von mobilen Akteuren ergänzt werden.¹⁶

„Es gibt nichts Überzeugenderes als das eigene Beispiel, um eine Idee auszudrücken oder zu verteidigen.“
(Ernesto Che Guevara)

Linker Politik mangelt es an Attraktivität; Vertrauen in Kompetenz, Kraft und Willen der Linken fehlt. Ein erster wichtiger Schritt dahin könnte darin liegen, adäquate Empörung zu zeigen und punktuell so etwas wie Wut zum Ausdruck bringen über heutige Probleme. Es wäre Betroffenheit zu artikulieren über einige wesentliche Zumutungen des Systems und seiner führenden „Charaktermasken“ (Marx). Denn auffallend ist immer mehr die eklatante Kluft zwischen der Kraßheit der realen Probleme einerseits und den meist lauen Artikulationsformen und -mitteln (Symbole, Begriffe etc.). Damit zusammenhängend käme es darauf an, die aktuellen Probleme nachvollziehbar auf die grundlegenden Widersprüche des hiesigen/heutigen Kapitalismus zu beziehen und eine entsprechend fundamentale Alternative einzufordern und aufzuzeigen.

Ich möchte also plädieren für eine Ergänzung unserer abstrakt-theoretischen Denkarbeit und unseres rationalen Denkens und Analysierens durch eine Berücksichtigung des Individuums und emotionaler Aspekte gesellschaftlicher Realität und Veränderung.¹⁷ Die Thematik ist natürlich nicht neu, spielte immer wieder mal eine Rolle, sollte aber wieder angerissen und erörtert und bei der Arbeit berücksichtigt werden.

Ein erster Schritt, die Kluft zwischen Linken und „Normalos“ zu verkleinern wäre z.B., die „Anderen“ einmal besser ins Erkenntnisvisier zu nehmen, ihre

Kopf bewahren.

Jeden Monat Analysen und Alternativen, Kommentare und Berichte, Wirtschafts- und Umweltinformation, Chronik und Dokumente der Zeit.
128 Seiten Zeitgeschehen und Politik pur.

Im Abonnement zum Preis von 9,15 DM (ermäßigt 7,15 DM) monatlich. Und wenn Sie einen Abonnenten werben oder ein Abo verschenken, schenken wir Ihnen ein Buch oder eine CD (die Prämienliste gibts auf Anfrage beim Verlag).

Kennenlernschein:

Ich bestelle:

- ein Abonnement (109,80 jährlich).
 ein ermäßigtes Abo (85,80 jährlich).
 ein Probeabonnement
 (die nächsten beiden Ausgaben für zusammen 19 DM).
 ein kostenloses älteres Probeheft.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

spw995

Blätter für deutsche und internationale Politik



Einsenden an die Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 2831, 53018 Bonn,
Telefon: 0228/650133 Fax: 0228/650251

Befindlichkeiten zu entziffern. Es geht um Menschen in der Krise des Fordismus - Gefahren/Risiken und Chancen für linke Politik, um die „weichen“ Voraussetzungen systemüberwindender sozialistischer Politik.

Nicht zuletzt wegen der zunehmenden Globalisierung gewinnt dies akute Brisanz; denn nur durch die Betonung individueller Betroffenheiten und Interessen plus ihrer Kontexte lassen sich die aufkommenden Feindbilder bzgl. Islam, Migration, Sozialdumping, Niedriglohnkonkurrenz minimieren oder gar für antikapitalistische Strategie nutzen. Erkennbarer wird dadurch nämlich die Herrschaft kapitalistischer Prinzipien und Strukturen allüberall. Denn: „Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern sondern zwischen oben und unten.“ Gerade bei Betrachtung der „sozialen Frage im internationalen Maßstab“ wird deutlich (auch für Nicht-Linke): „Die Linke hat ihren Weg nicht beendet, sondern gerade erst begonnen.“¹⁸

„Soviel Anfang war nie.“ (Ernst Bloch)

Um es abschließend „auf den Punkt zu bringen“: Die Entfaltung und Expansion des kapitalistischen Molochs hat eine anwachsende Entfremdung zur Folge. Dennoch wird von den BürgerInnen - wie diffus und in welchen Nischen auch immer - das „menschliche Maß“ eingefordert; Sicherheit, Orientierung und Sinn durch/in Kirchen und Sekten, Therapien und Computerspiele, Konsum und Selbsterfahrungskurse, etc. pp. Der darin zum Ausdruck kommende Bedarf an Selbstvergewisserung, Sinnerfüllung, Faulheit, Bedürfnisbefriedigung und Emanzipation muß von uns wichtig genommen, aufgegriffen und in unsere Strategien eingearbeitet werden. Dieser „subjektbezogene Ansatz“ muß klassen- und geschlechterbezogene Politik ergänzen (und in gewisser Weise zivilisieren/kultivieren).

Und das kann nur geschehen, wenn wir Vernunft und Gefühl, Analyse und Intuition, Struktur und Handlung, Kontext und Mensch wahrnehmen und in unseren Strategien zur Wirkung kommen lassen. In diesem Beitrag habe ich von den Problemen der Individuen im „schlechten Hier & Jetzt“ geschrieben. Wohin aber wollen „die“ Leute, welches sind ihre („wahren und falschen“) Bedürfnisse, wieviel sind sie für deren

Erfüllung/Befriedigung zu tun bereit? Das wird konkret auszuloten sein. Vielleicht könnte jedoch hin und wieder ein Funke sozialistischer Utopie im Alltag und in unserem Reden und Handeln die Lust am Sozialismus stärken, immer mehr Menschen an diesem größten Projekt der Geschichte beteiligen und uns ihm dadurch näherbringen.

¹ Eingefangen werden solch diffuse Sachen ziemlich gut von Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, Klaus Theweleit: Das Land, das Ausland heißt, 1995, oder Lloyd deMause (für die USA): Grundlagen der Psychohistorie, 1989.

² Nicht nur Botho Strauß' „Anschwellender Bocksgesang“, in: Der Spiegel 6/1993, S. 202-207, sondern auch die Konjunkturen von Ernst Jünger und Carl Schmitt und die Aktivitäten einer intellektuellen rechtsextremen Gazette wie der „Jungen Freiheit“ zeigen, daß es neben den prügeln und direkt-zerstörerischen NeoNazis und Rassisten völlig andere, elegantere Ebenen, „Verarbeitungsformen“ und Strategien rechtskonservativer Denkmuster gibt, denen viele mangels deutlicher Linksalternativen auf den Leim gehen.

³ Der konservative Soziologe Helmut Klages hat in einigen Veröffentlichungen den Versuch unternommen, die unterschiedlichen Reaktionsweisen in eine Typologie zu unterteilen und bestimmten Bevölkerungsgruppen zuzuordnen.

⁴ Es ist schade, daß es neben Konzern- oder Ökobilanzen keine adäquaten Zusammenfassungen oder Materialien gibt, in denen die psychosoziale oder kulturelle Misere zum Ausdruck kommen würde.

⁵ Vgl. z.B. Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.): Riskante Freiheiten, oder Klaus Dörre: Risikokapitalismus. Indem die Menschen die Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse internalisieren, die Komplexität also auch 'innen/individuell' abgebildet und sedimentiert wird, ergibt sich für die Individuen tendenziell eine Überforderung, denn es muß ja über die zahlreichen Optionen und Zwänge entschieden werden.

⁶ Vgl. dazu Marcuse, Dutschke, Henri Lefebvre, feministische Autorinnen, Kritische Psychologie, und Erich Fromm: Das Menschenbild bei Marx, 1961 etc.

⁷ vgl. Helmut Lethen: Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen (1994).

⁸ Gramsci verstand darunter folgendes: „Durch die legislative Intervention des Staates und durch die korporative Organisation werden in die ökonomische Struktur des Landes mehr oder weniger tiefgreifende Modifikationen eingeführt, die die Elemente der 'Planung der Produktion', der Vergesellschaftung und der Kooperation in der Produktion fördern sollen, ohne dadurch die individuelle oder kollektive Aneignung des Profits zu berühren.“ Zitiert in: Frank Deppe: Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, 1987, S. 434. Als Beispiel führte Gramsci den New Deal von Franklin D. Roosevelt in den USA während der 30er Jahre an.

⁹ Vgl. die Debatte zwischen Luxemburg und Bernstein bzgl. Reform und Revolution.

¹⁰ Manche Kleingeister haben versucht, zwischen Marx' Frühschriften und seinem Alterswerk (z.B. „Das Kapital“) einen Widerspruch zu interpretieren. Aber beide „Phasen“ müssen - sollen sie emanzipatorisch verstanden werden - zusammen gesehen werden: vom Menschen bis hin zu den Wesensmerkmalen der Kapitalakkumulation ist die kapitalistische Totalität gespannt - und dementsprechend um-

fassend und überall adäquat zu bekämpfen. Das Denken in solch modernen Kategorien beginnt mit Gramscis Schrift von 1932 über den „Amerikanismus und Fordismus“ und wird von Autoren wie A. Lipietz, Mike Davis: Phoenix im Sturzflug, 1986, Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, 1986, weitergeführt.

¹¹ „Kann es sein, daß die Linke aristokratisch ist? Daß sie weder die Kraft noch die Fähigkeit hat, sich den Leuten noch begrifflich zu machen?“ Das fragt ein italienischer Candido im Buch von Giovanni Russo mit dem Titel: „Warum hat die Linke Berlusconi gewählt?“ Russo läßt den Philosophen Pangloss antworten: „Die Linke hat in ihrer idealistischen Tradition den Normalbürger und den gesunden Menschenverstand als ein kleinbürgerliches Phänomen mißachtet.“ Klaus Hartung: „Befreit vom schwarzen Ritter“, Die Zeit Nr.8 vom 17.2.1995, S. 16

¹² Che Guevara: „(E)inerseits wirkt die Gesellschaft durch die unmittelbare und mittelbare Erziehung, auf der anderen Seite unterwirft sich das Individuum einer bewußten Selbsterziehung“ (März 1965). Die Verbindung und das In-Beziehung-Setzen von Individuum und Gesellschaft ist Wesensmerkmal solch hervorragender Literatur wie derjenigen von Robert Musil, Bert Brecht, Christa Wolf, Uwe Johnson; letztlich steckt dahinter nicht weniger als die Frage bzw. das Problem der Möglichkeit und der Praxis einer „Ästhetik des Widerstands“ - nicht von ungefähr hatte Peter Weiss (zurecht) bei Linken einen solchen Erfolg! Den vereinzelt Menschen in seinem Kontext sehen und thematisieren „macht Spaß“, weil es Optionen aufzeigt, das Gewordensein und Werden.

¹³ „Hinter der Trägheit des Denkens, das die Anstrengung scheut, sich kundig zu machen, steht immer auch die Trägheit des Herzens, das allgemeine Des-Engagement, das sich aus dem Arrangement mit der Unterdrückung ergibt und zugleich Ausdruck der eigenen Entfremdung, des Verzichts auf die Menschlichkeit der Lebensbedingungen ist, die sich nur unter Berücksichtigung der Entwicklungsinteressen aller verwirklichen läßt.“ (Ute Holzkamp-Osterkamp).

¹⁴ Ernest Gellner in Merkur, Heft 552. Auch „die“ Autonomen resümieren diesbezüglich in ihrem Kongreß-Reader (April 1995): „Die grenzenlose Radikalität des politischen Anspruchs schlägt auf jede Konkretisierung eigener Zielvorstellungen zurück. Die einzige Möglichkeit, daß wir der vernichtenden Wirkung der selbstaufgestellten kritischen Maßstäbe entgehen konnten, war die, uns selbst möglichst nicht festzulegen.“ (...) „Die Alternative zur Revolution war in unseren Köpfen aber immer der Reformismus, das Kitten des Systems. So haben wir uns durch die Unfähigkeit, gleichzeitig prozeßhaft und revolutionär zu denken, in eine Blockade hineinmanövriert und sie durch die Sprachregelung vernebelt, daß die Ziele sich halt in den Kämpfen und aus den Kämpfen heraus selbst formulieren. Das stimmt zwar (...), aber nur dann, wenn es auch umgekehrt gilt: Die Kämpfe entfalten sich an der Hoffnung auf Veränderung, d.h. im Hinblick auf konkrete Ziele.“ (S.22)

¹⁵ Vgl. z.B. neue Texte von Dieter Rucht vom WZB Berlin.

¹⁶ Hier sei erwähnt, daß in den letzten Jahren „Emotionen“ und „Gefühle“ in den Gesellschaftswissenschaften zunehmende Aufmerksamkeit und Bedeutung erfahren haben. Völlig zurecht, denn ohne das könnten solche Phänomene wie Nationalismus, Rassismus, Faschismus etc. kaum ausreichend erklärt werden.

¹⁷ Noberto Bobbio: „Rechts und Links. Zum Sinn einer politischen Unterscheidung“; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/94, S.549.

Eckpunkte einer europäischen Friedens- und Sicherheitsstruktur

Thesen anlässlich einer Tagung der Berliner SPD zur europäischen Ostpolitik

von Frank Unger und Andreas Wehr*

Am 6. Mai 1995 veranstaltete der Fachausschuss für europäische und internationale Politik der SPD Berlin seine zweite Konferenz zur Europa- und Ostpolitik. Wie bereits die erste, die im Juni 1994 noch mit nahezu ausschließlich nationaler Beteiligung durchgeführt worden war, fand auch die diesjährige Konferenz, diesmal mit internationaler Beteiligung, wieder in den Räumen des Berliner Abgeordnetenhauses (ehemals Preußischer Landtag) statt. Als ausländische Referenten geladen waren der Vorsitzende des Bündnisses der Demokratischen Linken Polens und inzwischen ihr Präsidentschaftskandidat, Aleksander Kwasniewski, der ehemalige Botschafter der CSFR in Rom, Jiri Holub sowie der Direktor des Instituts für hellenische Studien in Piräus, Elias Philippides. Auf deutscher Seite referierten und diskutierten - unter der moderierenden Leitung von Ewald Böhlke und Andreas Wehr - Horst Grabert, Gernot Erler, Magdalene Hoff und Frank Unger.

Die Konferenz hatte zwei Schwerpunkte: der erste war die Zukunft der Europäischen Union, der zweite die Frage nach einem umfassenden europäischen Sicherheitssystem. Folgerichtig drehten sich die Diskussionen in erster Linie um die konkreten Fragen einer Osterweiterung von EU und/oder NATO sowie insbesondere um die Politik Deutschlands gegenüber Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der GUS. Die Initiatoren der Tagung vertreten dabei folgende Positionen:

Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und die GUS

1) Es gibt speziell in Deutschland ein verabsolutierendes Verständnis vom

* Frank Unger, Privatdozent an der FU Berlin, Andreas Wehr, Mitglied des Landesvorstands und Vorsitzender des Fachausschusses für europäische und internationale Politik der SPD Berlin

„Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das jenes als völkerrechtlich höchsten Wert ansieht und sofort bereitsteht, jeden irgendwo geäußerten Wunsch nach „Unabhängigkeit“ eines Volkes gleich auf das Niveau unveräußerlichen Menschenrechts zu erheben, wobei die Frage, was denn eigentlich genau ein „Volk“ sei, vor der moralischen Dring-

Eine Erweiterung der EU nach Osten ist geboten, auch wenn die kurzfristige Kostenrechnung es zu verbieten scheint. Von einer Osterweiterung der NATO hingegen ist in jedem Fall Abstand zu nehmen.

lichkeit der „Selbstbestimmung“ belanglos erscheint. *Sieht man aber näher hin, gilt dieser Eifer nur für die Länder des ehemaligen Ostblocks, die zurückgekehrte Peripherie des entwickelten Westens.* In effektive Realpolitik übersetzt, ergibt sich daraus das durchaus neoimperiale Verständnis einer europäischen Ordnung, das für die (westeuropäische) Metropole politisch-ökonomische Integration und großräumiges Regieren als unerlässlich postuliert, für die (osteuropäische) Peripherie aber dagegen organisatorisch-staatliches Chaos und den Zusammenbruch zentralisierender Strukturen gern in Kauf nimmt.

2) Im besonderen Maße gilt das für die Länder der ehemaligen Sowjetunion und alle dortigen Versuche, auf neuer Basis zu einer Einheit zu kommen. *Eine enge Zusammenarbeit unter dem Dach der GUS entspricht aber langfristig auch den Friedens- und Sicherheitsinteressen der Europäer und insbesondere der Deutschen.* Ähnliches gilt für die wirtschaftlichen Interessen. Immerhin hat

der GUS-Bereich einen höheren Grad ökonomischer Vernetzung erreicht, als selbst die Kernländer der EU ihn bis heute haben. Was die sicherheitspolitische Situation betrifft, so liegt auch hier eine Wiederherstellung verlässlicher und handlungsfähiger politisch-militärischer Strukturen für das Gesamtgebiet der GUS durchaus in unserem Interesse.

Zwei politisch-ökonomische Ordnungsräume

3) Die Entwicklung in unserer Hemisphäre wird mittelfristig mit großer Wahrscheinlichkeit darauf hinauslaufen, daß sich zwei politisch-ökonomische Ordnungsräume herausbilden werden: Auf der eine Seite die Europäische Union in neu definierter und erweiterter Form, einschließlich der Visegrad-Länder Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn und der Balkanstaaten, letztere möglicherweise in Form einer assoziierten südosteuropäischen Wirtschaftsunion - auf der anderen Seite der Großteil der Staaten der ehemaligen Sowjetunion, vereinigt in neuer Form als mehr oder weniger fest gefügter Staatenbund, wobei das Baltikum eine besondere Rolle spielen wird. Für die Zukunft der Welt überaus wichtig ist es, daß diese sich bildenden Ordnungsräume sich friedlich zueinander entwickeln und ihre Identität nicht in der antagonistischen Abgrenzung zum jeweils anderen verstehen.

4) Die gegenwärtige Debatte in Deutschland um „Maastricht II“ und um die Aufnahme neuer mittelosteuropäischer Mitglieder ist gekennzeichnet durch die rhetorische Verdrängung eines politischen Dilemmas: Wie kann man einerseits den beitriftsuchenden Ländern klarmachen, daß für ihre Aufnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt und zu gegenwärtigen Bedingungen mit Sicherheit keine Einstimmigkeit unter den EU-Mitgliedern zu erzielen sein wird, und wie kann man sich andererseits dem Aufnahmewunsch dieser Län-

der guten Gewissens verweigern, zumal dadurch auch die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer geopolitisch mit allerlei Unannehmlichkeiten verbundenen „Randlage“ befreit würde? Auch wenn die Westeuropäer dafür kurzfristig stärker als bisher finanziell belastet würden, so ist doch die solidarische Gestaltung des neuen Europa, das - ob wir das wollen oder nicht - heute praktisch schon da ist, nicht nur moralisch verpflichtend, sondern in unserem wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interesse. Dafür muß in Europa das Primat der Politik, das beim Aufbau der EU so selbstverständlich gewesen ist, auch heute wieder bewußt in Anspruch genommen werden. Das heißt, *eine Erweiterung der EU nach Osten ist geboten*, auch wenn die kurzfristige Kostenrechnung es zu verbieten scheint. Für uns wäre dies gewissermaßen (kurzfristiger) Altruismus zur Verfolgung des (mittelfristigen) Eigeninteresses.

Integration mit „verschiedenen Geschwindigkeiten“

5) Als Strategie für die Eingliederung der mittelosteuropäischen Staaten in die EU bietet sich der Gedanke der „verschiedenen Geschwindigkeiten“ an. Die verschiedenen Geschwindigkeiten wären allerdings nur sinnvoll als ein Ergebnis einstimmig beschlossener Verträge, keineswegs als ein „Europa à la carte“. Das Maastrichter Vorbild liefert dazu die ersten Instrumente: Warum soll, was für Großbritannien oder Dänemark möglich war, nämlich unter Sonderkonditionen Vollmitglied der Union zu sein, nicht auch z.B. für die Tschechische Republik oder Ungarn möglich werden? Die Schwierigkeiten einer Erweiterung der Union könnten gemildert werden, wenn sich schon jetzt die Ordnungsprinzipien der EU in Richtung der Bedürfnisse auch der potentiellen Neumitglieder entwickeln würden. So ist beispielsweise der Reformbedarf des Gemeinsamen Agrarmarktes aufgrund seiner Kosten, aber auch aufgrund der notwendigen Zugeständnisse bei der Gatt-Vereinbarung nicht mehr zu übersehen. Alleine diese Gatt-Bestimmungen führen dazu, daß die landwirtschaftlichen Produkte des Ostens bald eine ernsthafte Konkurrenz werden. Niemand kann daher bestreiten, daß die Agrarmarktord-

nung vor einer Erweiterung nach Osten grundlegend verändert werden muß.

6) Gleichzeitig muß unzweideutig klargemacht werden, daß die avisierten „verschiedenen Geschwindigkeiten“ nur vorübergehendes Mittel, nicht heimliche Fort - bzw. Festschreibung des Ist-Zustandes sein sollen. Seit dem Beginn der europäischen Moderne gibt es ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“. Die Jahre des Staatssozialismus haben diesem strukturellen Niveauunterschied bloß eine politische Rationalisierung und damit eine kanalisierte Bewegungsform gegeben, ihn als solchen aber kaum verkleinert. Die historische Aufgabe, vor der die europäische und damit auch die deutsche Politik heute steht, ist die schließliche Eliminierung dieser Entwicklungsunterschiede bzw. die Harmonisierung ihrer Folgen.

OSZE als gemeinsames sicherheitspolitisches Dach

7) Beim Eintreten für die Ausdehnung der EU nach Osten sollten wir uns aber stets gewärtig sein, daß unsere Hemisphäre jenseits der Ostgrenzen Polens, der Slowakei, Ungarns oder der Tschechischen Republik nicht zu Ende ist. Rußland und die Länder der GUS dürfen nicht das Gefühl bekommen, einer Politik herabblickender Ausgrenzung ausgesetzt zu sein. Deshalb ist es *nur unter der Voraussetzung eines zuvor zu schaffenden sicherheitspolitischen Daches für das Gesamtgebiet Amerika/Europa/GUS* vertretbar, daß sich in den mittelosteuropäischen Gebieten neue Loyalitäten und Zuordnungen herausbilden. Dies gilt auch für die Osterweiterung der EU. *Von einer Osterweiterung der NATO hingegen ist in jedem Fall Abstand zu nehmen.* Auch wenn einzelne mittelosteuropäische Länder diesen „Weg in den Westen“ für den kürzesten und einfachsten halten, sollte ihm doch entgegengetreten werden. Rußland und die GUS-Staaten sind zu Freundschaft und Kooperation bereit. Warum sollte man sie vor den Kopf stoßen, indem man demonstrativ ein kollektives Verteidigungssystem, das ursprünglich gegen die wirkliche und vermeintliche ideologisch-militärische Bedrohung der Sowjetunion gegründet wurde, nun, da

die Sowjetunion als Feind gar nicht mehr existiert, sogar noch verstärken will?

8) Als Vorbild und bereits existierender Rahmen für ein solches sicherheitspolitisches Dach bietet sich die OSZE an. Sie hatte seinerzeit die ausdrückliche Trennung von Sicherheit und politisch-weltanschaulichem System. Ihr Existenzgrund bestand in der gegenseitigen Übereinkunft der beiden politisch-weltanschaulichen Systeme in Europa, künftighin Sicherheit miteinander, nicht mehr nur gegen- bzw. voreinander gewährleisten zu wollen und sich dabei in die inneren Angelegenheiten der jeweils anderen Seite nicht einzumischen. In der Besinnung auf diese Tradition besteht die Chance und die legitime Aufgabe der OSZE auch in der Nach-Wendezeit. Die Transformationsprozesse in Osteuropa werden nicht so verlaufen, daß dort in absehbarer Zeit voll ausgebildete und institutionell unterbaute kapitalistische Marktwirtschaften und Regierungsformen westlich-demokratischer Prägung entstehen. Die dortigen Transformationsprozesse werden mit Sicherheit Wirtschaftsformen hervorbringen, die neben einem weiterhin sehr umfangreichen staatlichen Sektor in manchen Staaten auch bürokratisch-zentralistische Leitungsstrukturen aufweisen werden. Im Interesse der Stabilität in ganz Europa werden die westlichen Länder auch mit diesen Staaten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit suchen müssen.

Bücher zu Lateinamerika

Neuerscheinungen 1995

124 S., 5,- DM

(bitte vorab in Briefmarken)

Mehr als 250 Kurzrezensionen verschaffen einen kritischen Überblick über die Vielzahl der neu erschienenen deutschsprachigen Bücher zu und aus Lateinamerika. Besprochen werden:

Sachbücher zu Lateinamerika lateinamerikanische Belletristik

Dazu werden wichtige Titel zum "Nord-Süd-Verhältnis" vorgestellt. Der Band ergänzt das Gesamtverz. "Bücher zu Lateinamerika 1992" (280 S., 10 DM), die "Neuersch. 1993" (108 S., 4 DM) und die "Neuersch. 1994" (146 S., 5 DM).

(Alle 4 Bände: 20 DM inkl. Porto)

Der andere GmbH
Buchladen

Zülpicher Str. 197, 50937 Köln

Konturen konservativer Neuordnung Europas

von Joachim Schuster*

„Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes besteht nun eine historische Chance, die Zivilisierung der internationalen Politik voranzutreiben - zugleich aber auch die Gefahr einer Rückfalls in die Verhaltensweisen und Gesetzmäßigkeiten der alten, 'realistischen' Weltpolitik, wenn es nicht gelingt, die weltweiten innen-, regional- und weltpolitischen Strukturdefizite im Sinne einer Zivilisierung der Politik zu kompensieren und zu überwinden“ (Mauil 1992, S. 270). Läßt man die vergangenen fünf Jahre Revue passieren, kann der Schluß nur lauten: Die Politik hat vorhandene Chancen vertan. Es gab kein Umsteuern. Krieg ist nach wie vor ein häufig angewandtes Mittel der Auseinandersetzung zwischen Staaten. Die relative Stabilität der Abschreckung ist einer neuen Labilität gewichen.

Zur Durchsetzung einer neuen Weltordnung richteten sich zunächst gerade von Teilen der Linken große Hoffnungen auf eine Stärkung der UN-Strukturen. Mittelfristig sollte ein globales System kollektiver Sicherheit installiert werden, welches in der Lage ist, Sicherheit und Frieden im umfassenderen Sinne zu gewährleisten. Schon sehr schnell wurde aber deutlich, daß dieses politische Ziel in den nächsten Jahren nicht verwirklicht werden wird. Verantwortlich war hierfür einerseits eine schlichte Überforderung der bestehenden UN-Strukturen. Ohne die UNO substantiell zu stärken, wurde von ihr erwartet, mit Hilfe des neu gewonnenen Handlungsspielraumes zahlreiche zum Teil schon langjährige Konflikte in allen Gegenden der Welt einer friedlichen Lösung zuzuführen. Bei diesem hohen Erwartungsdruck, der in keinem Verhältnis zu den realen Handlungsmöglichkeiten stand, war ein Versagen der UN vorprogrammiert. Andererseits wurde aber das Bestreben führender industrialisierter Staaten deutlich, die UN zu instrumentalisieren und zur Durchsetzung ihrer globalen Interessen einzusetzen. Hierdurch wurde die Glaubwürdig-

keit der UN untergraben und damit die Konfliktlösungsfähigkeit zusätzlich eingeschränkt.

Aktuelle Trends der internationalen Beziehungen

Vor diesem Hintergrund verlor die UN für viele Staaten sehr rasch ihre herausgehobene strategische Bedeutung. Die sich aktuell in den führenden Mächten durchsetzende Neuorientierung kann mit zwei sich scheinbar widersprechenden Tendenzen charakterisiert werden. Zur Zeit werden die internationalen Beziehungen zum einen von einer *Renationalisierung* und zum anderen von einer *hegemonialen Regionalisierung* geprägt. Faktisch wird die Welt aufgeteilt in verschiedene Einflußsphären oder Ordnungsräume mit einer jeweiligen Führungsmacht, die zugleich auch die Aufgabe der Ordnungsmacht in dieser Region übernehmen soll. Darüber hinaus ist man bemüht, die Beziehungen zwischen den Großregionen neu zu ordnen und dabei das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung untereinander zu minimieren. Gleichzeitig werden dabei die Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen im Nord-Süd-Verhältnis gefestigt. Offensichtlich wird hier die politische Entsprechung zur vorherrschenden ökonomischen Triadisierung (Entwicklung dreier dominierender regionaler Blöcke der Weltwirtschaft: USA/Nordamerika, Europäische Union, Japan/Ostasien, Anm. d. Red.) gesucht.

Beide Tendenzen werden von einer *Militarisierung der internationalen Beziehungen* begleitet. Die Schwelle für militärische Auseinandersetzung ist erheblich gesunken, da die Gefahr eines *alles vernichtenden Atomkrieges* merklich abgeschwächt ist. Wie die Bemühungen zur Umstrukturierung der eigenen Streitkräfte belegen, sind auch die westlichen Länder gewillt, zur Durchsetzung ihrer Interessen kriegerische Mittel einzusetzen. Ein besonderes Problem stellt in diesem Kontext die Legitimation der

Streitkräfte dar, da mit dem Ende der Systemkonfrontation keine direkte militärische Bedrohung mehr existiert. Als *Ausweg* werden überall auf der Welt Bedrohungspotentiale erspäht, die den Fortbestand einer Armee und deren Umstrukturierung rechtfertigen. Angeführt werden in diesem Zusammenhang etwa die Proliferation von Atomwaffen, wachsender Fundamentalismus, ethnische Konflikte in vielen Regionen und vieles anderes mehr. Bemerkenswert ist, daß alle diese - zum Teil nur konstruierten - Konfliktszenarien nicht mit militärischen Mittel gelöst werden können, sondern vor allem mit einer Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs und des ökologischen Umbaus angegangen werden müssen. Dennoch scheinen führende Kräfte in der westlichen Welt gewillt zu sein, in eventuellen Konflikten Militär einzusetzen.

Die Bereithaltung eines militärischen Interventionspotentials deutet darauf hin, daß der *wachsenden Fragmentierung der Welt* eher mit repressiven Mitteln begegnet werden soll als mit einer Politik des sozialen und ökologischen Wandels. Dies wird zusätzlich durch die scheinbar innenpolitisch motivierte Änderung des Asylrechtes in Deutschland wie auch in den meisten anderen westeuropäischen Ländern unterstrichen. Tiefe Fragmentierungen existieren sowohl innerhalb der hegemonial geordneten Großregionen als auch zwischen ihnen. Sie beziehen sich auf ökonomische und soziale, wie auch auf sicherheitspolitische Aspekte. Sicherheitspolitisch äußert sich dies in Zonen unterschiedlicher Sicherheit, ökonomisch und sozial haben wir es mit einer Ausgrenzung wachsender Bevölkerungsgruppen in den hochindustrialisierten Ländern und der Schaffung neuer Armutsgrenzen etwa zwischen West- und Osteuropa oder zwischen Nord und Süd zu tun.

Probleme der Europäischen Union

Europa steht in vielerlei Hinsicht im geographischen Zentrum der konserva-

* Dr. Joachim Schuster, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft Bremen, spw-Redaktion

tiven Neuordnung der internationalen Beziehungen. In Europa verlief die wichtigste Frontlinie des Kalten Krieges, in Europa wirken sich die Transformationsprobleme der osteuropäischen Staaten und der GUS direkt aus. Obwohl in den letzten fünf Jahren auf allen Seiten umfassend abgerüstet wurde, stehen immer noch gigantische Militärpotentiale auf europäischen Boden. Gleichzeitig sind nicht nur die Integrationsgebilde Osteuropas verschwunden, sondern auch Westeuropa steht vor der Aufgabe, sein institutionelles Beziehungsgeflecht neu zu definieren. Sowohl die Europäische Union als auch die NATO werden in den nächsten Jahren ihr Gesicht und ihr Wesen grundlegend wandeln.

Von besonderer Bedeutung für die europäische Neuordnung ist die Zukunft der Europäischen Union. Ihre weitere Entwicklung wird das Beziehungsgeflecht in Europa wie auch das zu den USA und Japan entscheidend prägen. 1996 soll eine Regierungskonferenz eingerichtet werden, die eine Überprüfung des erst 1991 in Maastricht verabschiedeten Vertrags über die Europäische Union vornehmen und gegebenenfalls Vertragsänderungen aushandeln soll. Der Maastrichter Vertrag ist ein „Dokument des Übergangs“ (Arnold 1995, S. 3). Einerseits steht sein Kern, die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, für das Bestreben, den unter spezifischen internationalen Kräftekonstellationen und Interessen Mitte der 80er Jahre eingeschlagenen Weg der wirtschaftlichen Integration fortzusetzen. Andererseits spiegelt sich in der 'Drei-Säulen-Konstruktion' der Europäischen Union der Versuch der westeuropäischen Staaten wider, auf die neuen Anforderungen seit 1989 zu reagieren. Neben der mit beachtlichen supranationalen Elementen ausgestatteten Wirtschaftsintegration im Rahmen der EG tritt als zweite Säule die neu geschaffene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie als dritte Säule die Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz. Beide Kooperationsbereiche sind intergouvernemental, d.h. die Mitgliedstaaten behalten im wesentlichen ihre Kompetenzen.

Im Ergebnis kann der Maastrichter Vertrag jedoch keine der Anforderungen befriedigend erfüllen. Die geplante, absolut stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erzeugt neue Differenzierungen innerhalb der EU. Die vor allem unter dem Druck der deutschen Regierung vereinbarten Stabi-

litätskriterien erschweren eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und einen Abbau der regionalen Disparitäten in der Gemeinschaft. Damit fördert der Vertrag die soziale Fragmentierung innerhalb der EU, was zwangsläufig neue Konflikte zur Folge haben wird. Darüber hinaus erweist sich die WWU nicht als ohne weiteres kompatibel mit der Aufgabe der wirtschaftlichen Unterstützung der osteuropäischen Transformationsstaaten. Zusätzlich ist die politische Entscheidungsstruktur zerfasert und unübersichtlich. Das demokratische Defizit wurde mit Maastricht keineswegs beseitigt. Diese Widersprüche innerhalb des Vertragswerkes sind Ausdruck der vielfachen Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten über die Perspektiven der Europäischen Union. Sie reflektieren unterschiedliche nationale Interessen, die gerade nach 1989 viel deutlicher artikuliert wurden und sich durch machtpolitische Verschiebungen zwischen den Mitgliedstaaten noch verstärkten. Im Ergebnis prägen Renationalisierungstendenzen die Entwicklung der EU in den letzten Jahren. Hierdurch sind selbst im Bereich

Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) dar. Sie beruht, wie schon die EPZ, auf relativ unverbindlichen Strukturen. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich lediglich dazu, auf Basis gegenseitiger Konsultation und Information zu versuchen, gemeinsame Standpunkte und Politiken zu entwickeln. Dabei wurden vorrangige geographische Räume - im wesentlichen die an die Europäische Union angrenzenden Gebiete - und Felder gemeinsamer Aktionen definiert. Zudem wird die Perspektive aufgezeigt, mittelfristig eine eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. In diesem Kontext ist daran gedacht, die Westeuropäische Union (WEU) zum Verteidigungsinstrument der Union auszubauen. Die Erfahrungen der letzten Jahre machen deutlich, daß die GASP zwar gegenüber der EPZ einige Verbesserungen mit sich gebracht hat, insbesondere aber die Strukturen zu schwach und zu schwerfällig sind, um wichtige außenpolitische Fragen effektiv angehen zu können oder gar akuten Krisen, wie dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien, wirklich zu begegnen.



der wirtschaftlichen Integration Rückschritte zu verzeichnen, wie etwa der faktische Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems belegt.

Innerhalb der EU besteht zudem eine große Ungleichzeitigkeit zwischen der Integration der Wirtschaft und der Integration der Politik. Von einer Politischen Union kann derzeit nicht gesprochen werden. Die als zweite Säule vereinbarte GASP stellt lediglich eine Fortsetzung und begrenzte Weiterentwicklung der

Das Kerneuropa-Konzept

Gegenwärtig baut sich in der EU ein großer Reformdruck auf. Angesichts der zunehmenden Widersprüche kann ein einfaches 'weiter so' keine Handlungsstrategie sein. Die Neudefinition der europäischen Integration steht auf der politischen Tagesordnung, wobei aus Sicht der herrschenden Kräfte zwei Ziele erfüllt werden müssen: erstens die Stärkung der globalen wirtschaftlichen Wett-

bewerbsfähigkeit Westeuropas und zweitens die Entwicklung einer gesamteuropäischen Perspektive. Das im *Schäuble/Lamers-Papier* (vgl. Schäuble/Lamers 1994) entwickelte Kerneuropa-Konzept versucht exakt diese Herausforderungen miteinander zu verbinden. Dabei ist man sich im Klaren, daß die immer wieder propagierte Osterweiterung nur möglich sein wird, wenn eine grundlegende Reform der EU erfolgt. Welchen sozialen Inhalt eine solche Reform annehmen könnte, legte u.a. Bundespräsident Roman Herzog klar, wenn er sich dafür ausspricht, „aus der europäischen Doppelstrategie 'Erweiterung und Vertiefung' eine dreifache zu machen: 'Erweiterung, Vertiefung und Verschlan- kung'.“ (Herzog 1995, S. 8) Die Verschlan- kung wird vor allem die sozialen und ökonomischen Ausgleichsmechanis- men betreffen, da diese bei einer über- eilten Erweiterung schlicht nicht finan- zierbar sein werden.

Das Problem an dem Kerneuropa- Konzept ist nun nicht, daß es eine nach Mitgliedern wie nach Sachgebieten dif- ferenzierte Integration befürwortet, auch wenn die genauen Modalitäten einer sol- chen Integration noch sehr viele Fragen aufwerfen. Ein vollständiger Gleich- schritt der europäischen Staaten ist sach- lich weder möglich noch wünschenswert. Das Problem ist jedoch, daß Schäuble/ Lamers trotz aller Integrationsrhetorik ein hegemoniales Europakonzept entwer- fen, mit einem klaren Führungsanspruch der Achse Deutschland/Frankreich. Die- se Achse soll die Richtung, den Inhalt und das Tempo der Integration bestim- men und somit entscheiden, welcher Staat jeweils zu beteiligen ist und wel- cher nicht. Damit wird die faktische Konsensorientierung innerhalb der EU aufgekündigt. Das einzig Positive daran ist, daß Deutschland nicht der alleinige Hegemon in Europa sein soll.

Europäische Sicherheits- struktur und NATO-Er- weiterung

Die Auseinandersetzungen um die Neuordnung Europas haben selbstredend auch sicherheitspolitische Implikationen. Gegenwärtig existieren vier miteinander konkurrierende, aber auch kooperieren- de Institutionen - die OSZE, die GASP, die WEU und die NATO -, deren Ver- hältnis zueinander keineswegs wider- spruchsfrei ist (vgl. auch Peters 1993).

Eine häufig als Schlagwort in die Debat- te geworfene Verbindung der verschie- denen Einrichtungen in einem Konzept der 'interlocking institutions' zeichnet sich bisher nicht ab. Gleichwohl bilden sich langsam Ordnungsmuster heraus. So haben die militärischen Institutionen in den letzten Jahren ein deutliches Über- gewicht entwickelt. Momentan bildet sich eine Konstellation heraus, die versucht, eine in sich stark fragmentierte Sicher-

Das Problem ist, daß Schäuble/Lamers trotz aller Integrationsrhetorik ein hegemoniales Euro- pakonzept entwerfen, mit einem klaren Füh- rungsanspruch der Ach- se Deutschland/Frank- reich.

heitszone in Europa schaffen, die die westeuropäischen sowie die mittel- und osteuropäischen Staaten (MOES) inklusi- ve der drei baltischen Länder umfaßt. Die in der GUS zusammengeschlossenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sollen diesem Raum nicht angehören. Instru- mente zur Durchsetzung dieses Ord- nungsmodells sind vor allem die NATO- Erweiterung sowie die Einbeziehung der MOES in die WEU. Mit diesem Modell wird die Spaltungslinie durch Europa, die früher durch Deutschland verlief, ledig- lich einige 100 Kilometer nach Osten ver- schoben. Die Beziehungen innerhalb der entstehenden Großregionen sollen dann zur inneren Angelegenheit der jeweiligen Führungsmacht werden.

Die Erweiterung der NATO verur- sacht jedoch auch neue sicherheitspoliti- sche Probleme. In der gegenwärtigen Debatte wird häufig die Position vertre- ten, die NATO-Erweiterung als Vorläu- fer der EU-Erweiterung würde die Sta- bilität in den Reformstaaten und in Euro- pa insgesamt erhöhen. Diese Hoffnung entbehrt jeglicher Grundlage. Eine Ost- erweiterung der NATO birgt die große Gefahr einer weiteren Militarisierung und damit auch Destabilisierung Rußlands, die sehr schnell wieder zu erhöhten Span- nungen bis hin zu Konfrontationen füh- ren kann. Die zur Beschwichtigung im- mer wieder vorgetragenen Absichten, eine Erweiterung der NATO derart zu gestalten, daß Rußland sich dadurch nicht

bedroht sieht, ist logisch widersinnig. Die Einbeziehung der MOES in die westlichen Sicherheitsorganisationen geht in ihrer Logik davon aus, daß diese von Rußland bedroht sind und somit ge- gensätzliche Interessen und Absichten vorhanden sein müssen. Zudem ist wahr- scheinlich, daß Rußland sein 'nahes Aus- land' in diesem Fall sich seinen Sicher- heitsinteressen ohne größere Rücksicht- nahmen unterordnen wird, da eine Be- drohung der eigenen Sicherheit durch den Westen angenommen werden wird. Im Endergebnis nähme die Unsicherheit und die Konfliktrichtigkeit in Europa zu. Auch für die MOES wird sich we- der die Sicherheit noch die innere Stabi- lität erhöhen. Denn ohne Zweifel wird es keinen gleichgewichtigen Ausbau der NATO-Strukturen nach Osten geben. Damit entstehen innerhalb der NATO Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Zu- dem sind die NATO-Strukturen ungeeig- net, innerstaatliche Konflikte oder auch Konflikte zwischen NATO-Mitgliedern zu lösen. Und schließlich ist die Integra- tion in die NATO mit einer kosteninten- siven Umstrukturierung der eigenen Streitkräfte verbunden, die wiederum ökonomische Ressourcen binden wird, die dann etwa für sozialpolitische Auf- gaben nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Abgrenzung der Einflußsphären zwischen Rußland und Westeuropa ist allerdings noch keineswegs abgeschlos- sen, wie sich etwa im Umgehen mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien oder den Auseinandersetzungen um die NATO-Erweiterung zeigt. Diese Über- gangsphase erzeugt zusätzliche Labilität, wobei die militärisch dominierten Insti- tutionen immer mehr die politischen Leitlinien bestimmen. Die NATO hat durch ihre Ostpolitik mittels der Einrich- tung des NATO-Kooperationsrates und der Konzeption der Partnerschaft für den Frieden eindeutig die Führungsrolle beim Aufbau europäischer Sicherheits- strukturen übernommen und die inzwi- schen zur OSZE weiterentwickelte KSZE in den Hintergrund gedrängt. Da- mit sind aber auch die konfliktverhüten- den und präventiven Mechanismen der europäischen Sicherheitsordnung deut- lich schwächer ausgeprägt. Sicherheit wird vor allem nach militärischen Krite- rien definiert.

Die Bedeutung der WEU

Zusätzliche Widersprüche entstehen durch die konkurrierende Rolle der

Westeuropäischen Union (WEU), die gern auch als europäischer Pfeiler der NATO bezeichnet wird. Allerdings täuscht diese Formulierung eine größere Harmonie vor, als in der Realität vorhanden ist. Zwar verfügt die WEU nur rudimentär über eine eigene, von der NATO unabhängige militärische Infrastruktur, gleichwohl sind Bestrebungen im Gange, diese schrittweise zu errichten. Zudem dient die WEU als Forum zur Abstimmung westeuropäischer Interessen, die durchaus denen der USA zuwider laufen können. Die GASP und die WEU sind auch als Instrumente zur „Formulierung und Durchsetzung geographisch unbegrenzter, machtpolitischer Interessen“ (Peters 1993, S. 140) konzipiert. Umgekehrt ist die Haltung gegenüber den USA ein Auseinandersetzungsfeld zwischen den westeuropäischen Staaten.

In dem Verhältnis von WEU und GASP spiegeln sich zugleich die integrationspolitischen Differenzen zwischen den westeuropäischen Staaten. Zwar soll die WEU nach dem Maastrichter Vertrag eventuell zum militärischen Arm der EU entwickelt werden, gleichwohl ist man von diesem Ziel noch weit entfernt. Da sich gegenwärtig eben keine einheitliche außen- und sicherheitspolitische Position der westeuropäischen Staaten herausgebildet hat, versuchen die westeuropäischen Staaten bei Wahrung ihrer nationalen Souveränität die unterschiedlichen Institutionen und Handlungsebenen flexibel zur Durchsetzung ihrer als national definierten Interessen zu nutzen. Im Gegensatz zur WEU ist die GASP zumeist auf Einstimmigkeit bei den Entscheidungen angewiesen. Dementsprechend ist die Entscheidungsfindung schwerfällig. In der WEU dagegen besteht für die einzelnen Mitgliedstaaten kein Zwang, sich an mehrheitlich beschlossenen Maßnahmen auch zu beteiligen. Die so leichter mögliche Entscheidungsfindung kann demzufolge recht flexibel von den beteiligten Staaten genutzt werden. Gerade die WEU ist in diesem Sinne ein Beispiel für eine Integration nach dem hegemonialen Kerneuropa-Konzept.

Im Ergebnis vergrößert die sich herausbildende militärisch dominierte Sicherheitsarchitektur jedoch keineswegs die Sicherheit in Europa. Im Gegenteil, es werden Zonen unterschiedlicher Sicherheit geschaffen und eine neue Konfrontation mit Rußland riskiert. Gleichzeitig werden wesentliche soziale und

ökonomische Probleme insbesondere in Osteuropa und der GUS weitgehend ignoriert. Hier entwickeln sich Konfliktursachen, die jederzeit eskalieren können. Fünf Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Labilität der innereuropäischen Beziehungen erheblich gestiegen.

Deutschland als europäische Hegemonialmacht

Bei der Neuordnung Europas spielt das wiedervereinigte Deutschland eine herausgehobene Rolle. Einerseits focusieren sich viele Probleme der Transformation und des Wandels in der Bundesrepublik. Andererseits wurde Deutschland wieder zu einem völlig souveränen Akteur in der internationalen Politik. Gemessen an wirtschaftlichen Indikatoren ist Deutschland zudem noch zum mit Abstand mächtigsten europäischen Staat aufgestiegen. Von daher ist ein Neuorientierungsprozeß in Deutschland im Gange, der zunächst zu einer Militarisierung deutscher Außenpolitik geführt hat. Nachdem während des Kalten Krieges die Bundesrepublik militärisch äußerst zurückhaltend agierte (Einsätze der Bundeswehr außerhalb der NATO-Grenzen galten allgemein als verfassungswidrig) wird inzwischen (verfassungsrechtlich gedeckt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes) es als sinnvoll angesehen, in bestimmten Fällen die Bundeswehr im Rahmen von UN-Missionen oder im Rahmen von Bündnisaktionen der NATO oder der WEU überall auf der Welt einzusetzen. Kaschiert mit den Redewendungen von der Verantwortungsübernahme beansprucht die Bundesrepublik allgemein eine größere Mitsprache in allen Bereichen internationaler Politik. In diesem Kontext steht die Forderung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die Bundesrepublik versucht ihre Rolle als politische Mittelmacht und ökonomische Großmacht mit globalen Interessen zu definieren.

Dies geht mit einem schon beinahe unerträglichen hegemonialen Gestus einher. „Deutsche Interessen und deutsche Mitverantwortung für die Weltgemeinschaft decken sich also weithin“ (Herzog, 1995, S. 9). Deutsche Interessen werden mit den Entwicklungsinteressen der Völker dieser Welt gleichgesetzt. Die gewachsene Interdependenz der Welt wird lediglich so verarbeitet, daß als national definierte Interessen nicht mehr im Alleingang sondern stets zusammen mit

westlichen Verbündeten und wenn irgend möglich legitimiert durch das von den führenden Mächten dieser Welt maßgeblich geprägte Völkerrecht durchgeführt werden sollen.

Trotz vielfältiger ungelöster Probleme und machtpolitischer Auseinandersetzung zeichnet sich alles in allem auf konservativer Seite - und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen wesentlichen Staaten - ein relativ stringentes strategisches Konzept zur Neuordnung der internationalen Beziehungen ab. Dieses wird zwar keine harmonische Entwicklung gewährleisten oder gar die ökonomischen und sozialen Herausforderungen bewältigen, aber doch eine Bewegungsform für zu Tage tretende Widersprüche finden. Zunehmende Militarisierung und soziale Ausgrenzung sind wesentliche Bestandteile dieser Bewegungsform. Die Sozialdemokratie hat diesen Vorstellungen bisher relativ wenig entgegenzusetzen. In der Formulierung einer neuen Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik liegt daher eine der zentralen Aufgaben für die Zurückgewinnung linker Reformfähigkeit.

Literatur:

- Arnold, Hans (1995): Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 3-4/95
- Böhlke, Ewald, Horst Grabert, Frank Unger, Andreas Wehr (1995): *Aufgaben einer europäischen Ostpolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3
- Bundesverfassungsgericht (1994): *Urteil zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr*, nach *Frankfurter Rundschau* vom 26.7.1994
- Dauderstädt, Michael, Barbara Lippert (1995): *Differenzieren beim Integrieren - Zur Strategie einer abgestuften Osterweiterung der EU*, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Herzog, Roman (1995): *Grundkoordinaten deutscher Außenpolitik*, in: *Internationale Politik*, Heft 4
- Hugler, Helmut (1994): *Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes*, in: *Prokla* 95, Juni
- Kaiser, Karl (1995): *Deutsche Außenpolitik in der Ära des Globalismus*, in: *Internationale Politik*, Heft 1
- Kommission der EG (1994): *Stärkung der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union - Entwicklung einer Partnerschaft Europa - Mittelmeer*, Brüssel, Kom (94) 427 endg.
- Mauß, Hanns W. (1992): *Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland - Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik*, in: *Europa-Archiv*, Folge 10
- Peters, Susanne (1993): *GASP und WEU - Wegbereiter einer Supermacht Europa?*, in: *Elfriede Regelsberger (Hrsg.): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union*, Europa Union Verlag, Bonn
- Schäuble, Wolfgang, Karl Lamers (1994): *Überlegungen zur europäischen Politik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10
- SPD (1993): *Protokoll Parteitag Wiesbaden 16. - 19. November 1993*, Bonn
- Weidenfeld, Werner (1995): *Ernstfall Europa*, in: *Internationale Politik*, Heft 1

„Une défaite d'avenir“ - Eine Niederlage mit Zukunft

Französische Präsidentschaftswahlen

von Malte Martin*

Was bisher geschah: Nach einer der historisch schwersten Wahlniederlagen der Sozialisten im März 1993 wird Edouard Balladur Premierminister. Der langjährige Weggefährte Chirac's - „eine 30jährige Freundschaft“ - soll die letzten zwei Jahre der „cohabitation“, der politisch nervenraubenden Ko-Regierung mit dem abdankenden sozialistischen Präsidenten Mitterrand über die Bühne bringen, um Chirac freie Hand zu lassen bei seinem dritten Anlauf, die für 1995 anstehende Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

Doch in dem damaligen politischen Vakuum gerät dieses politische Szenario durcheinander. Die Sozialisten baden ihre Wahlniederlagen in internen Salonrevolutionen aus und sind praktisch über Monate von der politischen Szene abwesend. Die UDF, die rechtsliberale Formation des konservativen Lagers, hat keine neue Gallionsfigur außer dem Uraltexpräsidenten Giscard d'Estaing.

Balladur regiert unterdessen in relativer Kontinuität und Mitterrand hat weniger politisches Ansehen und auch sicherlich weniger politischen Willen, seine Position zur Polarisierung der öffentlichen Meinung gegen die Regierungsmaßnahmen so einzusetzen, wie er es in der ersten „cohabitation“ mit Chirac von 1986 bis 1988 exerziert hat.

Balladur wird so schnell zur Konsensperson, zur Inkarnation der „einzig möglichen Politik“. Statt, wie vorgesehen, schnell als Regierungsverwalter zu verschleissen, erreicht er bis Januar '95 enorm gute Umfrageergebnisse von bis zu 65% Zustimmung.

Die Revanche der wirtschaftsliberalen Rechten

Balladur fühlt, daß ihm Flügel wachsen. Seine Minister drängen ihn, sich zum Kandidaten gegen seinen Parteifreund Chirac, Vorsitzender der gaulli-

stischen RPR, der der Premierminister ebenfalls angehört, zu erklären. Die in allen Presseorganen veröffentlichten Studien der Umfrageinstitute lassen keinen Zweifel zu: Balladur ist quasi schon gewählt. Allerhöchstens langt es vielleicht zu einem Duell Balladur-Chirac mit einer Linken, die nicht mal einen Kandidaten im zweiten Wahlgang hätte. In Deutschland wäre dies mit einer Situation vergleichbar, in der die Kanzlerwahl z.B. zwischen Kohl und Schäuble entschieden würde.

Außer den verschiedenen politischen Karriereplänen ging es hier aber um mehr: Es war sicherlich der ernsthafteste Versuch der letzten 20 Jahre, die politische Landschaft auf der rechten Seite neu zu strukturieren.

Der französische Staat und die bürgerlichen Parteien sind nicht mehrheitlich von der christlichen oder liberalen Bourgeoisie - wie in Deutschland oder den meisten anderen europäischen Ländern - geprägt worden, sondern haben Traditionen des republikanischen Bürgertums aufgenommen, in ihren fortschrittlichen Elementen entlehnt aus der französischen Revolution, aber auch in ihren reaktionären, bonapartistisch-autoritären Formen.

Die RPR, die am stärksten strukturierte Partei der Rechten in Frankreich, steht für eine gaullistische Tradition des starken Staates, der für viele Rechtsliberale in Widerspruch geraten ist mit „schlankem Staat“ und „schlanker Produktion“. Für die Finanzoligarchie und die Wirtschaftssektoren, die an den internationalen Handel gekoppelt sind, wurde diese „exception française“ mit ihren noch vielen verstaatlichten Betrieben, einem starken öffentlichen Dienst und Fünfjahresplänen (!) zu einem Hindernis, um sich im weltweiten Wettbewerb zu behaupten und europäischen Konvergenzkriterien zu entsprechen.

Das politische Projekt, was an die Kandidatur von Balladur gekoppelt war, hat also einen Hauch politischer Revan-

che der aristokratischen Finanzliberalen über die Volkspartei RPR. Ein Wahlsieg Balladurs, Kandidat aus den Reihen der RPR, aber unterstützt von der UDF, sollte zum Auseinanderbersten der Gaullisten führen. Aus UDF und Teilen der RPR wäre sodann eine neue rechtsliberale Zentrumsparterie geworden.

Die sozialistische Partei auf Schlingerkurs

Rückblende: Nach der Schlappe der PS in den Europawahlen findet wieder eine Salonrevolution an der PS-Spitze statt. Rocard ist als Präsidentschaftskandidat erledigt. Sein Projekt, über den Parteivorsitz die Partei zu erobern und den Bruch mit der Ära Mitterrand herbeizuführen, ist gescheitert.

Emmanueli übernimmt den Parteivorsitz mit einigen anderen ehemaligen Jospinisten und der Unterstützung der Freunde von Fabius und der Gauche Socialiste. Aber immer noch fehlt ein neuer Präsidentschaftskandidat. Die Partei ist in einem zerütteten Zustand, der es ihr nicht erlaubt, sich für einen Namen zu entscheiden. Und so springen wieder die Umfrageinstitute ein, um den geeigneten Kandidaten zu finden. Die Hoffnungen projizieren sich schließlich auf den bekanntesten Namen, den die Sozialisten noch zur Verfügung haben: Jacques Delors, den Noch-Vorsitzenden der EG-Kommission. Auch wenn er eher mit seiner sozialliberalen Politik am entgegengesetzten Ende des damals offiziellen „A gauche toute!“-Parteikurses stand, hatte er doch für die breite Öffentlichkeit gerade den Vorteil der Brüsseler Distanz. Er erschien weniger in die letzten ruhmlosen Jahre der sozialistischen Regierungsverantwortung und der parteiinternen Machtkämpfe verwickelt. Delors Popularität stieg bis auf 51% in den Umfragen und ließ hoffen, daß die Linke wieder in die politisch entscheidende Schlacht um das höchste Staatsamt eingreifen könnte. Strukturell aber lag

* Malte Martin, Redakteur der Zeitschrift „démocratique“, Paris

die Linke weiter am Boden; und dem kurzen Umfragehöhenflug folgte dann auch ein Absturz. Delors selber wollte nämlich gar nicht Kandidat sein.

Wiederum konzentrierte sich das gesamte öffentliche Interesse auf das Duell im rechten Lager. Chirac hatte seine offizielle Kampagne begonnen, aber noch schien er relativ isoliert in seinem Lager.

Basis und Überbau

Anfang Januar erklärt sich Jospin auf einer Sitzung des PS-Parteivorstandes (dem er selber nicht mehr angehört) bereit, als Kandidat zur Verfügung zu stehen, wenn die Partei es wünsche. Emmanuelli und die neue Parteispitze reagieren mit Nervosität. Ein Terminplan zur Kandidatenbenennung wird festgelegt und zum erstenmal in der Geschichte der PS eine parteiinterne Basiswahl zur Kandidatenbestimmung organisiert. Drei Wochen lang wälzt die Parteispitze andere Namen als den Jospins. Jack Lang, ehemaliger Kulturminister und alter Getreuer von Mitterrand, meldet sich zu Wort. Er zieht aber in letzter Minute seine interne Kandidatur zurück, um seinen Parteifreund Fabius zu stützen, der auf die Kandidatur von Emmanuelli setzte. Dieser war als neuer Parteivorsitzender mit einem 80%-Votum des letzten Parteitags legitimiert worden. Nichtsdestotrotz wird die Wahl der Parteibasis zum Plebiszit für Jospin, der sich mit 66% der Stimmen klar durchsetzt.

Für die deutschen Leser erscheint es nützlich, den politischen Werdegang Jospins kurz zu beleuchten. Er wurde bei der Wahl Mitterrands ins Präsidentenamt 1981 Parteivorsitzender der PS. Nach der Wiederwahl 1988 verließ er aus eigenem Antrieb die Parteiführung. Schon diese Periode war oft gezeichnet von Konflikten mit der Strömung von Fabius, der sozusagen von Mitterrand inoffiziell als Kronprinz designiert war. Jospin wurde Minister für Erziehung und Wissenschaft 1989. In dem Volksentscheid über die Maastrichter Verträge sprach er sich für ein kritisches Ja aus. Nach der Wahlniederlage der PS 1993 zog er sich aus den parteiinternen Machtkämpfen zurück. Seine Strömung zerfiel zum Teil in dieser Periode. Zum letzten Parteitag schrieb er einen Beitrag, der in vielen Gebieten als kritische Aufarbeitung der mitterrandschen Regierungsära angesehen wurde. Unter der Parteiführung Rocards galt er als Initiator der „sozia-

len Umbaukonferenzen“, die die PS wieder in einen Dialog mit dem gesamten linken und ökologischen Umfeld führen sollten.

Die Wahlkampagne zum 1. Wahlgang

Doch noch im Februar und März schien die Linke fast abwesend im Präsidentschaftswahlkampf. Jospin hatte durch das Designationsverfahren Zeit verloren. Die PS Führung, geschwächt durch die interne Wahl, mobilisierte nur zögernd die Partei. Seine ersten programmatischen Aussagen zu Arbeitszeitverkürzung, Ausländer- und Sicherheitsgesetzen (Pasqua) erschienen zu halbherzig.

Aber vor allem zog das Duell der beiden rechten Kandidaten fast exklusiv die Medienaufmerksamkeit auf sich. Chirac nutzte die Abwesenheit der Linken zu Beginn des Wahlkampfes, um mit einer sehr überraschenden sozialen Rhetorik diesen Platz zu besetzen und sich damit zugleich gegenüber seinem rechten Rivalen abzugrenzen. Er sprach von der „sozialen Fraktur“, die das Land spaltet, und daß zugleich die politische „Unterscheidung von links und rechts nicht mehr aktuell“ wäre. Er sprach von der „bürokratischen Technostruktur“, die die Entscheidungen der Politik aus der Hand nähme und den „spekulativen Börsengewinnen“, die wieder in die Arbeit investiert werden müßten. Ohne mit der Wimper zu zucken, stellte er sich

Der Hauptwiderspruch im Land besteht darin, daß es politisch rechts wählt, aber zugleich ideologisch im Bruch steht mit den wirtschaftsliberalen Optionen der 80er Jahre.

als „Quasiopposition“ zu Premierminister Balladur dar - nach zwei Jahren Parlamentsmehrheit seiner eigenen Partei. Der Höhepunkt dieses populistischen Surfkurses war sein Eintreten für die Zwangsrequirierung leerstehenden Wohnraums in Paris angesichts von Aktionen der Obdachlosenorganisation DAL. Ein gewagtes Wahlkampfmanöver, um 20 Jahre Wohnungspolitik von

Bürgermeister Chirac zu übertünchen (die zu dem traurigen Rekord von 2 Millionen m² leerstehenden Büros geführt hat). In den Umfrageergebnissen hat nun Chirac weit die Nase vorn, mit bis zu 38%, und Balladur scheint mit 15% Zuspruch in den Umfragen völlig abgehängt.

„Wahlpolitisch rechts, ideologisch links“

Stephane Rozès, Politologe und Professor am „Institut d'études politiques“ in Paris, faßt dieses Phänomen in folgender Weise zusammen: „Die Meinungsumfragen begrenzen sich nicht nur auf die Messung der Stimmabgabe. Die Wahlmotivationen sind vor allem sozialer Art: Kampf gegen Arbeitslosigkeit, für Schule und Ausbildung und gegen soziale Ausgrenzung. Für 65% der Franzosen ist das letztere Thema nur unzureichend in der Kampagne repräsentiert. (...) Der Hauptwiderspruch im Land besteht darin, daß es politisch rechts wählt, aber zugleich ideologisch im Bruch steht mit den wirtschaftsliberalen Optionen der 80er Jahre. (...) Dieses Paradox erklärt den augenblicklichen politischen Kurs der RPR. Doch wenn Jacques Chirac gewählt wird und vom Wählerdruck befreit ist, wird er nicht 10 Jahre warten wie Louis-Napoléon Bonaparte, um erneut einen wirtschaftsliberalen Kurs einzuschlagen. Er wird nach der Wahl dem Druck der dynamischsten Sektoren ausgesetzt sein, die seine Kampagne getragen haben (wie z.B. der neue Wirtschaftsminister Madelin). Diese werden durch die Hintertür wieder das Wertepaar „Wirtschaftsliberalismus-Ausgewogenheit“ einführen, obwohl Chirac sich hat wählen lassen unter dem Banner der Werte der „Republik der Freien und Gleichen“¹.

Die Überraschung am Abend des ersten Wahlgangs schafft Jospin, als er mit 23% an den beiden rechten Kandidaten vorbeizieht. Die Linke ist im zweiten Wahlgang. Die Prophezeiehungen von Chirac über das Ende des Widerspruchs von links und rechts sind Lügen gestraft. Dazu kommt im linken Lager eine gewisse Tendenz zum Protestvotum mit 8,7% für den kommunistischen Kandidaten, der zum ersten Mal den Abwärtstrend der PCF stoppt, und 5% für Arlette Laguiller, die Passionaria der trotzkistischen „Lutte Ouvrière“. Nur Dominique Voynet, Kandidatin der Grünen mit Unterstützung einer Reihe ehemali-

ger Reformkommunisten, schafft es mit 2,5% nicht, die französische Ökobewegung in der politischen Landschaft zu verankern.

Insgesamt legt dieser erste Wahlgang einen Aufsplittungsprozeß der politischen Landschaft Frankreichs in 5 ungefähr gleich große Bruchstücke offen, die eine gewisse Ratlosigkeit der Wähler angesichts der Tiefe der sozialen Krise einerseits und der Abwesenheit eines politischen Projekts andererseits ausdrückt: eine extreme Rechte um Le Pen/de Villiers mit 20%, eine „bonapartistische“ autoritäre Rechte um Chirac mit 20%, eine „orleanistische“ wirtschaftsliberale Rechte um Balladur um 19%, eine sozialdemokratische Linke mit Jospin mit 23% und eine radikale Linke mit Hue (PCF)/ Laguiller/Voynet um 16%.

Der erste Wahlgang kündigt auch eine Schwächung der politischen Legitimität des neuen Präsidenten und seiner Institutionen an. Nur ein Wähler von fünf hat also den zukünftigen Präsident der Republik als seinen Wunschkandidaten designiert. Innerhalb seiner politischen Familie ist er nur knapp in der Mehrheit, und wenn man die Stimmen Le Pens auf der rechten Seite einbezieht, repräsentiert Chirac nur ein Drittel seines eigenen Lagers.

Der 2. Wahlgang

Insgesamt aber steht die Wahlarithmetik auf 60 zu 40 für die Rechte vor dem zweiten Wahlgang. Doch zum ersten Mal seit der katastrophalen Wahlniederlage der Linken im März '93 hat es Jospin geschafft, eine wirkliche Dynamik in Gang zu setzen, und hat fast unmögliche Hoffnungen aufkommen lassen auf einen Wahlsieg, der die Rechte in Frankreich zum dritten Mal um das höchste Staatsamt bringen könnte. Zumal die Versöhnungsprozedur zwischen Balladur und Chirac anfänglich psychodramatische Züge annahm und die alten Ängste der französischen Rechten und ihrer „machine à perdre“ wieder heraufbeschwor.

In den letzten Wahlveranstaltungen versammelte Jospin 2. 000 und 35.000 Personen in Paris und Toulouse, darunter viele Jugendliche, die in ihm eine Leitfigur für eine erneuerte Linke suchen. Seine 47,7% zeugen von einer enormen Aufholjagd, die das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Konservativen relativiert, aber in um so kras-

seren Gegensatz steht zur parlamentarischen Repräsentation des Kräfteverhältnisses im Land.

Die Konservativen stellen nun außer dem Präsidenten, dem Premierminister und der Regierung, 80% der Sitze in der Nationalversammlung, über 60% im Senat. Sie stellen die Präsidenten in 20 der 22 Regionräte und die Bürgermeister einer Reihe von wichtigen Städten, angefangen mit Paris. Der Begriff RPR-Staat macht wieder die Runde.

Die Diskrepanz zwischen dieser konservativen Machtkonzentration und dem sozialen Klima im Lande während der Wahlkampagne führte die meisten Kommentatoren dazu, Chirac und der neuen Regierung nur einer relativ kurze Zeitspanne einzuräumen, wenn sie eine „explosion sociale“ verhindern wolle. In der Tat war die in Bezug auf soziale Bewegung traditionell ruhige Wahlperiode von einer Reihe von Streiks und Demonstrationen geprägt.

Dabei ist zu vermerken, daß Jospin auch Boden hat gut machen können bei den traditionellen Wählerschichten der Linken, die in den vorherigen Wahlen sich in Wahlenthaltungen geäußert haben und diesmal im ersten Wahlgang zum Teil sogar (im Norden) zum Protestvotum Le Pen gegriffen haben: 65% der Arbeiter, 57% der Angestellten und 67% der Lehrer haben für Jospin gestimmt.

Die Konsequenzen für die französische Linke

Die Wahlkampagne hat einige Eckpunkte markiert für die Neuformierung der politischen Landschaft insgesamt und der Linken im Besonderen. Ironischerweise war es Laurent Fabius, der verhinderte Kronprinz Mitterrands, der dies auf eine gute Formulierung brachte: „Jospins Wahlergebnis ist eine Niederlage mit Zukunft“.

Sie markiert zu allererst das Ende der Ära Mitterrand und das Aufkommen einer neuen Generation, die nicht mehr die negativen Aspekte der Regierungsbilanz verschweigen will.

Robert Hue seinerseits tat dies gegenüber der historischen Verantwortung der PCF mit unzweideutigen Verurteilungen des totalitären Charakters der ehemaligen Regime in Osteuropa.

Lionel Jospin prägte die Formel des „Rechts auf politische Inventur“ mit ihrer positiven und negativen Bilanz. Die PS-Führung legte Jospin nahe, diese Formel fallen zu lassen und forderte

ihn auf, zum Präsidenten Mitterrand zu pilgern, der sich bis dahin noch nicht klar im Wahlkampf für Jospin ausgesprochen hatte, um ihn um eine Stellungnahme zu bitten. Jospin antwortete, daß es allen Bürgern frei stehe, ihn zu unterstützen - und ging nicht nach Canossa.

Zum zweiten gibt diese Kampagne und ihre Ergebnis einige Anhaltspunkte über den Ort und die Mittel des Erneuerungsprozesses der Linken. Die PS, oder viel mehr der politischen Platz, den die französische PS ausfüllt, wird wieder zum zentralen Ort des Geschehens. Dies schien in den letzten Jahren weniger klar. Die Dissidentenbewegungen von Chevènement in der PS und den Reformkommunisten der PCF, das Auftauchen der Grünen und ihre nunmehr linke Positionierung bei gleichzeitiger Schwächung von PCF und PS (14,5% in den Europawahlen) hätte zu anderen politischen Konstellationen führen können. Die Formierung einer neuen Kraft, die von einem neuen Standort auf die traditionellen Parteien hätte einwirken können, war in dieser kurzen historischen Periode nicht ausgeschlossen. Die Präsidentschaftswahl hat nun die Karten neu gemischt.

Die Grünen und die ihr nahestehenden kleinen linken Formationen werden nicht der Pol einer eigenständigen neuen Kraft sein.

Die PCF kann ihren Abwärtstrend stoppen, aber das Ergebnis reicht zugleich nicht, um den neuen Kräften um Hue genügend Spielraum zu geben, die KP zu öffnen und zu einem Sammelbecken werden zu lassen.

Die relativ schlechten Ergebnisse der KP-Hochburgen in den Kommunalwahlen werden diesen Widerspruch noch zuspitzen. Die PCF wird den aus ihrer Mitte hervorgegangenen Bürgermeistern und Kommunalabgeordneten nicht mehr aus eigener Kraft die Wiederwahl ermöglichen können.

Die Frage der PS oder, genauer, wie die neue PS aussieht, wird also einen zentralen Platz einnehmen. Dies ist eine Problematik, die sich in vielen Punkten mit den Wandlungsprozessen der meisten europäischen sozialdemokratischen Parteien deckt. Mit dem Unterschied, daß das Gewicht der Partei (100.000 Mitglieder) sehr viel geringer ist und damit die Zusammenhänge zwischen inneren und äußeren Einflüssen sehr viel größer sind.

Welche Perspektiven und Mittel zur Erneuerung?

Die Koalition, die die Kandidatur Jospins aktiv getragen hat, ist im Parteivorstand in der Minderheit. Jospin aber, der nicht mal dem PS-Vorstand angehört, ist heute der Oppositionsführer der Linken mit einer Ausstrahlung, die weit über die Partei hinausgeht.

Diese Koalition der „Erneuerer“ ist relativ heterogen zusammengesetzt aus der Strömung Rocards, die ein sozialdemokratisches Credo repräsentiert, den Freunden Delors und seiner Tochter Martine Aubry aus einer sozialliberalen Tradition, und der ehemaligen Strömung Jospins aus der traditionellen sozialdemokratischen Linken der Partei.

Der Parteivorstand hingegen besteht aus Henri Emmanuelli, dem ehemaligen Mitverantwortlichen der Strömung Jospins, der Gauche Socialiste, als kleine Strömung der Parteilinken, und dem Kreis von Fabius, dem Getreuen Mitterrands, der den Vorsitz vieler Regionalstrukturen innehat.

Schematisch betrachtet stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber: die des Parteivorstands, der eine Herangehensweise repräsentiert, die den Aufstieg des PS mit Mitterrand als Erfolgsschema verwendet: die Kontrolle über die Partei, ihre Stärkung und die Wahlallianzen mit der PCF oder der linksliberalen „Radical“. Man gesteht der Parteibasis eine eher linke Programmatik zu, erlaubt sich aber um so eher eine realpolitische Regierungspraxis.

Die Erneuerer gehen davon aus, daß die Partei in ihrer politischen Struktur nicht mehr genügend offen ist für neue Mitglieder und vor allem nicht mehr alle Komponenten der Linken anzieht, die sie potentiell integrieren könnte. Ihre Methode ist daher eher die der Erweiterung und Neugründung der PS durch einen Prozeß von Konferenzen, wie die „Assises de la transformation sociale“, die einen Dialog mit allen anderen Kräften der Linken, Bürger- und Ökologiebewegung erlauben und eventuell zu einer Konföderation der progressiven Kräfte führen könnten. Programmatisch gesehen stellt sich diese Option bescheidener dar, mit dem Anspruch, eine moderne sozialdemokratische Reformpartei zu sein.

Innerhalb dieses Lagers sucht man nach dem Präsidentschaftswahlergebnis

noch nach der Strategie, diese Option umzusetzen. Soll Jospin den Parteivorstand übernehmen mit dem Risiko, sich von einem Teil seiner Wähler abzuschneiden und sich wie Rocard in den parteiinternen Machtkämpfen zu verlieren? Oder soll er eigene Initiativen ergreifen, um sozusagen von außen die Partei zu erneuern mit dem Risiko, den heutigen Vorstand der Partei als Gegenspieler zu haben? Die parteiinterne Wahl vor der Präsidentschaftskampagne erinnert daran, daß diesmal die Parteibasis ihr Wörtchen mitreden will. Wenn von der Methode her das Konzept Jospins heute wesentlich überzeugender wirkt, so ist programmatisch gesehen die Erneuerung der französischen Linken noch eine offene Frage.

Nachtrag zur Kommunalwahl

Der Hintergedanke des damaligen Innenministers Pasqua, die Kommunalwahlen vom traditionellen Monat März auf Juni zu verlegen, war es, vom Sogeffekt des erhofften Präsidentschaftswahlsieges zu profitieren. Der Sogeffekt blieb aus, was insgesamt nochmal die relativ schwache Legitimität und Dynamik des neuen Präsidenten bestätigt, auch wenn natürlich lokale Wahlen naturgemäß ein geringerer Gradmesser sind und auch Ausdruck eines lokalen Mikroklimas sein können.

In wichtigen Städten, die die Rechte auf Grund der dort erlangten Resultate in der Präsidentschaftswahl erobern wollte, konnten die sozialistischen Bürgermeister sich mit guten Ergebnissen behaupten: Elisabeth Trautmann mit 54% in Strasbourg als einzige Frau, die in Frankreich einer Großstadt vorsteht. In Nantes fügte Bürgermeister Ayrault seiner Herausforderin, der neuen Gesundheitsministerin Hubert, eine empfindliche Niederlage zu. Sie verlor übrigens ähnlich überraschend wie drei andere Minister der aktuellen Regierung, wie vor allen Dingen der neue Hardliner im Innenministerium, Jean-Louis Debré, in einem Pariser Stadtteil. Paris stellt darüberhinaus symbolisch gesehen den größten Einbruch einer RPR-Hochburg dar, in der Chiracs Nachfolger Tiberi die bisher totale Kontrolle einbüßte und sechs von zwanzig Stadtteilbürgermeistern verlor. In Clermont-Ferrand scheiterte seinerseits der Präsident der UDF Giscard d'Estaing daran, die Hauptstadt „seiner“ Region zu erobern.

Die Sozialisten konnten hingegen Marseille nicht zurückgewinnen (das von einem ehemaligen Sozialisten geführt wurde, der aber im Präsidentschaftswahlkampf Balladur unterstützte) und verloren historische Bastionen mit weniger politischem Gewicht wie Arras oder Bezier. Man muß jedoch feststellen, daß die von der PCF geführten Städte sich weniger gut behaupten konnten. Le Havre, die größte Stadt mit einem legendären KP-Bürgermeister, wurde an die Rechte verloren, so daß die PCF keine Großstadt mehr führt. Zwar wurden Nîmes und die Hafenstadt La Ciotat bei Marseille zurückerobert, aber selbst die Wahlsiege waren oft von empfindlichen Stimmeneinbußen begleitet.

In diesen Arbeiterstädten im Süden, im Osten und in einigen nördlichen Städten hat zugleich die Front National von Le Pen kräftig zugelegt. Auch wenn sie im zweiten Wahlgang die meisten Duellen verloren hat, stellt die extreme Rechte heute drei Bürgermeister im Süden Frankreichs in Orange, Mariniane und vor allem Toulon und kann sich auf einige Wahlergebnisse von über 40% stützen. Das heißt, daß die FN, die bisher völlig abhängig war von der Ausstrahlung ihres Führers Le Pen auf nationaler Ebene, sich nunmehr auf lokaler Ebene verankern kann.

Die PCF ist immer weniger fähig, ihre klassische soziale Basis anzuziehen. Die PS kann gelegentlich auf Wahlebene dieses freigewordene Wählerpotential binden, ist aber zugleich - zumindest in ihrer heutigen Form - nicht in der Lage, das „brachliegende“ Umfeld der ehemaligen PCF-Anhänger zu strukturieren. So entsteht ein Vakuum, das heute oft von der FN vereinnahmt werden kann, mit einer gefährlichen Tendenz, vom gelegentlichen Protestvotum sich zu einer stabilen FN-Wählerbasis zu verfestigen. Diese Ergebnisse stellen umso stärker die Frage ins Zentrum, wie die Linke wieder Sprachrohr, Protest- und Hoffnungsträger der von der sozialen Krise betroffenen Schichten werden kann.

¹ Der Fakt, daß die erste spektakuläre Maßnahme von Präsident Chirac nicht etwa das Thema Arbeitslosigkeit betrifft - das von ihm selber als die zentrale Frage der französischen Gesellschaft charakterisiert wurde -, sondern die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche, bestätigt auf frappierende Weise die Analyse von Stephane Rozes. Die bonapartistische Pose der 'grande nation' hat Vorrang vor der sozialgaullistischen Rhetorik der Wahlkampagne.

Kurdistan: Aggression und Kapitalinteressen

von Karsten Schönsee*

Vorbildlicher Partner Türkei?!

Anders als die anderen Nato-Staaten setzt die Bundesregierung ihre umfangreichen Waffen- und Finanzhilfen an den alten Nato-Frontstaat Türkei fort: Von 1964 bis 1991 rüstete Bonn die türkische Armee mit Waffen im Gesamtwert von 6,3 Milliarden Mark aus. Danach wird sogar noch ein Zahn zugelegt. Durch kostenlose Materialhilfe im Wert von 1,5 Milliarden Mark und Lieferungen aus NVA-Beständen bekommen die türkischen Militärs ideale Bürgerkriegswaffen wie Rad- oder Schützenpanzer frei Haus für ihren schmutzigen Vernichtungskrieg in Kurdistan geliefert.¹

Deutsche RegierungspolitikerInnen reden von der vorbildlich demokratischen Türkei, die den „Krisenbogen der islamischen Welt“ durchbricht und davon, „daß gegen die Politik der jetzigen türkischen Regierung in Deutschland eine permanente Diffamierung stattfindet (... und) daß die Diffamierung der Türkei endlich mal ein Ende haben muß“². Dabei wissen sie ganz genau, daß alle relevanten politischen Entscheidungen vom Nationalen Sicherheitsrat getroffen werden, in dem alle wichtigen Militärs sitzen. Das Marionetten-Parlament und die Regierung dürfen diese Grundsätze - wie beispielsweise das Verhängen des Ausnahmezustandes in Kurdistan oder das Anti-Terror-Gesetz - dann zur rechtsstaatlichen Tarnung noch nachträglich absegnen bzw. umsetzen. Zudem verbirgt sich hinter dem Offiziers-Trust „Oyak“ (Armee-Beistandsverein) eine der größten Industrie-Holdings des Landes³, die an 25 Unternehmen beteiligt ist und deren Jahresumsatz immerhin 7% des türkischen Bruttoinlandsproduktes ausmacht.

Bundesinnenminister Kanther hebt den Abschiebestopp für KurdInnen und TürkInnen, die in der BRD politisches

Asyl suchen, mit tatkräftiger Unterstützung der SPD-Innenminister auf⁴, obwohl auch ihnen bekannt sein dürfte, daß in allen Teilen der Türkei alleine letztes Jahr 328 TürkInnen und KurdInnen nach der Festnahme verschwunden sind, 292 Menschen von angeblich Unbekannten (der Kontra-Guerilla) ermordet wurden, 298 Menschen in Polizeihaft ermordet wurden, über 1000 Menschen gefoltert wurden, 2000 Dörfer vom Militär zerstört wurden und 123 Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Zeitungen verboten sind.⁵ Dieselben Innenminister kriminalisieren kurdische und türkische Organisationen, die für eine Demokratisierung der Türkei kämpfen, und diffamieren die PKK als Terrororganisation, obwohl ihr nach den Grundsätzen des Völkerrechts der Status einer nationalen Befreiungsbewegung zusteht, wie der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech feststellte.⁶

Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk

Seit Gründung der türkischen Republik vor 70 Jahren wird die Existenz der

An Kurdistan ist für diese Allianz von deutschen Konzernen und türkischen Machthabern vor allem der Rohstoffreichtum, das Öl und Erdgas der Region, und die Kontrolle über die „Wasser-Waffe“ interessant.

kulturellen Identität der KurdInnen leugnet und ihr Widerstand gegen eine „Türkisierung“ blutig unterdrückt. Seit 1987 ist über die kurdischen Gebiete in der Türkei der Ausnahmezustand verhängt. Dadurch erlangten Polizei, Mi-

litär und staatliche Verwaltung praktisch diktatorische Vollmachten, mit denen sie einen schmutzigen Vernichtungskrieg gegen KurdInnen führen: Über 2000 Dörfer wurden dem Erdboden gleich gemacht, 2,5 bis 3 Millionen Menschen vertrieben, 12 Millionen Hektar Wald (mehr als die doppelte Fläche Bayerns) niedergebrannt, unzählige Menschen wurden gefoltert und ermordet. Dieser Krieg gegen KurdInnen in der Türkei erfüllt objektiv die Merkmale des Völkermordes.⁷

Zur militärischen „Endlösung der Kurdenfrage“ (Generalstabschef Güres) überfiel die türkische Armee Anfang dieses Jahres den Nordirak. Aber hierbei ging es nicht alleine um die Bekämpfung der PKK, in der Region um Kirkuk und Mossul liegen auch reiche Ölfelder, auf die die Türkei schon im letzten Golfkrieg spekulierete.⁸ Nachdem diese Expedition den kurdischen Widerstand und die PKK auch nicht vernichten konnte, wird die Regierung wohl auf „zivile“ und unspektakuläre Methoden zurückgreifen. Mit dem „Südostanatolischen Entwicklungsprojekt“ (GAP) wird das „wohl gewaltigste und kühnste Bewässerungs- und Energiegewinnungsprojekt der Welt (angegangen). Auf einer Fläche von der zweieinhalbfachen Größe Belgiens baut der türkische Staat 21 Staudämme und 17 Wasserkraftwerke. (...) Kernstück (...) ist der fast zwei Kilometer lange und 166 Meter hohe Atatürk-Staudamm“⁹ Die 54 in der Türkei tätigen deutschen Baufirmen sind vor allem beim GAP-Projekt aktiv, allen voran Hochtief, Philipp Holzmann und Züblin. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Bayerische Landesbank geben ein Darlehen von 500 Millionen Mark. Die Ziele des GAP sind u.a.¹⁰

- die Erhöhung der türkischen Stromgewinnung um 70% vor allem für den Export in den Mittleren Osten;
- künstliche Bewässerung, geplant ist die „Kornkammer des Mittleren Osten“;
- die „Türkisierung des Ostens“: „Dazu soll die Ansiedlung hunderttausender Türken aus Westanatolien im Osten und die Umsiedlung ebenso vie-

* Karsten Schönsee, studiert Volkswirtschaftslehre in Göttingen

ler Kurden in den Westen des Landes beitragen - auf daß die Kurden nirgendwo mehr eine Mehrheit, sondern eine hoffentlich in ein, zwei Generationen assimilierte Minderheit sind.¹¹

Deutsche Kapitalinteressen

Der alte Nato-Partner Türkei soll künftig im Rahmen der „Neuen Weltordnung“ als regionale Ordnungsmacht die Interessen der westlichen Industrieländer, der Europäischen Union und nicht zuletzt der BRD am Schwarzen Meer, auf dem Balkan, in der Kaukasus-Region, in Zentralasien und im Mittleren und Nahen Osten wahren. Dafür gibt es kräftige Waffenhilfe und finanzielle Unterstützung.¹²

Zudem mischen deutsche Konzerne schon seit langem, verstärkt seit den 80er Jahren, in Türkei-Geschäft mit. Bei den Direktinvestitionen sind deutsche Konzerne vorne dabei. Alles was Rang und Namen hat, besitzt eine Außenstelle in der Türkei: Siemens, Krupp, Thyssen, Mercedes-Benz, Daimler, Hochtief, Degussa, Henkel, RWE, Veba, Wintershall oder die Dresdner Bank ... Gemeinsam mit türkischen Unternehmen schließen deutsche Firmen Allianzen zur Markterschließung der GUS-Märkte und in Zentralasien, nach der Devise: Das deutsche Kapital liefert das Geld und die Technik und die Türkei billige Arbeitskräfte. So meint Martin Wulf, Delegierter des Deutschen Industrie- und Handelsstages in Istanbul: Von Bayer über

Mercedes bis hin zu Siemens „haben alle ihre Fühler ausgestreckt“.¹³

Sie alle haben zusammen mit den türkischen Machthabern in Militär und Regierung ein Interesse an der Niederhaltung der ArbeiterInnenbewegung in der Türkei und Kurdistan. An Kurdistan ist für diese Allianz vor allem der Rohstoffreichtum, das Öl und Erdgas der Region, und die Kontrolle über die „Wasser-Waffe“ interessant. Denn hier liegen die Quellen von Euphrat und Tigris und damit das Monopol über den Wasserhaushalt des Mittleren Ostens.

Ein autonomer Staat oder eine Bewegung, die diese Region dem Zugriff des türkischen und deutschen Imperialismus entziehen würde, soll konsequent mit vereinten Kräften vernichtet werden. Nicht umsonst schreibt das Sprachrohr des deutschen Kapitals - die Frankfurter Allgemeine Zeitung - am 30.03.1995: „Die Türkei ist für den Westen wichtig. Ihre Bedeutung ist heute, da die Welt unsicherer und friedloser geworden ist, sogar noch größer geworden. Also kann sie ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie mit sich im reinen ist und ihre inneren Konflikte geklärt sind.“ Offenbar befürchtet der deutsche Imperialismus, wie im I. Weltkrieg mit einem „kranken Mann am Bosphorus“ im Bunde zu stehen.

Literatur:

- F. Schmid, C. Schreer: Strategische Waffenbrüderschaft - Deutschland-Türkei, in: isw-spezial Nr. 8, München 1995
 Deutsch-Kurdisches Autorenkollektiv: Die deutsch-türkischen Beziehungen, 2 Bände, GNN-Verlag, Köln

Charles Pauli: Türkei - Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders, isp-Verlag, Frankfurt/Main

- 1 Vgl. F. Schmid, C. Schreer: Strategische Waffenbrüderschaft - Deutschland-Türkei, isw-spezial 8, München 1995
- 2 Bundeskanzler Kohl am 07.06.1993 in SAT1
- 3 Vgl. Wirtschaftswoche 20.05.1994
- 4 Siehe Bericht zur Innenministerkonferenz in Berlin in der Frankfurter Rundschau vom 20.05.1995
- 5 Zahlenangaben nach der Bilanz der Menschenrechtsverletzungen für 1994 des türkischen Menschenrechtsvereins IHD vom 14.01.1995
- 6 Vgl. Prof. Dr. N. Paech: Gutachten zu den völkerrechtlichen Fragen der Verbotsverfügungen des BMI gegen kurdische Vereine und Organisationen vom 22.11.1993, in: Kurdistan Aktuell Nr. 5
- 7 Vgl. medico international (Hg.): Kurdische Opfer klagen in Europa, Frankfurt/M. 1994 und dies.: Türkei - Menschenrechtsverletzungen der Regierung Demirel-Inönü, Frankfurt/M. 1992
- 8 Der damalige türkische Präsident damals im Spiegel (04.02.1991): „Die Türkei will beim Siegermal mit am Tisch sitzen und nicht auf der Speisekarte stehen.“ Und in Die Zeit vom 25.01.1991: „Nach dem Krieg wird die Türkei größer und stärker dastehen“
- 9 Vgl. Der Spiegel 1/90
- 10 Vgl. F. Schmid, C. Schreer, a.a.O.
- 11 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 02.01.1990
- 12 Vgl. Lothar Rühl, Berater der Bundesregierung in Sachen Baltikum und Mittlerer Osten, in: Europa-Archiv 11/1992
- 13 Vgl. F. Schmid, C. Schreer, a.a.O.

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Chefredakteur: Peter Glotz

Thema 7/95: Österreich

Meinhard Rauchensteiner

ÖsterReichtum - eine historische Vision

Andreas Reiter

Österreichische Landschaftsprofile

Gespräch mit Jörg Haider

»Wir sind eine österreichische Sonderanfertigung«

Gespräch mit Josef Haslinger

»Man hat hier keine demokratischen Gewißheiten«

Außerdem Beiträge u. a. von Traudl Lessing, Karl Kröhnke, Robert Misik, Daniela Castner, Alexander Thumfart und Rüdiger Görner



Thema 8/95: Weltmarkt

Wilhelm Hankel

Ist der globale Kapitalverkehr regelbar?

Cord Jakobeit

Die umstrittene Zukunft von Weltbank und IWF

Elmar Altvater

Globaler Freihandel und regionale Wirtschaftsböcke in der Dritten Welt

Edgar Göll

NAFTA oder: Die Regionalisierung des Nord-Süd-Konfliktes?

Außerdem Beiträge u. a. von Edelbert Richter/Maritta Strasser und Rudolf Kuda

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
 erscheint monatlich. Einzelheft DM 14,80/ÖS 116,-/Sfr. 15,80.
 Jahresabonnement DM 99,-/ÖS 780,-/Sfr. 100,80 frei Haus.

Abonnements und ältere Probehefte bei: Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE, Godesberger Allee 139, 53175 Bonn

Lateinamerikas Linke auf dem 5. Treffen des „Foro de Sao Paulo“

von Jürgen Moritz und Martin Stolle*

Die linken Parteien Lateinamerikas hatten sich am letzten Mai-Wochenende zum 5. Treffen des „Foro de Sao Paulo“ in Montevideo altherwürdigem Parkhotel versammelt. Um die 120 Delegierte aus 28 Ländern Lateinamerikas und der Karibik waren angereist, um die Zukunftsperspektiven der Linken zu debattieren; 44 Organisationen aus anderen Kontinenten haben Beobachterstatus (ohne Rede- und Stimmrecht) beim Foro de Sao Paulo, darunter sind so unterschiedliche Parteien wie Herri Batasuna aus dem Baskenland, die staatstragende PRI (Partido de la Revolucion Institucional) aus Mexiko, die Sozialistische Internationale, die Gruppe Libertad, die sich weltweit für die Freilassung von politischen Gefangenen einsetzt, und die Sozialistische Arbeiterpartei aus den USA.

Rückblick und Bestandsaufnahme

Die Initiative zum „Foro de Sao Paulo“ kam 1990 von der brasilianischen Arbeiterpartei PT. Der Fall der Mauer in Berlin und der Auflösungsprozess der Länder des real existierenden Sozialismus hatte natürlich auch Auswirkungen auf Lateinamerika und Brasiliens mächtige PT trommelte die lateinamerikanische Linke zum kontinentalen Ratschlag zusammen.

Das Durchschnittsalter der Delegierten auf dem diesjährigen Treffen des Foro in Montevideo mag knapp unter 50 Jahren gelegen haben und das Verhältnis Männer zu Frauen im Plenarsaal war in etwa 15:1, leicht angehoben durch den Frauenanteil bei den internationalen Beobachtern und bei der Presse.

Die Creme de la Creme der linken Parteien Lateinamerikas und der Karibik hatte sich viel vorgenommen für die 3-tägige Tagung: Analyse der aktuellen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation, eigene Vorschläge zu einer regionalen Integration und Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell.

Es besteht Diskussionsbedarf, auch in Lateinamerika. Seit dem letzten Treffen

des „Foro de Sao Paulo“, 1993 in Havana, hatten immerhin 14 Wahlen auf dem lateinamerikanischen Kontinent und in der Karibik stattgefunden. Man hatte sich große Hoffnungen gemacht auf ein Anwachsen der Linken und Wahlerfolge z.B. der PT in Brasilien, der ehemaligen Guerilla FMLN in El Salvador, der PRD in Mexiko, der Causa R in Venezuela und des Linksbündnisses Frente Amplio in Uruguay. Das alljährliche Treffen im Superwahljahr 1994 wurde suspendiert und man verabredete sich für Mai 1995 in Montevideo.

Die Bilanz der Wahlen fiel durchaus nicht so positiv aus, wie noch vor zwei Jahren erhofft. Damals stellte man sich noch vor, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse auf dem Kontinent verschieben würden, falls der Gewerkschafter Jose Ignacio „Lula“ Da Silva Präsident des Giganten Brasiliens wäre, im kleinen Nachbarland Uruguay die Frente Amplio regieren würde und in Mexiko die allmächtige PRI nach über 60 Jahren Alleinherrschaft die Amtsgeschäfte an Cuauhtémoc Cardenas von der PRD (Partei der demokratischen Revolution) abgeben müsste.

Es ist anders gekommen, in vielen Ländern hat die Linke zwar dazugewonnen (z.B. Brasilien, Uruguay und Venezuela), aber das hoch gesteckte Ziel, „Machtübernahme“ durch Wahlen, wurde doch nicht erreicht. Schlimmer noch, in Peru wurde Fujimori mit seinem klassischen neoliberalen Wirtschaftsprogramm (Privatisierung der Staatsbetriebe, Anreize für ausländische Investoren, Kürzung der Sozialleistungen, „Flexibilisierung“ der Arbeitsverträge und der Wochenarbeitszeit etc) bis zur Jahrtausendwende wiedergewählt. Die klassisch linken Parteien sind praktisch von der politischen Landkarte verschwunden und mit weniger als 5% WählerInnenstimmen in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Argentinien Präsident Menem hatte vor einigen Wochen einen klaren Wahlsieg im ersten Durchgang geschafft und das alles mit seinem neoliberalen Diskurs. Freilich hatte der Präsident den WählerInnen auch über 50.000 neue Ar-

beitsplätze versprochen und sie scheinen es ihm geglaubt zu haben. Menem hat nach den ersten Wahlanalysen paradoxerweise vor allem von den ärmeren Schichten der Bevölkerung Stimmen bekommen. Genau von denjenigen, die am schlimmsten von der neoliberalen Politik betroffen sind.

Gemischte Gefühle

„Unsere Analyse war richtig, aber oft war unsere Alternative für viele Menschen nicht genug sichtbar, darum konnten die rechten Parteien und Regierungen mit platten Formeln Stimmen sammeln. Trotzdem, die linken Kräfte haben dazugewonnen auf dem lateinamerikanischen Kontinent“, betonte der Sekretär für internationale Beziehungen der PR Brasiliens, Marco Aurelio Garcia, in seiner Grundsatzrede. „Trotz der Verschiedenheit der Länder, in der sich diese Wahlprozesse entwickelt haben, stellen die am ‘Foro’ teilnehmenden Staaten heute mehr als 300 Abgeordnete, mehr als 60 Senatoren, einige Gouverneure, hunderte von Bürgermeistern und tausende von Abgeordneten in den kommunalen Parlamenten. Im ganzen ein Viertel der Gewählten der Länder“, heißt es aufmunternd in der Erklärung der Tagung in Montevideo.

Enttäuscht waren die Delegierten über die Absage von PT Chef „Lula“ aus Brasilien und Daniel Ortega (FSLN) aus Nicaragua. Beide hatten ihre Reise aus innenpolitischen Gründen gestrichen. Der Gewerkschafter Lula wegen des über 3-wöchigen Streiks der Arbeiter bei der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras und dem Einsatz von Militärs gegen die Streikenden. Daniel Ortega war wegen des Verfassungskonflikts mit der Chamorro-Regierung in Nicaragua dem „Foro“ ferngeblieben.

Was tun?

Der Vertreter der mexikanischen PRD verlangte eine Bestandsaufnahme der sozialen und politischen Konsequenzen der neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Er forderte eine gezielte staatliche Förderung der nationalen Industrien und konkrete Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik. Dies erfordert auch die Reform der internationalen Finanzorganisationen wie IWF und Weltbank sowie die Demokratisierung der Welthandelsorganisationen (ehemals GATT), damit die Länder aus dem Süden mehr Chancen für den Absatz ihrer Produkte haben. „Die Schulden sind unbezahlbar und sie müssen neu verhandelt werden“, betonte der PRD-Vertreter. Sicherlich ist dies ein tragfähiger Kompromiß für die 112 teilnehmenden Organisationen in Bezug auf die Schuldenfrage, der so auch seinen Niederschlag in der Abschlußresolution fand. Alle müssen zustimmen, denn auf dem Foro gilt das Konsensprinzip. Die alte Forderung der Linken, ersatzlose Streichung der Schulden, war auf dem „Foro“ von 1995 also nicht mehr konsensfähig.

Radikalere Töne waren von den Delegierten der FMLN aus El Salvador zu hören. Sie berichteten, daß die Demokratie in ihrem Land auf tönernen Füßen steht, denn noch immer operieren dort die paramilitärischen Todesschwadronen. Shafik Handal von der FMLN bewertete den Friedensprozeß in El Salvador positiv. Er warf aber auch die Frage auf, wie es mit der viel beschworenen Demokratie bestellt sei, wenn nach einem Wahlsieg der Linken wirtschaftliche Reformen verunmöglicht werden, weil die internationalen Finanzorganisationen die Kredite sperren. Handal pochte auf die unbedingte Gleichberechtigung der verschiedenen Kampfgruppen nebeneinander. Ob mit dem Wahlzettel, oder, unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, auch bewaffnet. Damit sandte er ein solidarisches Signal an die Zapatistas (EZLN) in Chiapas und v.a. an die guatemaltekische Befreiungsbewegung URNG. Sie steht, nach über 32 Jahren Bürgerkrieg, in schwierigen Verhandlungen mit der Regierung, um den Konflikt friedlich beizulegen. Handals Position wurde nicht unbedingt in allen Punkten von den Mitgliedsorganisationen des „Foro de Sao Paulo“ geteilt. Immerhin wurde in einer Resolution auf die friedliche Beilegung des Konfliktes in Chiapas gedrängt und die mexikanische Regierung aufgefordert, für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.

Ein wichtiges Thema des „Foro“ war natürlich auch die Situation auf Kuba. Obwohl der Vortrag des Vertreters der KP Kubas weit hinter den Erwartungen

zurückblieb und sich in Allgemeinplätzen alter KP-Rhetorik verlor, solidarierte sich das „Foro“ selbstverständlich mit der kubanischen Revolution. Einhellig wurde das US-Wirtschaftsembargo gegen den Karibikstaat gebrandmarkt.

Die Verschärfung der Blockade nach dem Gesetzentwurf des US-Senators Jesse Helms (Helm-Burton-Plan) wurde von den Delegierten als ein Angriff auf internationales Recht bewertet. Am 26. Juli, es ist der 32. Jahrestag der versuchten Erstürmung der Moncada-Kaserne durch ein Guerillakommando unter Führung von Fidel Castro, sollen in ganz Lateinamerika und in der Karibik Solidaritätsaktionen für Kuba stattfinden.

Der Ärger mit der Macht

Kräftig Zoff gab es bei der Tagung über die Teilnahme von „Bolivia Libro“. Diese Mitgliedsorganisation des „Foro“ ist an der Regierung unter Präsident Sanchez de Lozada in Bolivien beteiligt und damit auch mitverantwortlich für den Ausnahmezustand und die Repression gegen GewerkschafterInnen und Kleinbauern. Ebenso strittig war die Beobachterrolle der mexikanischen PRI.

Gegen beide wurde ein Ausschlußantrag gestellt, der aber nicht den notwendigen Konsens fand. „Wer einmal Mitglied ist oder als Beobachter eingeladen wurde von der ständigen Arbeitsgruppe des 'Foro', kann nicht ein-

Der Fall der Mauer in Berlin und der Auflösungsprozeß der Länder des real existierenden Sozialismus hatte natürlich auch Auswirkungen auf Lateinamerika.

fach per Beschluß des Plenums hinausgeworfen werden“, erklärte Jose Bayardi von der Frente Amplio aus Uruguay die Spielregeln des „Foro“. Die Mehrheit der Delegierten akzeptierte diese (Nicht-) Entscheidung, um das Gipfeltreffen der lateinamerikanischen linken Parteien als Diskussionsforum zu erhalten.

Ergebnisse

Große Beschlüsse waren nicht zu erwarten vom 5. Treffen des „Foro de Sao Paulo“. In der sehr allgemein gehaltenen Abschlußklärung hat sich allerdings der eher linke Flügel der Mitgliedsorganisationen durchgesetzt.

Es wird dort noch einmal betont, daß gemeinsam für die Überwindung des neoliberalen Systems auf kontinentaler Ebene gekämpft werden soll. Die Vormachtstellung der USA, ihre Rolle als Weltpolitist und die Nutzung von internationalen Gremien, wie z.B. dem Welt-sicherheitsrat, zur Durchsetzung ihrer Interessen, wird scharf verurteilt. Im wirtschaftspolitischen Teil der Erklärung werden folgende Punkte herausgestellt:

- Gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Chancen für lateinamerikanische Produkte auf den internationalen Märkten,
- Neuverhandlung der Schulden und Bekämpfung des Kapitaltransfers von Süden nach Norden,
- Entwicklung einer gemeinsamen Initiative, um die Nachteile des internationalen Handelsabkommens für die Länder Lateinamerikas zu brechen,
- Veränderung der augenblicklichen Mechanismen der regionalen Integration zugunsten der Bevölkerung.

Hier sind v.a. die Vorstellungen der PT aus Brasilien eingeflossen. Die Kritik der bestehenden regionalen Wirtschaftsabkommen (NAFTA, MERCOSUR etc.) stärkt den linken Flügel. Weder die Sozialistische Partei in Chile noch z.B. die Mehrheitsfraktion innerhalb der uruguayischen Frente Amplio haben bislang so deutliche Kritik an den regionalen Wirtschafts- und Handelsabkommen geübt. Ob diese allgemeine Erklärung des „Foro“ praktische Auswirkungen hat, muß sich erst noch zeigen. „Für die parteiinternen Debatten stärkt sie den linken Flügel“, so sieht das zumindest ein Vertreter der MLN Tupamaros für die Diskussionen innerhalb der Frente Amplio in Uruguay.

Jetzt steht die konkrete Arbeit in regionalen Arbeitsgruppen auf der Tagesordnung. Die Einrichtung eines permanenten Sekretariats des „Foro“, wie in Montevideo beschlossen, kann hierfür hilfreich sein. Bislang gab es keine Stelle und kein Gremium, wo die regionale oder gar internationale Politik der linken Parteien diskutiert oder koordiniert wird. Zum 6. „Foro de Sao Paulo“ hat man sich in El Salvadors Hauptstadt San Salvador im Juni 1996 verabredet.

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

T A U S C H H A N D E L

spw gibt gute Bücher für neue spw-Abonnements!
(Bitte die Buchstaben auf der spw-Abokarte angeben!)

Zwei Bücher für ein spw-Abo:

Elmar Altvater

Der Preis des Wohlstands

Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung
Ladenpreis: DM 29,80



A

B



Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß

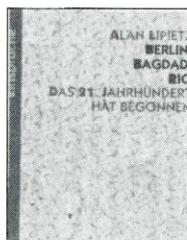
Frauenarbeit - Frauenpolitik

Eine provokante Analyse der internationalen Diskussion
Ladenpreis: DM 29,80

Alain Lipietz

Berlin, Bagdad, Rio

Neue Sichtweisen für Umbrüche in der Entwicklung
von Ökonomie, Politik und Ökologie
Ladenpreis: DM 25,-



C

D



Lutz Hoffmann

Die unvollendete Republik

Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat
Ladenpreis: DM 24,-

Jürgen Kuczynski

Probleme der Selbstkritik

Von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte
Ladenpreis: DM 24,-



E

F



K.-H. Heinemann/W. Schubarth (Hg.)

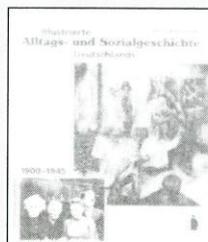
Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder

Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland
Ladenpreis: DM 14,80

Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit

Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945.

Geschichte aus der Sicht „von unten“ anhand der Problematik der Arbeit
(ca. 600 S.) Ladenpreis: DM 98,-



Ein
dickes
Buch
für
zwei
spw-Abos

X